

— Achtzehnter Jahrgang. —

Nr. 12.

**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

für die Zeit vom 19. bis 25. März 1909.

Posen, den 30. März 1909.

**Aus den Blättern der Provinz Posen.**

Aus Nr. 6 des Sokół (Posen)  
vom 15. März 1909:

**Protokoll**

**der Delegiertenversammlung des Verbands  
der polnischen Sokolvereine im Deutschen  
Reiche, abgehalten am 7. März 1909  
in Posen im Saale des Gewerbehauses.**

Der Vorsitzende des Verbandsvorstandes B. v. Chrzanowski eröffnete nach 11 Uhr die Versammlung mit einer Ansprache, in der er darlegte, was uns das neue Reichsgesetz vom 15. Mai 1908 Gutes und Schlimmes gebracht habe. Auf das allgemeine Einverständnis hin behält der Vorsitzende die Leitung der Delegiertenversammlung, welche nachstehende Tagesordnung annimmt:

1. Eröffnung;
  2. Feststellung der Delegiertenpräsenz;
  3. Bestätigung der Aufnahme neuer Vereine;
  4. Verlesung des Protokolls der Versammlung vom 15. März 1908;
  5. Bericht des Verbandsvorstandes für das Jahr 1908;
  6. Bericht der Revisionskommission;  
(Pause bis 3 Uhr nachmittags).
  7. Mitteilungen des Verbandsvorstandes;
  8. Anträge, betreffend Änderungen der Satzungen bzw. der Regulative;
  9. Wahl dreier Mitglieder des Verbandsvorstandes für die künftigen vier Jahre;
  10. Wahl der Revisionskommission sowie des Redaktionskomitees auf 1 Jahr;
  11. Anträge oder Resolutionen; freie Aussprache ad 2. Anwesend waren:
- A. Vom Vorbandsvorstande die Kameraden v. Chrzanowski, Drenza, Gladysz, Lange, Rzepecki, Dr. v. Jazdzewski, Jablocki, Ryga, Soborski, Kochowicz, zusammen 10 Stimmen.
- B. Delegierte:
- |     |                                                     |             |
|-----|-----------------------------------------------------|-------------|
| Gau | 1. W. Rajewski, Dr. Trepinski ...                   | 2 Stimmen   |
| "   | 2. Maczowski, Gorzka, Tucholski                     | 3 "         |
| "   | 5. Borowicz, Andrzejewski, Kulczynski, Jarosz ..... | 4 "         |
| "   | 6. W. Szyperski .....                               | 1 "         |
| "   | 7. W. Ryba .....                                    | 6 "         |
| "   | 8. Matuszewski, Wozniowski .....                    | 2 "         |
| "   | 9. Peter Wilczynski .....                           | 4 "         |
| "   | 10. Ignaz Bereszyński .....                         | 6 "         |
| "   | 11. Johann Kolenda .....                            | 3 "         |
| "   | 12. S. Krolowski .....                              | 1 "         |
|     | Zusammen .....                                      | 42 Stimmen. |

Vom Verbandsvorstande hatte sein Ausbleiben entschuldigt Kamerad A. Brejski. An Stelle des Kameraden Okoniewski war Kamerad Kulczynski erschienen; an Stelle des Kameraden Dr. Matuszewski, der erst nachmittags erschien, amtierte Kamerad Casar Wojciechowski aus Schrimm.

Außerdem war zu der Tagung eine ansehnliche ad hoc eingeladene Zahl von Vereinsvorsitzenden aus dem Großherzogtum erschienen.

ad 3. Bestätigt wurde die Aufnahme von 23 neuen Vereinen in den Verband: Pelpin, Brand, Bremerhafen, Brambamer, Pr.-Stargard, Opaleniza, Courl, Zirke, Berlin III, Bochum-Riemke, Hilden, Heeren, Kurnik, Rünthe, Holsterhausen, Werne, Cley, Weitmar, Datteln, Erkenschwick, Schmachtendorf, Bergkamen und Bochum-Grumme.

Die Zahl der dem Verbande angehörenden Vereine beträgt 187.

ad 4. Das vom Schriftführer A. Rzepecki verlesene Protokoll der vorjährigen Versammlung wurde mit einer kleinen Anmerkung des Kameraden Bereszyński ohne Änderung angenommen.

ad 5. Eine Reihe von im Verbandsorgan abgedruckten Berichten der Verbandsvorstandsbeamten rief eine unermesslich weitreichende Diskussion hervor.

Kamerad Borowicz bemerkt, die Berichte seien den Delegierten zu spät eingehändigt worden, nämlich nicht 2 Wochen vor der Versammlung, wie dies ein Beschluß fordert. Borowicz kritisiert, daß die Anwesenheit von Verbandsvorstandsmitgliedern in Versammlungen nicht ersichtlich gemacht worden ist und wundert sich darüber, daß der Verbandsvorstand in der heutigen Versammlung nicht vollständig vertreten ist.

Kamerad Andrzejewski verlangt, daß der Schriftführer die Vereine in Sachen des § 13 der Satzungen, d. i. in Sachen der jährlichen Einreichung der Berichte und des Mitgliederverzeichnis energisch moniere.

In dieser Sache sprechen noch die Kameraden Bereszyński, Tucholski, Borowicz und Rzepecki, welcher darlegt, daß die Tagung anfangs habe am 14. März stattfinden sollen, daß sie aber durch die Schuld des Schriftführers um 1 Woche beschleunigt worden sei. Nach Komplettierung des Berichts des Schriftführers dahin, daß die Mitgliederzahl gegenwärtig 8500 beträgt, der Verlag des Verbandsorgans 5600 Exemplare ausmacht und in der Kasse des Organs ein Betrag von 2303,40 M. enthalten ist, wünscht Kamerad Borowicz, daß die Pflichten und Rechte des Redaktionskomitees geregelt werden sollten und daß zum 1. Oktober jedesmal eine Abhandlung über Rosciusko veröffentlicht werden solle.

Es sprachen noch die Kameraden Wozniowski, welcher die Veröffentlichung von Themen für Vor-



lesungen und Vorträge verlangt, sowie Krolifowski, welcher fordert, daß der gymnastische Teil mehr berücksichtigt und „Übungsabende“ in Buchform im Organ eingeführt werden sollten.

In der über obige Themen entstandenen Diskussion nahmen noch das Wort: Bereszyński, Lange, Wojciechowski, Dr. Trepinski, Szyperski, Kochowicz, Andrzejewski, Gorzaki, Wozniowski, Wilczyński, Tucholski, Dr. von Zatrzewski und v. Rzepecki und der Vorsitzende v. Chrzanowski, welcher verspricht, daß das Redaktionskomitee alle begründeten Reformprojekte in wohlwollende Erwägung ziehen werde.

Um 1 $\frac{1}{4}$  Uhr unterbricht der Vorsitzende die Versammlung, indem er seine Abwesenheit am Nachmittage damit entschuldigt, daß er zu dem „Raschubischen Abend“ gehen müsse, dessen Initiator er sei. Kamerad von Chrzanowski dankt dem Kameraden von Rzepecki für seine langjährige Arbeit im Verbandsvorstande, hebt dessen unermüdete Tätigkeit als Schriftführer (9 Jahre) und als Redakteur des Sokol (7 Jahre) hervor und bringt ein Hoch auf den vom Amte Zurücktretenden aus.

Nachmittag um 3 Uhr eröffnet die Beratungen der Stellvertretende Vorsitzende von Zatrzewski mit der Diskussion über den Bericht des Verbandschachmeisters. Hauptsächlich griff man die Position des Defizits des *O s w i e c i n e r* *V e r b a n d s t a g e s* an. Die Redner kritisierten die wenig umsichtige Durchführung der Veranstaltungen des Turntages, die üble Wahl des Ortes, die unzulängliche Kontrolle an den Kassen und die Nichtbezahlung des Eintrittsgeldes durch die Turner und die Teilnehmer am Einmarsch in die Arena.

Es sprachen die Kameraden Bereszyński, Drexza, Szyperski, Rolenda, von Rzepecki, Zablocki, Tucholski, Jarosz, Kochowicz, Ryba, Macfowial und Andrzejewski. Es wurde beschlossen, daß den bisher nicht gedeckten Rest des Defizits die Personen aus dem Gau VI, denen i. Z. die Herrichtung des Turnplatzes anvertraut worden war, aus eigenen Mitteln decken sollten.

Im Laufe der Diskussion kam man wiederum auf den Gedanken zurück, den Gauen III und IV zu gestatten, zum Verbandstage Delegierte zu entsenden ungeachtet der Nichtentrichtung der Beiträge für 200 Mitglieder. Nachdem der Vorsitzende des Gaus III versichert hatte, dieser Gau werde in Zukunft den Beitrag für 200 Mitglieder zahlen, sowie daß Gau IV von jetzt an werde besser kontrolliert und moniert werden, wurde die Diskussion über den Bericht des Schachmeisters geschlossen und zugleich beschlossen, daß kein Redner bei keiner Sache länger als 3 Minuten reden dürfe.

Der Bericht des Verbandsturnwartes wurde als absolut unzulänglich und unvollständig kritisiert, ungeachtet dessen, daß Kamerad Lange in Vertretung des Kameraden Gladysz die Vereine beschuldigte, die Berichtsbücher nicht eingesandt zu haben. Abfällig wurde die Tätigkeit des technischen Zirkels des Verbandes kritisiert. Dieser habe viel Geld gekostet und wenig Positives geleistet. Die Kameraden Borowicz, Ryba, Jarosz, Bereszyński, Dr. Trepinski verlangen vom technischen Zirkel mehr Arbeit. Den Zirkel verteidigen die Kameraden Drexza und Lange, ankündigend, daß von jetzt an die Übungen und der Druck eines neuen Handbuchs konsequent würden durchgeführt werden.

ad. 6. Im Namen der Revisionskommission beantragt Bowidzki Entlastungserteilung an den Schachmeister, bemängelnd, daß für einzelne Einnahmepositionen in den Akten keine authentischen Beweise über die erhaltene Summe enthalten seien.

Die Versammlung erteilt dem Kameraden Zablocki einstimmig Entlastung.

Nicht minder ist die Kasse des Verbandsorgans in Ordnung befunden worden. In der Verbandsbank

der Erwerbsgenossenschaften liegen 2000 M., beim Administrator 303,40 M. Der Referent der Kommission, Tucholski, beantragt Entlastung, die erteilt wird. Das Depositionsbuch über 2000 M. händigt der Administrator v. Rzepecki dem Vorsitzenden ein, der es dem Hauptkassierer Zablocki übergibt.

ad. 7. Zum Punkte „Mitteilungen“ des Vorstandes referiert Kamerad von Rzepecki: a) Die Angelegenheit der Kosciuszko-Telegramme sei im Gange. b) Gleichmäßige Satzungen seien bisher nicht bearbeitet worden mit Rücksicht auf den Standpunkt gegenüber den Frauen. c) Die Angelegenheit betreffend die Unfallversicherung sei ins Stocken geraten, da der Verband, welcher fremde Kassen nicht fördern wolle, an die Gründung einer eigenen Kasse denke. d) Die Quittungen betreffend das Abonnement des Sokol würden lediglich auf Wunsch der Vereine versandt werden, da die Administration nicht wissen könne, welche Vereine lange Nachweisungen bzw. lose Quittungen brauchten. e) Die Dezentralisierung der Verbandsleitung sei um einen Schritt vorwärts gekommen, da die Vereinsakten den Gauen würden überwiesen werden und die Vereine von jetzt an nicht würden hinter dem Rücken der Gaubehörden an den Verband schreiben dürfen. Lediglich die Korrespondenz mit dem Verbandsorgan sei von obigem Beschluß ausgenommen.

Die Delegiertenversammlung nimmt obige Entschlüsse zur Kenntnis bzw. ist sie damit einmütig einverstanden, und die Delegierten nehmen die betreffenden Vereinsakten gleich an sich, um sie den Gauvorsitzenden zu übergeben. Kamerad Lange teilt aus dem technischen Zirkel mit: a) Es werde zu Ostern für die Turnwarte der Westgaue ein Kursus stattfinden. b) Das Verbandsturnen finde am 11. Juli in Berlin statt. c) Ein neues gymnastisches Handbuch werde zum Frühjahr erscheinen. d) Am Krakauer Turntag im Jahre 1910 werde der Verband in gremio teilnehmen. In der Diskussion sprechen Krolifowski, Ryng und Andrzejewski, welcher dem Vereine empfiehlt, schon heute Sparkassen einzurichten, um für die Reise nach Krakau im Jahre 1910 die Mittel zu haben.

ad. 8. Anträge auf Satzungsänderungen. Der Antrag des Vereins Bottrop auf Erhöhung des Jahresbeitrages und unentgeltliche Lieferung des Verbandsorgans an die Vereine wird vom Kameraden Ryba zurückgezogen.

Der Antrag des Vereins Herne, § 6 solle lauten: „Zur Fassung von Beschlüssen und zur Kooptation ist im Vorstande die Anwesenheit von 7 Mitgliedern erforderlich“, fällt, da die Delegierten die Zahl 5 für hinreichend halten. Der Antrag des technischen Zirkels des Verbandes: § 3 soll lauten: „Der Vorstand setzt sich aus 12 Mitgliedern zusammen, 1. aus dem Vorsitzenden, 2. und 3. zwei Vertretern desselben, 4. dem Schriftführer, 5. dem Schachmeister, 6.—8. dem Verbandsturnwart und 2 Vertretern, 9.—12. vier Beisitzern, von denen 2 dem technischen Verbandszirkel angehören“ wird einstimmig angenommen.

(Infolge Annahme obigen Antrages scheiden gegenwärtig im Jahre 1909 nicht 2, sondern 3 Beisitzer aus, und § 4 wird dahin abgeändert, daß mit Ablauf des dritten Jahres der Schachmeister, der II. stellv. Vorsitzende und ein Vertreter des Turnwarts ausscheiden.)

Kamerad Drexza legt sein Amt freiwillig nieder. Es scheiden mithin aus die Kameraden Rzepecki, Drexza und die beiden ausgelosten Beisitzer Brejski und Ryng.

Anträge auf Änderung des Gau-regulativs.

Die Anträge des Vereins Herne, in § 3 den Punkt 3 „Wahl des Gauvorstandes“ zu streichen und zu § 3 einen neuen Passus hinzuzufügen: „Vereine, die den jährlichen



Gaubeitrag nicht bezahlt haben, büßen das Stimmrecht in dem Gaudelegiertentage ein“, werden einstimmig angenommen. Der Antrag des Gaues X, daß die Turnwarte allein den Gauturnwart wählen sollen, wurde abgelehnt.

Anträge auf Änderung des Regulativs des technischen Zirkels des Verbandes.

Die Anträge des technischen Zirkels: 1. „Außer den nach Bedarf stattfindenden Sitzungen des technischen Zirkels des Verbandes findet einmal im Jahre im Dezember eine Vollversammlung des Zirkels gemeinsam mit den Gauturnwarten statt.“ 2. „Aus dem allgemeinen technischen Zirkel des Verbandes wird ein engerer technischer Zirkel des Verbandes ausgelöst, welchem angehören: der Verbandsturnwart, seine beiden Vertreter, sowie zwei Mitglieder des technischen Zirkels des Verbandes, die gleichzeitig dem Verbandsvorstande angehören. In dem engeren Zirkel führt der Verbandsturnwart den Vorsitz“,

werden angenommen.

ad. 1 einstimmig,

ad. 2 nach lebhafter Diskussion mit 27 Stimmen gegen 5.

Sodann wurde zur Besprechung der Angelegenheit der Aufnahme von Frauen in die Organisation des polnischen Sokoltums geschritten. An der Diskussion über das Projekt des Gaues II beteiligten sich: Der Referent Dr. von Zakrzewski, welcher im Prinzip für völlige Gleichberechtigung der Frauen im Sokol ist, sowie die Kameraden Andrzejewski, Szyperski, Krug, Berejzyski, Wozniowski, Kollenda, Jarosz, Gorczak, Dr. Trepinski, Kochowicz, Milczynski, Raszewski.

Für die Aufnahme von Frauen in unsere Vereine waren Dr. von Zakrzewski, Szyperski, Krug und Berejzyski. Für die Bildung besonderer Sokol-Frauenvereine waren Andrzejewski, Wozniowski, Kollenda, Gorczak, Raszewski, gegen die Bildung von Sokol-Frauenvereinen überhaupt waren Jarosz, Dr. Trepinski, Kochowicz und Milczynski.

Die Abstimmung ergab, daß bei Stimmenthaltung eines Delegierten und 4 gegnerischen Stimmen mit 30 Stimmen die nachstehende, von der ursprünglichen etwas abweichende Resolution angenommen wurde:

1. Die Delegiertenversammlung des Verbandes beschließt, daß sie im Prinzip mit der Aufnahme von Frauen in die Sokolvereine einverstanden ist, sie läßt jedoch den Vereinen freie Hand darin, ob und in welcher Weise überhaupt sie obigen Beschluß in die Tat umsetzen wollen.

Der Vorsitzende Rzepecki, der von 5½ Uhr ab die Beratungen leitet, da Dr. von Zakrzewski zu einem Kranken gerufen worden ist, unterbreitet folgende zweite Resolution:

2. Die Angelegenheit der Aufklärungsbewegung im polnischen Sokoltum vertraut der Verbandsvorstand einer ihm angehörenden Person an. An diese Person haben sich direkt alle Gaue in Angelegenheiten, welche die Aufklärungsbewegung betreffen, zu wenden.

Diese Resolution wurde einstimmig mit dem vom Kameraden Maczowski geäußerten Wunsche angenommen, daß diese Person aus dem Kreise des Verbandes Dr. von Zakrzewski sein solle.

Der freie Antrag des Vereins Herne: „Der Verbandsvorstand sendet die Verbandsatzungen nicht an die einzelnen Mitglieder wie bisher, sondern tut dies einzig auf die Bestätigung des Vorstandes des lokalen Vereins hin“, wird nach einer vom Vorstandstische aus gebotenen Aufklärung hin zurückgezogen.

ad. 9. In den Verbandsvorstand wurden mittelfst geheimer Zettelwahl gewählt:

Zum Schriftführer: Cz. Kondzierski mit 28 Stimmen, zum Vertreter des Turnwarts: Cz. Klos mit 25 Stimmen,

zum I. Beisitzer W. Maczowski mit 25 Stimmen, zum II. Beisitzer: Jarosz mit 19 Stimmen.

ad. 10. In das Redaktionskomitee des Sokol wurden pro 1909/10 gewählt: von Chrzanowski, Gladysz, Kondzierski, Rzepecki und Dr. von Zakrzewski.

In die Revisionskommission wählte man die drei Vereine Posen, Jersitz und Wilda.

ad. 11. Bei der freien Aussprache wurden noch Angelegenheiten untergeordneter Natur besprochen. Man dankte dem Kameraden Rzepecki für die neunjährige Tätigkeit als Schriftführer und die siebenjährige in der Redaktion des Sokol. Um 8 Uhr schloß der Vorsitzende von Zakrzewski die Beratungen mit dem Rufe „Gut Heil,“ zum Preise und zur weiteren günstigen Entwicklung des Sokoltums im preußischen Anteil, worauf ein großer Teil der Delegierten eilig den Saal verließ, um sich zur Vorstellung des „Hamlet“ ins Theater zu begeben.

Posen, den 7. März 1909.

Bernhard von Chrzanowski. Dr. K. von Zakrzewski.  
Stanisl. Kochowicz. R. Rzepecki.

Vorsitzende.

Cz. Borowicz, Schriftführer.

Aus Nr. 69 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 25. März 1909:

### Organisierungsversuche.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir in politischer Hinsicht eine Art Anomalie bilden. Wir sind vielleicht im gegenwärtigen Augenblicke die einzige zivilisierte Gesamtheit, welche in politische Parteien nicht organisiert ist. Diese Erscheinung ist auf den ersten Blick desto eigentümlicher, weil das politische Leben bei uns stärker pulsiert, weil das politische Bewußtsein breitere Massen des Volkes umfaßt, als in den zwei anderen Teilen des früheren Polenreiches. Man kann auch leicht sagen, daß es bei uns keine inneren Gegensätze gibt, daß sich keine gegensätzlichen Weltanschauungen reiben, daß die Vertreter verschiedener Überzeugungen und Strömungen nicht um das Übergewicht mit einander kämpfen. Aber dieser Kampf spielt sich für sich selbst ohne allgemein anerkannte Führer, ohne strenge, fest organisierte Cadres ab. Und dieser nicht organisierte Kampf züchtet dann und wann eigentümliche Erscheinungen, bringt wunderbare Überraschungen. Wir waren vor nicht zu langer Zeit Zeugen, wie ein Teil der demokratischen oder volksparteilichen Presse mit Verbißtheit den Abgeordneten kandidaten bekämpfte, der durch das führende Organ der hiesigen Demokratie vorgeschlagen und reklamiert worden war.

Dieser Art Überraschungen soll in nicht allzuferner Zukunft eine entschiedene Grenze gezogen werden. Die demokratischen und volksparteilichen Elemente schreiten nun, wie verlautet, zu einer besseren Organisation ihrer Kräfte, als es bis jetzt der Fall war. Diese Organisation soll ihnen den Kampf mit den politischen Gegnern und die Einnahme der wichtigsten Positionen erleichtern und ihnen eine entschiedenes Übergewicht in unserem politischen Leben sichern.

Schwierig ist es natürlich, schon heute prophezeien zu wollen, ob und in wie weit dieses Ziel erreicht werden wird. Sehr viele Beweise von Disziplin hat bisher unser demokratisches Lager nicht gegeben, und es ist noch eine große Frage, ob es einer festeren, auf dem Papier stehenden Organisation gelingen wird, den



persönlichen Ehrgeiz und den emporgeschossenen Subjektivismus zu unterdrücken, die ein bedeutungsvolles Merkmal dieses Lagers bilden.

Eine unvermeidliche Folge wird die Organisation der demokratischen Elemente nach sich ziehen, nämlich, sie wird eine Organisation der gegnerischen Seite — der konservativen Elemente — hervorrufen. Sie wird sie desto unfehlbarer hervorrufen, weil, soviel uns bekannt ist, auch im konservativen Lager schon seit ziemlich langer Zeit der Gedanke der Schaffung einer eigenen Partei ventiliert wird.

Wenn wir also bis dahin losse um die leitenden Stellen in der ganzen Reihe unserer Vereine, um die Ehren- oder bezahlte Ämter in unseren Institutionen, und vor allen Dingen um die Abgeordnetenmandate gekämpft haben, so werden sich in vielleicht nicht allzuferner Zukunft zwei gehörig organisierte Armeen gegenüberstehen und gegenseitig bekämpfen. Nicht immer jedoch wird Krieg geführt werden. Im gegebenen Falle werden die Armeeführer Verträge schließen und sich gerecht in die zu erhoffende Beute teilen.

Ob jedoch diese Organisation notwendig und gerade in unseren Verhältnissen angezeigt und erwünscht ist? Die Anhänger einer solchen Organisation beweisen, daß die Reibung der verschiedenen Strömungen und Überzeugungen im Schoße einer jeden Gesamtheit notwendig sei, da letztere im gegenteiligen Falle in Marasmus und Apathie verfalle. Ihrer Meinung nach bedeutet der Kampf das Leben, die politische Untätigkeit den sicheren Tod. Diese Theorie ist aber nur bis zu einem gewissen Grade richtig.

Wir brauchen uns in unserer Lage weder vor der Untätigkeit zu fürchten, noch das Fehlen des Kampfes zu beklagen. Alle unsere Kräfte absorbiert oder müßte absorbieren der Kampf mit dem äußeren Feinde und die Verteidigung unseres so sehr bedrohten völkischen Daseins.

Man kann voraussehen, daß diese Verteidigung, wenn auch nur zum Teil, geschwächt werden wird durch den inneren Kampf, der mit verdoppelter Kraft nach der Organisation der Parteien beginnen wird. Geschwächt, obwohl im entscheidenden Augenblicke, wenn es um eine Aktion gegen den gemeinsamen Feind gehen wird, wie wir in tiefer Überzeugung glauben, alle inneren Zwistigkeiten schweigen und wir nach außen hin ein geschlossenes Lager bilden werden.

Immer jedoch werden die entfesselten und angefachten inneren Gegensätze lähmend auf unsere äußere Aktion einwirken. Vor allen Dingen wird eine Masse von Energie und Intelligenz unfruchtbar im inneren Kampfe verbraucht werden.

Es ist dabei zu beachten, daß man einen solchen Kampf leicht anfangen, aber schwer beenden kann. Schon heute zeitigt unsere politische Agitation dann und wann Früchte, die uns kaum Ruhm einbringen.

In Zukunft, nach der Organisation der Parteien, wird aller Wahrscheinlichkeit nach jeder Kreis der Schauplatz einer ergrimten Agitation und Wahlaktion werden.

Die demokratisch-völksparteilichen Elemente organisieren sich in der Überzeugung, daß ihnen nur die gehörige Organisation zur völligen Beherrschung unseres öffentlichen Lebens fehle. Diese Überzeugung stützt sich jedoch auf eine sehr schwache Grundlage. Wenn die verschiedenen Anzeichen nicht trügen, verdanken sie ihre bisherigen Erfolge mehr der Untätigkeit der politischen Gegner, als ihrer eigenen Stärke.

Die konservativen Elemente sündigen, wie überall, so auch bei uns durch den Mangel an Agitation oder agitatorischer Fähigkeit. Aber die harte Notwendigkeit ist die beste Lehrmeisterin. Diese Fähigkeit werden sie

erlangen, weil sie sie erlangen müssen, wenn sie nicht den Rest ihres politischen Einflusses einbüßen und von den bisher eingenommenen Stellen in unserem öffentlichen Leben abtreten wollen. Zur Resignation haben sie nicht den geringsten Anlaß. In unserer überwiegend landwirtschaftlichen Gesamtheit besitzt bei der Dorfbewölkerung, die bei gehöriger Organisation in fast allen politischen Wahlen entscheidet, das konservative Element auch heute noch eine große Bedeutung.

Das ist jedoch Zukunftsmusik. Die Bewegung in der Richtung der Organisation der politischen Parteien befindet sich noch im Keime, und man weiß noch nicht, ob und wann sie greifbare Formen annehmen wird. Wir halten angesichts dieser Organisationen oder Kombinationen auch in der weiteren Folge an dem Grundsatz fest, daß das nationale Interesse alle Zwistigkeiten und parteiliche Mißverständnisse ausschließen oder doch auf ein Minimum reduzieren müßte. Unsere Lage ist nicht der Art, daß sie den Kampf um das Übergewicht des konservativen oder demokratischen Elements rechtfertigte. Wenn aber der Kampf an und für sich unvermeidlich ist, und wenn er beginnen wird, dann werden wir nicht abseits stehen können, wir müssen an ihm teilnehmen, wenn auch nur zu dem Zwecke, die sich verschärfenden Gegensätze nach Möglichkeit zu mildern. Unsere bedingungslose Unterstützung werden diejenigen Bestrebungen der rechten oder linken Seite erhalten, welche unserer Meinung nach der nationalen Sache die schätzenswertesten Dienste erweisen.

Aus Nr. 63 des Gonic Wielkopolski (Posen)  
vom 18. März 1909:

### Neue Strömungen im Zentrum.

Die Zentrumsorgane behaupten hartnäckig, daß im Bezirke Meseritz-Bomst bei den letzten Ergänzungswahlen kein Kompromiß zwischen Zentrum und Polen geschlossen worden sei, daß die Polen allein, ohne jegliche Ausgleichsversprechungen freiwillig für den Zentrums-kandidaten gestimmt hätten.

Wir betonten schon, daß dies sich mit der Wahrheit nicht deckt; das Kreis Komitee von Meseritz-Bomst hat nämlich, soviel uns bekannt ist, mit Stimmenmehrheit sich einzig nach dem Grundsatz des *do ut des* einverstanden erklärt, den Zentrums-kandidaten zu unterstützen, und wandte sich in dieser Angelegenheit an unsere höchste Wahlbehörde, an das Zentralkomitee, das auf der Grundlage von Verhandlungen mit dem Zentrum sich mit dem Kompromiß einverstanden erklärte. Aus diesem Grunde erließ das Provinzialkomitee den Aufruf, der den polnischen Wählern empfahl, für den Zentrums-kandidaten Propst Roenspieß zu stimmen.

Wie der Dziennik Poznański bemerkt, führte die Unterhandlungen in der Kompromißangelegenheit mit unseren Wahlbehörden der Abgeordnete **Erzberger** und das im Namen des damaligen Zentrumsvorsitzenden, Grafen **Sompesch**.

So war es auch. Indessen starb Graf Sompesch, und sein Nachfolger läßt sich ersichtlich von anderen Rücksichten leiten, zählt auf das baldige Zerfallen des Blocks und darauf, daß das Zentrum wieder werde Regierungspartei werden, weswegen man das Terrain allmählich zubereiten müsse. Die Polen werden in diesem Falle für das Zentrum unbequem, und deswegen mußte das Bestehen eines Kompromisses zwischen Zentrum und Polen, das dem Zentrum in den Augen der Regierung schaden könnte, in Abrede gestellt werden. Gestorben ist allerdings Graf Sompesch, aber es leben noch andere Zeugen für den Fall, daß der Vertrag nicht formell, schwarz auf weiß, geschlossen worden ist.



Es lebt der Zentrums-Abgeordnete Erzberger, der nach Meseritz-Bomst im Auftrage des Zentrums resp. des Grafen Hompesch gereist war, es lebt auch noch Propst Koenigs, der in der Wahlversammlung in Wollstein war, selbst in polnischer Sprache eine Rede hielt und die klare und deutliche Erklärung des Herrn Grafen Czarniecki hörte, daß mit dem Zentrum ein Kompromiß nach dem Grundsatz des *do ut des* geschlossen wurde, d. h. für unsere Hilfe im Bezirk Meseritz-Bomst verpflichtete sich das Zentrum, in einem anderen Bezirke, den das Zentralwahlkomitee bezeichnen werde, einen katholischen Polen zu unterstützen.

Diese Angelegenheit wurde in der Versammlung in Wollstein klar und unzweideutig erörtert. Alle Redner und auch der Redakteur des *Goniec* haben sie den Wählern deutlich erklärt.

Sollte das Kompromiß nicht geschlossen worden sein, würde der Zentrumskandidat, Propst Koenigs, ein guter und gerechter Geistlicher, ganz gewiß das Schweigen nicht mit seinem Gewissen in Einklang bringen können, und er würde vertraulich oder öffentlich erklärt haben, daß er vom Kompromiß nichts wisse. Soviel wir wissen, wollte Propst Koenigs die Kandidatur gar nicht annehmen; er tat dies nur unter dem Drucke des Vorstandes der Zentrumsparlei.

Alles das beweist klar, daß das Kompromiß existierte. Wäre es nicht da, so würden sowohl unser Redakteur als auch die polnischen Patrioten im Bezirke Meseritz-Bomst niemals für einen Zentrumsmann, sondern für einen von den Unsrigen agitiert haben.

Nach dem Tode des Grafen Hompesch ist der neuen Leitung des Zentrums die Schließung des Kompromisses jedoch unbequem geworden und deswegen verleugnet sie daselbe, oder mit anderen Worten, das Zentrum will, um an den Regierungstisch zu gelangen, aus den Polen wieder den Sündenbock machen! — Ob ihm das gelingen wird, das bezweifeln wir. Es steht nämlich fest, daß das Kompromiß geschlossen wurde, wir wissen nur nicht, in welcher Weise dies das Zentralkomitee tat, und in diesem Punkte ist eine Aufklärung notwendig.

Aber wenn auch das Kompromiß nicht ganz formell geschlossen worden wäre, kann daselbe von der Zentrumsparlei oder vielmehr von ihrer Leitung niemals moralisch verleugnet werden.

In Zukunft jedoch würde für uns die Lehre sich ergeben, daß sogar mit einer katholischen Partei man nicht vorsichtig genug verfahren kann, und daß man sich nach allen Seiten hin sichern muß.

Mit der genannten Angelegenheit scheint eine gewisse Verbindung die Angelegenheit der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in Gnesen zu haben. Wie der Gnesener *Lech* berichtet, hält sich das Gerücht hartnäckig aufrecht, daß die Regierung mit ganzer Kraft die Kandidatur des Propstes Sander erzwingen will. Vor allen Dingen soll Propst Sander Kanonikus an Stelle des verstorbenen Kanonikus Spors werden, und wenn das erfolgen wird, wird seine Ernennung zum Bischof nur noch eine Formsache sein. Das Gnesener Kapitel wehrt sich mit aller Macht gegen das Aufdrängen eines einer fremden Diözese angehörenden Domherrn, der die hiesigen Verhältnisse nicht kennt. Jedoch zeigen die Diplomaten des Vatikans eine gewisse Nachgiebigkeit den Wünschen der preußischen Regierung gegenüber, und zwar so sehr, daß wirklich die Befürchtung eintritt, daß es der preußischen Regierung gelingen werde, auf den Thron des heiligen Adalbert ihren Schützling zu setzen.

Die Neigung der vatikanischen Diplomaten zu Konzessionen zugunsten der preußischen Regierung im gegenwärtigen Augenblick verstehen wir ausgezeichnet. — Die Zentrumsparlei bemüht sich aufs

neue, die Leitung der Angelegenheiten des Deutschen Reiches in ihre Hände zu nehmen. Dem Vatikan liegt augenscheinlich auch viel daran, daß in Deutschland die katholische Partei die maßgebende sei. Um nun die Regierung nicht zu verletzen, ist der Vatikan bereit, die gerechte Sache der Polen im preußischen Anteil auf dem Altar der politischen Interessen zu opfern.

Aus Nr. 64 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 19. März 1909:

### Nur ein Mißverständnis?

In der Angelegenheit der Wahlen in Meseritz-Bomst versicherten die Abgeordneten Erzberger und Graf Oppersdorf durch Vermittelung der parlamentarischen Zentrums-Korrespondenz eine Mitteilung, die gleich eingangs feststellt, daß sie beide im Namen und Auftrage des Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im Reichstage seiner Zeit die Verhandlungen mit dem polnischen Zentralwahlkomitee geführt hätten.

Diese Mitteilung lautet:

Die Wahlen in Meseritz-Bomst werden immer noch von Zeitungen aller Parteien besprochen. Besonders geschah dies aus Anlaß der vor kurzem abgehaltenen Konferenz der Zentrumsanhänger in Posen. Mit der öffentlichen Diskussion über diese Konferenz wird auch die Frage besprochen, ob bei den letzten Wahlen in Meseritz-Bomst zwischen Zentrum und den Polen ein Kompromiß geschlossen worden sei. Manche Zentrumsblätter verneinen die Nachricht des Posener Tageblatts, daß ein solches Kompromiß wirklich geschlossen worden sei. Sie berufen sich dabei darauf, daß in der Zentrumskonferenz in Posen sowohl der Vorsitzende des Landesauschusses der Zentrumsparlei in Preußen, wie auch der Zentrumskandidat in Meseritz-Bomst, erklärt hätten, daß sie von einem solchen Kompromiß nichts wüßten. Diese Stimmen lenkten naturgemäß die lebhafteste Aufmerksamkeit der polnischen Presse auf sich und gaben ihr Anlaß zu entschiedenem Antworten. Es scheint deshalb eine notwendige Sache zu sein, die Wahlangelegenheit in Meseritz-Bomst aufzuklären.

Als diese Wahlen notwendig wurden, sahen die maßgebenden Politiker beider Parteien klar, daß der Wahlkampf gegen den Block nur dann Aussichten auf Erfolg habe, wenn zwischen beiden Parteien eine Verständigung erfolgen würde. Diese Anschauung veranlaßte beide Parteien zu Unterhandlungen. Auf der Zentrumsseite führte sie die Zentrumsfraktion des Reichstages, weil damals weder ein Landesauschuß der Zentrumsparlei, noch eine Zentrumsorganisation im Posenschen existierten. Auf der polnischen Seite führte sie die kompetente Wahlbehörde (das Zentralkomitee. — D. Red.) Vor allen Dingen wurde man darin einig, daß in Rücksicht auf die Verhältnisse im Bezirke Meseritz-Bomst eine Zentrumskandidatur aus taktischen Gründen bei diesen Wahlen geboten sei. Die Abmachung kam zwischen beiden Parteien auf folgender Grundlage zu stande:

„Die Polen unterstützen den Zentrumskandidaten in Meseritz-Bomst. Die Zentrumsparlei verpflichtet sich, den Polen dafür eine ebensolche Hilfe bei den Reichstagswahlen in einem anderen, von den Polen bezeichneten Wahlbezirke zu leisten.“

Mit dem Momente, als die Verständigung zu stande kam, benachrichtigte das Zentralkomitee von ihm alle polnischen Wähler im Bezirke durch einen in Zeitungen aller Parteien gesetzten Aufruf.



Das ist der wirkliche Stand der Angelegenheit. Wenn jetzt in der Zentrumspreſſe ſich Stimmen zeigen, die man ſchwer mit dieſem Tatbeſtande vereinigen kann, dann kann man das einzig auf die Weiſe erklären, daß ſie von Leuten kommen, welche an den betreffenden Verhandlungen nicht teil nahmen und deſwegen den wirklichen Stand der Dinge nicht kennen."

Die Mitteilung der Abgeordneten Erzberger und Graf Oppersdorf gibt eine offene und aufrichtige Aufklärung. Schade nur, daß dieſe Aufklärung nicht ſo ſehr erfolgte. Wir wollen damit nicht im entferntesten die Vermutung ausdrücken, als ob die Abgeordneten zum Verſchicken dieſer Mitteilung nur durch die energiſche Haltung der polniſchen Preſſe veranlaßt worden wären; aber eine frühere Aufklärung würde vor allen Dingen im Intereſſe der im Entſtehen begriffenen Zentrumsorganisation im Poſenſchen gelegen haben, in deren Reihen ſofort zu Beginn eine fatale politiſche Verwirrung eingeleitet iſt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Mitteilung der Abgeordneten Erzberger und Graf Oppersdorf, die erſt jetzt publiziert wurde, dieſe Verwirrung nicht nur nicht verringern, ſondern naturgemäß vergrößern wird. Die Scheidewand wird vergrößert zwiſchen denen, die einerſeits in Übereinkunft mit den Intentionen der Abgeordneten Erzberger und Graf Oppersdorf geneigt ſind, die Kompromißverpflichtung zu halten, die das Zentrum aus Anlaß der Wahlen in Meſeritz-Bomst auf ſich nahm, und andererseits zwiſchen denen, die das Kompromiß mit den Polen — gemäß des Grundſatzes des Poſener Tageblatts — als einen „Verrat der deutſchen Sache“ anſehen.

Daß die Mitteilung der Abgeordneten Erzberger und Graf Oppersdorf in ihrem Schlußſatz die Verleugnung des Kompromiſſes mit den Polen von ſeiten der Zentrumsleute im Poſenſchen als eine auf der Unkenntnis der Sache beruhende hinzustellen ſich bemühen, alſo als ein gewöhnliches Mißverständnis, iſt — vom Standpunkte der Parteihöflichkeit aus — ſehr natürlich. Wir können daſſelbe aber nicht vom Standpunkte des Dziennik Poznański aus ſagen, welcher, im Gegenſatz zu der übrigen polniſchen Preſſe, in der Verleugnung des Kompromiſſes durch die Zentrumsleute ebenfalls nur ein Mißverständnis erblickt.

Wie iſt mit dieſer Stellung der Frage die Tatſache zu vereinigen, daß das Kompromiß unter anderen auch vom — Zentrumskandidaten Propſt Koenigſpieß aus Altkloſter geleugnet wird, welcher in der polniſchen Wahlverſammlung in Wollſtein Zeuge der öffentlichen Bekanntmachung des abgeſchloſſenen Kompromiſſes ſowie der Bedingungen deſſelben war und der ſelbſt unmittelbar nachher polniſch redete. Übrigens war der polniſche Aufruf, der von dem Kompromiſſe ſprach, den Leitern des Zentrums im Bezirke Meſeritz-Bomst doch gut bekannt, und über ſeinen Inhalt „Warum“ referierte die ganze Zentrumspreſſe.

Warum haben die, welche heute das Kompromiß mit den Polen als „einen Verrat der deutſchen Sache“ anſehen, nicht ſofort, noch vor den Wahlen, den polniſchen Aufruf angezweifelt? Weil ſie das Erobern von polniſchen Stimmen durch eine unredliche politiſche Taktik als eine vollſtändig korrekte und keinesfalls „der Würde und dem Intereſſe der deutſchen Sache“ zuwiderlaufende Tat halten.

Sieht ſo wirklich ein — Mißverständnis aus?

Daß die Angelegenheit durch die Mitteilung der Abgeordneten Erzberger und Graf Oppersdorf nicht erledigt iſt, iſt ſonnenklar. Im Gegenteil — wie wir ſchon ſagten — wird es jetzt erſt recht im Poſenſchen Zentrumslager zu brodeln beginnen. Es können leicht

politiſche Überraschungen eintreten. Deſto mehr ruht auf unſerer Geſamtheit die Pflicht, das Anſehen unſerer Wahlbehörden nicht zu ſchwächen, ſondern zu ſtärken. Welchen Standpunkt die Geſamtheit von ihnen in einer ähnlichen Situation das Recht hat zu verlangen, dem geben wir in einer entſchiedenen Weiſe Ausdruck. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir uns mit den Stimmen der Preſſe ſolidarisieren könnten, welche die Schärfe ihrer Kritik mehr gegen unſere betreffenden Wahlbehörden als gegen die Zentrumsintriganten wenden.

Aus Nr. 64 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)  
vom 19. März 1909:

### Das Kompromiß iſt da!

Man ſuchte es, bis es gefunden ward, denn es war verloren gegangen. Freuen wir uns deſwegen und ſchlachten wir ein Kalb, um dieſe Neuigkeit würdig zu begehen.

Alles war in Ordnung, nur die Zentrumsleute drehen ein wenig, um ſich den Gaſtaſten gegenüber zu entſchuldigen, aber ſchließlich veröffentlichen nunmehr die bekannten Zentrums-Abgeordneten Graf Oppersdorf und Erzberger, daß ſie mit den Polen ein Kompromiß geſchloſſen hätten, und zwar unter den nachſtehenden Bedingungen:

Die Polen unterſtützen den Zentrumskandidaten im Wahlkreiſe Bomst-Meſeritz. Die Zentrumsleute verpflichten ſich dafür, den Polen eine gleiche Hilfe bei den Reichstagswahlen in einem anderen, durch die Polen beſtimmten Wahlkreiſe zu leiſten.

Die Zentrumsleute haben ſich ſomit zu dem Kompromiß bekannt; warum hat denn aber unſer Zentralwahlkomitee den Mund nicht aufgetan, als die Zentrumsleute dieſes Kompromiß in Abrede ſtellten?

Aus Nr. 58 des Goniec Wielkopolski (Poſen)  
vom 12. März 1900:

### Die Partei der gegenseitigen Anbetung.

Die Kurjer-Lente von der gegenseitigen Anbetung, die da ſahen, daß ihr Einfluß ſich verringere, daß die Allgemeinheit zu ihren Abgeordnetenkandidaten, zu ihren Kandidaten für gut bezahlte Ausſichtsrats- und ſonſtige Stellen immer weniger Vertrauen hat, beſchloß, ſich beſſer zu organiſieren unter dem Namen „Demokratiſcher Verein“.

Die Satzungen hat man ſchon geſchmiedet, die Einladungen „diſkret“ verſandt.

Zu dieſer gegenseitigen Anbetung unter „demokratiſchem“ Namen gehören u. a. die Herren Dr. Anton Chlapowski, Exabgeordneter, Exſtadtverordneter, Exauſichtsratsmitglied der Bank der Gewerbetreibenden, Abgeordneter Graf Mathias Mielzynski, Abgeordneter Dr. Felician v. Miegolewski, Karl Kzepecki, Abgeordneter Bernhard v. Chrzanowski und andere vom ſogenannten „fortſchrittlichen Adel“. In die Bruderſchaft von der gegenseitigen Anbetung iſt auch gnädigſt Herr Stephan Chocijzewski vom Poſtemp berufen worden, von dem bei den Beratungen im engeren Zirkel einer der fortſchrittlichen „Erzdemokraten“ geſagt hat, er werde für ſie nötig ſein, um auf das Volk und die wenig kritiſch veranlagten Poſener Handwerker und Arbeiter Einfluß ausüben, ohne welche man gegebenenfalls nicht wird auskommen können. Jedes Mitglied von der Bruderſchaft der gegenseitigen Anbetung ſoll 6 Mark



jährlich bezahlen, wofür es, wenn es artig und ein gutes Werkzeug sein wird, Unterstützung erfahren soll bei der Wahl in gut bezahlte Stellen in Aufsichtsräten oder für Ehrenämter in den verschiedenen Vereinen und Verbänden oder endlich auch bei den Abgeordnetenwahlen.

Alles das praktiziert man zwar schon seit ziemlich langer Zeit; aber da die Kurjer-Bruderschaft von der gegenseitigen Anbetung schon vielfach bezüglich ihrer Kandidaten Enttäuschung erfahren hat, so galt es, sich exakter zu organisieren, um sich die Sicherheit zu verschaffen, daß die Kandidaten von der gegenseitigen Anbetung die Erwartungen nicht täuschen, daß sie die Mandate nicht niederlegen und daß sie die Kurjerinteressen rechtlichaffener wahren würden. Um die Qualifikationen der Kandidaten von der gegenseitigen Anbetung handelt es sich nicht — jeder von ihnen ist gut, jeder ein tüchtiger Kopf, soweit er nur in diejenige Posaune stoßen will, die ihm die Kommandanten hinreichen.

In der Praxis geht es mit den Kandidaten von der gegenseitigen Anbetung so, daß einer der Vertrauten sorglich auf den Moment aufpaßt, wenn der Vorsitzende erklärt: „Wir schreiten zur Wahl!“ In dem Moment bittet jeder Vertraute ums Wort und präsentiert eine Liste von Kandidaten, wobei er einen nach dem anderen herausschreibt, die durch einen solchen Vorschlag überraschten Versammelten haben in der Regel keine Zeit, über die Qualifikationen der „tüchtigen“ „erprobten“ Kräfte nachzudenken, auch gehört es nicht zu den Unnehmlichkeiten, sich in eine Kritik von Personen einzulassen, schließlich gibt es bei uns immer weniger Leute, welche zur Übernahme von bürgerlichen Arbeiten bereit wären, außer da, wo es sich um gut bezahlte Sinecuren handelt, — und so geht die vorgeschlagene Kandidatenliste in Ermangelung einer anderen glatt durch. Aber dafür geht es in manchen unserer Vereine und Institutionen auch danach. Sind doch die Auserwählten der gegenseitigen Anbetung, die man fürs Erste in ihrer Ambition gefügelt hat, oft fatale Arbeiter. Die Unterstützung ihrer Genossen in der Bruderschaft ist ihre Hauptaufgabe, in Ermangelung praktischen Sinnes werden in der Folge verhängnisvolle Fehler gemacht, die man nicht mehr gut machen kann, — das Institut hinkt, der Glaube an dasselbe schwindet, und alles Phrasen halber, welche positive praktische Arbeit nie erregen werden.

Wir warnen vor dieser Agitation der gegenseitigen Anbetung besonders die Handwerker- und Arbeiter-schichten, welche von ihr irgendwelche Unterstützung erwarten. Wir warnen vor dieser Treibjagd, um die unvermeidliche Enttäuschung infolge Ausbeutung des guten Glaubens fernzuhalten. Diese Koterie sucht doch die Volksschichten für ihre Zwecke auszunützen, sie gegebenenfalls als ihr Werkzeug zu gebrauchen, wie dies mit der Arbeiterkandidatur des Herrn Piotrowski der Fall gewesen ist. Ihn und mit ihm die Arbeiter haben die Kurjer-Leute zu ihrer Agitation für Herrn Dr. Anton Chlapowski ausgenutzt, ohne überhaupt ehrlich an die Arbeiter zu denken.

Im Verein mit dieser großen „demokratischen“ Aktion der Kurjerkoterie wird ein großes Sagen veranstaltet, um Abkommen für den Kurjer zu fangen.

Es wäre darin nichts Außergewöhnliches, wenn nicht unser ganzes gesellschaftliches Leben durch die Kurjerkoterie ungeteilt beherrscht würde mit Hilfe von Mitteln, welche darauf abzielen, den Willen der Allgemeinheit unter den Willen der Koterie, also zu schädlichem Terror zu beugen. In unserer Volksgemeinschaft steckt zu viel Selbsterhaltungssinn und Kritizismus, als daß sie sich das ungeteilte Regiment einer Koterie sollte aufdrängen lassen.

Aus Nr. 64 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 19. März 1909:

## Die Medizinalpraktikanten im Dienste der „deutsch-nationalen Politik“?

Durch Ministerialerlaß vom Jahre 1901 wurde die Vorschrift eingeführt, daß die Kandidaten der Medizin nach Ablegung der Staatsprüfung 1 Jahr in einer größeren Anstalt arbeiten müssen, welche auf der Grundlage eines Antrages das Recht erhalten hat, solche Praktikanten der Medizin zu beschäftigen. Der Ministerialerlaß trat am 1. Oktober 1903 in Kraft.

Daß auch auf diesem Gebiete politische Mißbräuche geschehen, davon haben wir einen grellen Beweis in Händen.

Der Kreisarzt Medizinalrat Dr. Wagner, der Leiter des Kreiskrankenhauses in Schwef schriebe auf den Antrag eines polnischen Praktikanten der Medizin, ob er in die Anstalt auf ein Jahr zum Praktizieren angenommen werden könnte, am 28. Dezember v. Js. dem Antragsteller ab. Der Brief enthält sehr günstige Bedingungen, schließt aber mit folgendem Satze:

Wenn Sie katholisch sind, müssen Sie eine schriftliche Erklärung beifügen, daß Sie feste deutsch-nationale Überzeugungen hegen und daß Sie versprechen, von allen politischen Bestrebungen sich fern zu halten.

Diese Bedingung ist höchst charakteristisch, weil sie die Stellung des Medizinalpraktikanten mit der des Gerichtsreferendars künstlich gleichzumachen sucht. Das Jahr der Medizinalpraxis ist deswegen eingeführt worden, damit die Kandidaten der Medizin, die mit der Praxis noch nicht hinreichend bekannt sind, nicht gleich sich als Ärzte niederlassen können, also zu medizinischen Zwecken, zu Zwecken der öffentlichen Sicherheit. Herr Dr. Wagner sucht der medizinischen Praxis den Charakter eines politischen Dienstes zu verleihen, und es ist zu unterstreichen, daß dieser politische Dienst in diesem Falle in einer Kreis-anstalt absolviert werden soll. Wir lenken darauf die Aufmerksamkeit unserer Abgeordneten.

Aus Nr. 64 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 19. März 1909:

## In Sachen des Engrosshauses.

Bei der Zusammenkunft der Kaufleute in Pleschen ist die Sache des Engrosshauses in Posen insoweit fortgeschritten, daß sich eine besondere Kommission bildet, in die folgende Herren gehören: Thomas aus Borek, Konopinski aus Schrimm, Jeziorowski aus Miloslaw, Gustkowsky aus Posen und Basinski aus Jarotschin. Die Aufgabe der Kommission ist, dieses Projekt weiter zu bearbeiten, um es schließlich zu verwirklichen. Der erste Schritt, den die Kommission tun kann, ist die Gewinnung mehrerer Fachleute mit Kapital und auch anderer, welche Lust zeigen würden, in die Kommission einzutreten um gemeinsam zu beraten, und welche eventuell mit ihrem Kapital in die gemeinsame Aktion eintreten würden.

In diesem Sinne fordern wir alle auf, welche eventuell bereit wären, mit größeren Kapitalien zu diesem künftigen Engrosshause beizutreten, sich melden zu wollen beim Vorsitzenden der Kommission Herrn Alexander Thomas in Borek.

Alexander Thomas in Borek.  
Konopinski in Schrimm. Basinski in Jarotschin.  
Jeziorowski in Miloslaw.  
Artur Gustkowsky in Posen.



Aus Nr. 65 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 20. März 1909:

### **Vielversprechende Anfänge.**

Bis vor nicht allzu langer Zeit noch haben die deutschen Ansiedler, welche die Ansiedlungskommission aus allen Gegenden Deutschlands, sogar aus anderen Ländern herbeizog und im Großherzogtum Posen und Westpreußen ansiedelte, im politischen Leben dieser beiden Landesteile fast gar keine Rolle gespielt. Die Ansiedlungskommission, die sie als eine Art Untergebene behandelte, hielt sie am Gängelbände, leitete fast alle ihre Schritte und drängte ihnen sowohl die soziale als auch die politische Haltung auf. Diese neuen Staatspensionäre trugen, wenngleich dann und wann auch mehr oder weniger laut murrend, im allgemeinen dieses Joch geduldig, und sie zeigten nicht allzuviel Gelüste zu irgendwelcher Selbstständigkeit.

Es scheint jedoch, daß diese Periode politischer Kindlichkeit der hiesigen deutschen Ansiedler schon der Vergangenheit angehört. Ihre neuliche Zusammenkunft in Gnesen beweist, daß dieses Zuzüglerelement sich schon kräftig genug fühlt, eine selbstständige politische Rolle zu spielen, daß es beginnt, sich zu organisieren und mit seinen Forderungen und Ansprüchen öffentlich hervorzutreten.

Diese Evolution war von vornherein vorauszu- sehen. Erheben doch schon seit einer Reihe von Jahren offiziöse und nichtoffiziöse deutsche Blätter, Redner im Land- und Reichstage sowie auch die höchsten Regierungsvertreter diese Ansiedler in den Himmel als die tüchtigsten Pioniere der deutschen Kultur, als die kräftigsten Stützen des Deutschtums in den preussischen Ostmarken. Natürlich mußte dieser intensive Weihrauch die nicht allzu starken und nicht allzu kritisch veranlagten Geister dieser deutschen Bauern berauschen, unter ihnen eine gewisse Großmannsucht hervorrufen. Ihre dabei von Jahr zu Jahr wachsenden Kadres gaben ihnen das Gefühl materieller Kraft. Es reichte somit der erste Hauch von außen her hin, um Strömungen, die in der Gesamtheit der hiesigen Ansiedler schlummerten, zutage treten zu machen.

Ein solcher Hauch war die bekannte Resolution des Bundes der Landwirte, welche sich gegen eine allzu intensive Ansiedlung erklärte und verlangte, daß der Großgrundbesitz mehr als bisher berücksichtigt werden sollte durch Gründung entsprechender größerer Güter auf den zur Besiedlung bestimmten Besitzungen. Auf diese Resolution antworteten die Ansiedler mit einer Zusammenkunft, in welcher Forderungen besprochen wurden, die den in der Resolution des Bundes der Landwirte niedergelegten direkt zuwiderlaufen.

Vor allem also trat in dieser Zusammenkunft, und zwar in sehr krasser Form, der Antagonismus zwischen dem deutschen Groß- und Kleingrundbesitz in den Ostmarken zutage. Dieser Antagonismus besteht übrigens seit langem. In Privatgesprächen haben die deutschen Großgrundbesitzer nie ein Hehl gemacht aus der Abneigung und den Befürchtungen, mit denen sie die Nachbarschaft der Ansiedler erfüllte. Hier kamen sowohl soziale als auch wirtschaftliche Rücksichten ins Spiel, soziale, denn dieser von der Welt Enden hergekommene neue Pionier blickte mit Geringschätzung auf das lokale Element herab, und zwar nicht nur auf das polnische, sondern auch auf das deutsche — wirtschaftliche —, denn die Niederlassungen der Ansiedler lieferten den benachbarten großen Gütern nicht nur keine Arbeiter, sondern sie absorbierten sogar diese fremden Kräfte für sich.

Da sich jedoch die deutschen Großgrundbesitzer von dem Gefühl des Patriotismus leiten ließen, traten

sie — wenigstens öffentlich — mit ihren Klagen über die Unzuträglichkeiten, welche die Ansiedlung für sie zur Folge gehabt hatte, nicht hervor. Aber das Übel nahm immer größere Ausdehnung an und rief schließlich den gegenwärtigen offenen Konflikt zwischen den im Bunde der Landwirte den Reigen führenden Großgrundbesitzern und den Ansiedlern hervor.

Man kann nicht behaupten, daß der Bund der Landwirte, der aus dieser Entzweiung drohenden Gefahr gegenüber die Augen verschlossen hätte. Er entbandte also zu der Gnesener Zusammenkunft der Ansiedler sowohl den Vorsitzenden des Bundes Dr. Köfcke als auch den Vorsitzenden der Posener Filiale des Bundes Herrn Endell. Aber die Stimmen dieser beiden Herren, welche zur Überlegung und Eintracht mahnten, waren Stimmen eines Predigers in der Wüste. Die Versammlung war in kampflustiger Stimmung und protestierte vor Allem gegen die gleichsam vormünderische und pädagogische Rolle, welche der Großgrundbesitz den Ansiedlern gegenüber spielen wolle. Die noch bis vor kurzem so sanftmütigen Ansiedler erklärten mit aller Entschiedenheit, daß der Großgrundbesitz in den Ostmarken nicht erforderlich sei, weder vom politischen, noch vom wirtschaftlichen, noch endlich vom pädagogischen Standpunkt aus.

Eine weit interessantere Tatsache ist jedoch die, daß die Emanzipationsbestrebungen der Ansiedler sich auch in ihrem Verhältnis zur Ansiedlungskommission zeigen.

Noch bis vor sehr kurzer Zeit schien es, daß dieses Institut auf den unbedingten Gehorsam der von ihr Angesiedelten rechnen könne. Indes verlangen die Teilnehmer an der Gnesener Zusammenkunft, daß Repräsentanten der Ansiedler in der Ansiedlungskommission Platz eingeräumt werden solle; denn nur auf diese Weise würden ihre Interessen gehörig gewahrt werden. Und es konnte doch scheinen, daß die Kommission in den Augen der Ansiedler für eine wahrhafte schützende Gottheit gelte.

Endlich beanspruchen die Ansiedler auch eine größere politische Rolle als bisher. Zu diesem Zwecke verlangen sie, daß die politischen Rechte, welche den einstigen Besitzern der besiedelten Güter zustanden, auf die Ansiedler übertragen werden sollten, sodaß letztere auf diese Weise einen größeren Einfluß in den Kreistagen und im Provinziallandtage gewinnen würden.

Es ist nicht bekannt, welchen Eindruck diese Emanzipationsbestrebungen der Ansiedler in der Ansiedlungskommission hervorgerufen haben. Möglicherweise, daß sie wie ein Blitz aus heiterem Himmel gewirkt haben, es kann aber auch sein, daß sie vorausgesehen, wenn nicht vorbereitet worden sind. Jedenfalls wird es keine leichte Aufgabe sein, die Forderungen der Ansiedler mit den Interessen des Großgrundbesitzes in Einklang zu bringen, und Alles scheint dafür zu sprechen, daß dieser Konflikt, dessen erster Akt sich neulich in Gnesen abgepielt hat, immer weitere Kreise ziehen wird.

Der Großgrundbesitz, der sich von dem Instinkt der Selbsterhaltung leiten läßt, muß und wird einer allzu weitgehenden Ansiedlung einen immer energischeren Widerstand entgegensetzen. Die Ansiedler aber, die von Jahr zu Jahr an Kraft wachsen und sich eine immer größere Selbstständigkeit aneignen, werden mit immer neueren Forderungen hervortreten. Wurden doch in der letzten Zusammenkunft Stimmen dahin laut, daß man nicht nur die polnischen, sondern auch die deutschen Großgrundbesitzer enteignen solle, welche nicht ständig auf ihren Gütern weilten.



Aus Nr. 67 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 23. März 1909.

### **Eine bedeutsame Erscheinung!**

Am 17. d. Mts. sprach der Ansiedler Reineke in der Versammlung der deutschen Ansiedler in Gnesen unter starkem Beifall folgenden Satz aus:

„Wir sind nicht so unverständlich, um zu verlangen, daß alle größeren Grundbesitzer von hier fortziehen sollen, aber aus Gründen der Gerechtigkeit muß man verlangen, daß diejenigen von ihnen, welche nicht in der Dittmark wohnen oder sogar die Einnahmen aus ihren Gütern jenseits der Grenze verzehren, enteignet werden **ohne Rücksicht darauf, ob sie Deutsche oder Polen sind.**“

Wir zitieren diesen Satz als eine bedeutsame Erscheinung, ohne ihm fürs erste eine praktische Bedeutung beizumessen. Die deutschen Großgrundbesitzer können auch weiterhin sicher sein der Unterstützung der Regierung und der Ansiedler; dieses „enfant terrible“ wird vielleicht für seine zu große Offenherzigkeit verschiedenen Unannehmlichkeiten und Chikanen ausgesetzt sein. Das ändert jedoch nicht den Kern der Sache. Der einmal hingeworfene Gedanke lebt weiter sein eigenes Leben. Es genügt nicht, ihn in der Person des Ansiedlers Reineke zu unterdrücken. Reineke sprach nur das aus, was andere neben ihm dachten und noch denken, wenn auch nur die, die ihm Beifall spendeten. Morgen, übers Jahr, nach 10 Jahren, hauptsächlich dann, wenn die Enteignungsmaschine anfangen wird zu arbeiten und ihrem Grundsatz Reklame zu machen, werden diesen Gedanken neue Hunderte und Tausende aufnehmen und hintragen — unbekannt wohin. Als die Redner der Minderheit bei den vorjährigen Debatten über das Enteignungsgesetz die Aufmerksamkeit der Kammer auf die weitreichenden Folgen des Brechens mit der Unantastbarkeit des Privateigentums lenkten, wurden sie von den Vertretern der Regierung sehr von oben herab behandelt. Sie gingen sogar mit Hohn über die Drohung hinweg, daß die Enteignung in Zukunft angewendet werden könne ohne Rücksicht auf die Nationalität nur aus politischen und sozialen Gründen, und bewiesen unumstößlich, daß die Enteignung der Polen und Deutschen zwei ganz verschiedene Sachen seien, daß also auch die konservativen Elemente ruhig dieses Gesetz annehmen und ruhig schlafen könnten.

Leider ist der Verstand der Völker weniger subtil als der der preußischen Minister, weniger subtil, aber logischer. Wenn an die Stelle des Grundsatzes die Opportunität tritt, suchen die Menschen bald die neugeschaffene Methode nach dem eigenen Interesse einzurichten und ziehen aus derselben oft ganz unerwartete Schlüsse.

Daß eine solche Stimme zuerst in der Ansiedlerversammlung ertönte, aus dem Munde eines derjenigen, die aus den Wohltaten des neuen Gesetzes in erster Linie Nutzen ziehen sollten, ist keine zufällige Ironie des Schicksals, sondern nur einfache Logik.

Wer mit unverdienten Wohltaten überschüttet wird, der verlangt erfahrungsmäßig immer mehr und langt über die Grenze hinaus, die ihm willkürlich gesetzt wurde. Charakteristisch ist auch die Wendung des Redners „daß die Gerechtigkeit dieses verlange.“ Das Ausnahmegesetz wurde in dem Verstande von einfachen, nicht mit Sophismen spielenden Leuten zum absoluten Gesetz.

Wenn schon enteignet wird, dann soll nicht zum Spaß, oder einer abstrakten Auffassung zuliebe, wie es die nationale Staatsidee für den Bauern ist, sondern um des Landes, des Brotes willen enteignet werden. „Das Land den Landleuten“, das ist wenigstens eine verständliche, praktische und gerechte Parole.

Die Regierungen aller zivilisierten Länder nahmen nicht zufällig zur Grundlage der Staatssysteme die absoluten Grundsätze der Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und Tugend an, sondern deswegen, weil die Erfahrung der Jahrhunderte lehrte, daß nur auf diesem Fundamente fest und sicher gebaut werden könne. Die Deutschen bilden keine Ausnahme von der Regel, obwohl sie sich Pfadfinder in der politischen Theorie und Praxis zu nennen lieben.

Ähnlich wie es den französischen Revolutionären schien, daß seit der Erklärung der Republik für die Welt eine neue Ära beginne, und es sich schon nach einigen Jahren zeigte, daß das eine von den Wendungen war, die mit einer fast periodischen Regelmäßigkeit in der Geschichte wiederkehren, ebenso scheint es oft den preußischen Großmannsüchtigen, daß ihre Siege und Triumphe nicht nur das äußere Aussehen der Welt, sondern auch die inneren Gesetze, die die Politik und Geschichte regieren, von Grund aus veränderten. So ist es nicht und kann es nicht sein. Wer da behauptet, daß Gewalt vor Recht geht, der kann nur fürs erste Recht haben, da es ohne Recht keine dauernde Gewalt gibt und ohne Recht das Tier im Menschen überhand nimmt.

Die der moralischen Idee nicht untergeordneten Begierden dienen als ferneres Ziel nicht nur dem böllischen, sondern direkt dem zynisch persönlichen Egoismus. Denn die Gewalt kann nur über die Materie herrschen, sie wird niemals die menschlichen Gefühle und Gedanken, mit einem Worte, die Menschen wie sie in Wirklichkeit sind, beherrschen. Menschen werden von den Ideen, den ethischen und rechtlichen Begriffen beherrscht. Ein Staat, der in die Welt schlechte und verkehrte Ideen wirft, welcher sich auf die Fehler seiner Untergebenen stützen und sie vor seinen Wagen spannen will, wird den Augenblick erleben, daß er ihnen gegenüber wehrlos sein und wie der Zauberlehrling ausrufen wird: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los.“

Die Episode, die wir am Anfange dieses Artikels zitierten, beweist, daß auch im preußischen Staate das schlechte Saat Korn anfängt zu keimen zum Schaden der leichtsinnigen Säeleute.

Aus Nr. 64 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)  
vom 19. März 1909:

### **Ein trauriger Jahrestag.**

Am Sonnabend, dem 20. März, ist es ein Jahr, daß Wilhelm II., von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen, Großherzog von Posen usw., das Gesetz unterschrieb, nach dem es gestattet ist, die Polen ihres väterlichen Bodens zu enteignen und sie aus ihren heimischen Hütten hinauszuerwerfen.

Dieser Tag wird durch alle Zeiten denkwürdig sein nicht nur in der Geschichte des polnischen Volkes, sondern auch in der Geschichte der ganzen zivilisierten Welt als ein Tag der . . . . . Menschheit.

Das Dokument trägt die Unterschriften aller Minister mit Bülow an der Spitze.

Die Enteignung beschloß das preußische Abgeordnetenhaus am 3. März des Jahres 1908.

Am 20. März 1908 ist auch in der Kommission des Deutschen Reichstages der schändliche Handel abgeschlossen worden, auf Grund dessen einem großen Teile der polnischen Bürger die Möglichkeit genommen wurde, in Versammlungen polnisch zu sprechen.

Wir begehen somit den ersten Jahrestag zweier Gewaltakte, des Triumphes der Macht über das Recht,



des Sieghergötzens des Stärkeren über den Wehrlosen. Das Urteil über diese „Gesetze“ wird dereinst die Geschichte fällen — und dieses Urteil wird sicherlich nicht milde sein.

An diesem traurigen Jahrestage können wir mit Freuden feststellen, daß jene unerhörten Ausnahme-gesetze unsere Gesamtheit nicht gebrochen, sondern daß sie im Gegenteil ihren Geist gehärtet und dazu beigetragen haben, daß sie auch andere Gesetzmäßigkeiten überdauern wird, die uns die barbarischen Preußen sicherlich nicht ersparen werden.

Aus Nr. 65 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)  
vom 21. März 1909:

### **Einen sehr interessanten Prozeß**

hat der Bromberger Staatsanwalt gegen uns angestrengt. Als im preußischen Abgeordnetenhaus die „Ostmarkenzulagen für die Geistlichen“ bewilligt worden waren, schrieben wir, daß gegen diejenigen Geistlichen, die von der protestantischen Regierung diese Beweise der Anerkennung erhalten würden, sich die Gesamtheit in der Weise verteidigen werde, daß sie die Geistlichen als Verleugner und Verkäufer brandmarken werden, welche die „Ostmarkenzulagen“ bekommen würden.

In diesem Fingerzeige, der den Zweck hat, sich vor den bösen Geistlichen zu verteidigen, erblickt der Staatsanwalt eine Nötigung.

Die Behörden trachten augenscheinlich danach, die Charaktere zu verderben und der Gesamtheit die Verteidigung gegen diese verdorbenen Charaktere unmöglich zu machen.

Mögen dies die Verwalter unsrer Diözesen wohl in Erwägung ziehen.

Kruschwitz, den 12. Februar 1909.

Gelobt sei Jesus Christus!\*)

Heiligster Vater!

Möge Se. Heiligkeit entschuldigen, daß wir uns erlauben, mit unserem Antrage Se. Heiligkeit zu bemühen, jedoch als treue Kinder des Herrn Jesus und Er. Heiligkeit sind wir unwillkürlich gezwungen, uns an Se. Heiligkeit zu wenden und um schnellste Hilfe demütigst zu bitten, da wir uns vollständig verlassen und unsere Seele sowie unseren Leib durch unseren Seelsorger preisgegeben fühlen. Wir Polen im Großherzogtum Posen sind schon durch die preußische Regierung genug bedrückt, und zwar nicht nur in nationaler Beziehung, sondern auch hinsichtlich unseres heiligen Glaubens, den wir treu bewahren, und dazu bedrückt und verfolgt uns noch unser hochwürdiger Seelsorger, Herr Prälat Maximilian Rejsowski. Seine Aufführung führt mitunter zur Verzweiflung, sodaß der Mensch schließlich am Glauben zweifelt und den Mut zu verlieren beginnt.

Früher war unsere heilige und uralte Kirche an Sonntagen und Festtagen von Gläubigen überfüllt — und heute sieht man sehr viele leere Stellen, was nur die Aufführung unseres Herrn Propstes und Prälaten veranlaßt hat, denn die ganze Parochie hat das Vertrauen und die Liebe zu ihm verloren. Er will nur der preußischen Regierung wohl, verbringt die Zeit mit Andersgläubigen, macht weltliche Ausflüge mit ihnen — und uns arme Parochianen verläßt er und behandelt uns oberflächlich, als wenn wir seiner nicht

wert wären. Die früheren Seelsorger haben uns nicht so behandelt, und das Volk hat sie daher geachtet und den Herrn Erlöser gelobt, denn sie sind ihm immer mit gutem Beispiel vorgegangen.

Heute ist es bei uns anders. Wenn wir in die Fußtapfen unseres jetzigen Herrn Propstes und Prälaten treten wollten, dann würden wir in kurzer Zeit Abtrünnige unseres geliebten hl. Glaubens werden. Unser Herr Propst und Prälat verwaltet die hiesige Parochie seit Juli 1906. Als er noch in der vorherigen Parochie war — und zwar in Piaszki bei Kruschwitz —, da hat er schon durch sein Benehmen den größten Teil der Parochianen sich abwendig gemacht, weil er zu Oftern die Speisen nicht, wie es bei uns Sitte ist, in den Wohnungen der braven Wirte weihen wollte, sondern sie geheißen hat, ihre Speisen zu einem Andersgläubigen (zu dem Deutschen Bastuski) zu bringen, wo die Weihung, die für uns Polen und Katholiken eine große Bedeutung hat, erfolgen sollte. Jener Andersgläubige hat darüber später gelacht und gespottet.

Im Jahre 1901 wurde der Herr Propst zu einem Kranken, namens Szymczak aus Marcinkowo, der schon längere Zeit krank gelegen hat, gerufen, um die Osterbeichte entgegenzunehmen. Nachdem er den Kranken gehört hatte, rief er die Ehefrau des Kranken, schlug ihr ins Gesicht und machte sie deswegen schlecht, weil sie während der Krankheit des Mannes mit ihm geschlechtlich verkehrt hat. Also jener Herr Propst hat während dieses heiligen Aktes viel böses Blut gemacht, und hat erst nachher dem Kranken die hl. Kommunion erteilt. — Ist das christlich gehandelt?

Die geschlagene Ehefrau hat jenen Priester vor Gericht verklagt, und nur einer Person hat er es zu danken, daß sich die Frau hat bereden lassen, die Klage zurückzuziehen, und selbst der königliche Staatsanwalt hat den Rat erteilt, die Frau zu diesem Schritt zu bewegen, weil die Sache unter dem Publikum viel böses Blut machen würde. Zeuge dieser Sache ist der frühere Sekretär Gzosiowski, der jene Frau durch Drohungen und Bitten zum Zurückziehen der Klage bewogen hat. Ist hier also jener Priester den Fußtapfen Christi und der Maria Magdalene gefolgt? Gewiß nicht!

Bei der Einführung des Herrn Propstes Rejsowski in unsere Kirche, als ihn die Parochie begrüßt hat, hat er vom Altar aus gesagt, er schwöre allen denen, die ihm nicht gehorchen oder sich gegen ihn wenden würden, daß er sie vernichten und zertreten werde, weil er noch jung und kräftig sei, und seine Autorität dazu gebrauchen werde, um sie vollständig zu vernichten! Er hat also in der Kirche vor dem hl. Altar etwas beschworen, woran er als Priester garnicht denken dürfte. Der Herr Jesus hat uns das nicht gelehrt, und unser hl. Glaube kennt keine Rache — und hier soll ein Geistlicher in der Kirche derartiges verkünden? — Die Parochie hat ihm doch nichts Böses getan, und am allerwenigstens damals, wo er das erste Mal hergekommen war.

Wir hatten schon lange beabsichtigt, diese Angelegenheit bei der geistlichen Behörde zur Sprache zu bringen, aber wir hofften noch immer, daß sich der Herr Prälat selbst bekehren, seine Fehler erkennen und sich bessern würde, aber leider vergeblich! —

Es kommt aber noch schlimmer! Er beschimpft die Parochianen und braven Bürger öffentlich ohne berechtigten Anlaß, wofür er schon gerichtlich bestraft worden ist. Als Beweis hierfür gilt der beigelegte Zeitungsausschnitt. Sollen nicht die Andersgläubigen darüber lachen? —

Und ferner, wenn man beichten will, um sich mit seinem Herrgott zu versöhnen, dann will er nicht nur die Beichte nicht hören, sondern er hat das sogar auch

\*) Die deutsche Übersetzung einer Eingabe der Mitglieder der Kruschwitzer Kirchengemeinde an den Papst, betreffend Beschwerden über den Kruschwitzer Pfarrer, Prälaten Rejsowski. Die Eingabe, welche hier vorliegt, ist in polnischer Sprache verfaßt. (Red. d. Ges.-überbl.)



seinem Vikar verboten; und das gläubige Volk muß, ohne die ersehnten hl. Sakramente erteilt bekommen zu haben, nach Hause zurückkehren. Der frühere Vikar Koak hat selbst gesagt, daß der Herr Prälat ihm das verboten habe.

Zeugen hierfür sind Sekretär Czosnowski, der Vollzieher Ziolkowski, der Bürger Majewski und viele andere.

Der Herr Christus hat nach einer verlorenen Seele gejagt und sie gesucht — und heute wird hier ein sich demütigender Sünder, der den Herrn Erlöser lobt und den hl. Glauben achtet, von seinem Priester zurückgewiesen!

Vielleicht hat sich dieser und jener Sünder schon seit Jahren mit dem Herrgott nicht versöhnt, und wollte sich jetzt, da er bekümmert war und Gewissensbisse empfand, mit ihm versöhnen — und nun ist er vielleicht für immer verloren!

Seit undenklichen Zeiten fanden unter allen priesterlichen Vorgängern bei uns in Kruschwitz schöne und erbauende Zeremonien statt, die den verschiedenen Andachten und Festtagen vorangingen, wie die Beiprandachten am Jahreschluß, die Maiandachten, die Rosenkranzandachten im Monat Oktober usw.

Heute ist alles in Vergessenheit geraten, obgleich zwei Geistliche sind — früher wars nur einer — und warum denn das? Sicherlich deshalb, um mehr Zeit zu weltlichen Zerstreuungen zu haben. Wenn das Volk zu der Beiprandacht in Gottes Kirche geht, so gondelte dieser Priester mit Andersgläubigen auf dem Goplossee umher, und zwar in der Nähe der Kirche.

Nicht genug damit — noch schlimmere Dinge kommen vor!

Am ersten Weihnachtsfeiertage erkrankte hier plötzlich ein Arbeiter mit Namen Wisniewski. Mehrere Male wurde der Prälat über alles gebeten, sich mit den hl. Sakramenten zu dem Kranken zu begeben, denn der Kranke sehnte sich nach dem Geistlichen, und der Arzt habe ein nahes Ende angefangt, aber leider wollte er selbst nicht nur nicht kommen, weil man nach Meinung des Herrn Prälaten an Feiertagen Kranke nicht besucht, sondern er verbot sogar seinem Vikar, den Kranken zu besuchen. Er ließ sogar der betrübten Ehefrau sagen, der Kranke solle bis nach den Feiertagen warten. Ohne aber auf den genannten Tag zu warten, ereilte der grausame Tod den Kranken noch an demselben Tage, an welchem der Geistliche verlangt wurde. Der Kranke mußte also trotz seines Wunsches ohne den Geistlichen sterben und konnte sich mit Gott nicht ansöhnen.

Ebenso tat er es vorher mit dem Stellmacher Blazak, der Witwe Malinowska aus Kruschwitz und der Auszüglerin des Häuslers Kubiak aus Frydrychowo. Bei dem Stellmacher Blazak hatte er sogar gesagt, er, der Geistliche, sei kränker als jener Sterbende, obgleich er sich auf den Beinen befand und im Hofe herumging. Zu den beiden letzten wurde noch rechtzeitig ein Geistlicher aus der benachbarten Parochie gerufen. Die ersten aber schieden aus diesem Tränental der Welt ohne Priester. — Das gleiche geschah mit der Tochter des Wirts Michalak in Wola wapowska während seiner Amtierung in Piaski.

Eines Tages brachte man ein krankes Kind des Arbeiters Borowski aus Lagiewnik zur Taufe, aber der Herr Prälat wollte es nicht taufen, denn die hl. Messe war schon beendet, und er taufte nur während der Andacht. Das Kind starb noch an demselben Tage ohne die hl. Taufe.

Verstorbene begraben, taufen und Trauungen vollziehen will dieser Priester nicht nach den Wünschen der Beteiligten, sondern nach seinem eigenen Gut-

dünken; und wenn er dieses ändert, so läßt er sich für diese Handlung doppelt bezahlen.

Vor einiger Zeit begegnete dieser Priester einer Frau mit Namen Kwiakowska auf dem Friedhof in Kruschwitz, als sie am Grabe ihres verstorbenen Kindes beschäftigt war. Er begrüßte sie, indem er sie öffentlich „Affe und Hure“ schmähte, was ihm die Frau natürlich sofort wiedervergalt, indem sie den Geistlichen öffentlich „Hurenkerl und Bulle“ schmähte und ihm vorwarf, daß er ihren Ehemann ins Grab gebracht habe! Kann der Herr Prälat dafür Ansehen unter seinen Parochianen gewinnen?

O wahrlich nicht, denn er hatte keinen Grund, die Frau mit solchen Worten zu begrüßen, da er sie noch aus der früheren Parochie — Piaski — kannte, wo diese Frau gewohnt hatte; sicherlich wäre der skandalöse Vorfall vermieden worden!

Während der Osterbeichte im Jahre 1907 erlaubte sich der Herr Prälat Rejsowski, den Kommunizierenden in der Kirche vor dem Altar, als das Allerheiligste Sakrament schon mit dem Ciborium ausgestellt war, öffentlich zu erklären, daß ihnen diese heilige Beichte und Kommunion soviel nützen werde, wie dem Hunde zur Bude, weil die Zeit der Osterbeichte schon verfloßen sei; aber er achtete nicht darauf, daß er in den letzten Wochen der Osterbeichte auf mehrere Tage nach Berlin verreist war und den Vikar allein zurückließ, der sich nicht zu helfen wußte. Da mußten natürlich in der heiligen Beichte Restanten zurückbleiben. Sind das heute Worte eines katholischen Geistlichen? Wohl nicht! Sie erregten das größte Argernis, weil sie den empfindlichsten Teil unseres heiligen Glaubens verletzten.

Wir hätten noch Hunderte von anderen Klagen vorzubringen, aber wir überlassen das dem lieben Gott, um Seine Heiligkeit nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen!

Seine Heiligkeit wolle also allernächtigst sehen, wie Sein Jünger mit seinen Schäflein umgeht und wohin er sie führt. Sind diese unsere Klagen etwa nicht billig?

Sicherlich würde dieser Priester nicht so handeln, wenn er Vorgesetzte über sich fühlte; da er aber sehr wohl weiß, daß kein Erzbischof und Bischof vorhanden ist, tut er, was ihm nur beliebt, indem er uns einfach wie Vieh und nicht wie Menschen behandelt.

Unsere demütigste Bitte geht demnach dahin, Seine Heiligkeit wolle in dieser Angelegenheit eine Untersuchung einleiten und den Herrn Prälaten Rejsowski möglichst bald entfernen, denn ein längerer Verkehr mit ihm ist unmöglich.

Noch einmal bitten wir Seine Heiligkeit demütigst um möglichst baldige Hilfe und verbleiben als treue Kinder des Herrn Christus und Seiner Heiligkeit, indem wir zugleich Seiner Heiligkeit gute Gesundheit und ein langes Leben wünschen, auf daß unter Seiner Regierung allen Gläubigen Gerechtigkeit widerfahre und das römisch-katholische Christentum über die ganze Welt sich möglichst weit ausbreite. Demütig um den väterlichen Segen bittend, zeichnen wir

Seiner Heiligkeit

treue und ergebene Schäflein.

#### Mitglieder des Kirchenvorstandes:

Johann Bialecki. St. Wisniewski. J. Szwarz.

#### Mitglieder der Repräsentation:

J. Czosnowski. Josef Kapuscinski.

Hieronymus Jackowski. Valentin Pogorzal.

Viktor Piotrowski. E. Pomianowski. St. Szwarz.

T. Rojewski.

#### Parochianen:

Jr. Kempski. St. Bednarski. J. Generowicz.

A. Baranowski. St. Pawlowski. Max Barz.



Dr. Laszkowski. J. Ziolkowski. St. Schulz.  
 Martin Adamski. J. Benedykeński-Wola.  
 Peter Dkoniewski. Klemens Wroczkowski.  
 St. Kwiattowski. Franz Paprocki. Valentin Malewicz.  
 Kajimir Kwiattowski. Roman Majewski.  
 Smudziński. Lufomski. J. Eraski.  
 R. Marcinkowski. Thomas Goralewski. Lorenz Majewski.  
 Paul Bonczkowski. Johann Chojnacki.  
 Ladislaus Goebel. Johann Zielazny. A. Gajewski.  
 J. Maciejewski. W. Bartosiewicz. J. Sarnowski.  
 St. Ceglarek. H. Bembenek. St. Goebel.  
 Leo Banachowski. M. Wisniewski. Michael Jaremba.  
 Stanislaus Koesler. Ignaz Wojciechowski.  
 Josef Gosciniaf. Michael Nowak.  
 Vincent Dura. Michael Kitlewski.  
 Kajimir Szudrowicz. Franz Sosnowski.  
 Valentin Lopatka. Michael Jaskulski. Johann Borowka.  
 Jg. Zielinski. Talarczyk. Wl. Gajewski.  
 Stanislaus Majewski. Josef Kasprzak. W. Scheffler.  
 Jg. Janczak. St. Orchowski. St. Dkonski.  
 R. Lopykowski. L. Gosciniaf. J. Borowka jun.  
 Fr. Kwiattowski. J. Bugalski. Josefa Wisniewska.  
 A. Wystrych. J. Szatkowski. Johann Cieslinski.  
 R. Lewandowski. W. Kijewski. A. Domanski.  
 A. Sieradzki. J. Grudzinski. A. Grzondziela.  
 Sz. Skonieczny. J. Mielcarek. P. Kitlewski.  
 M. Chojnacki. Karolewski. R. Golembiewski.  
 Andreas Kowalski. Ludwig Kopanczyk. Fr. Ziolkowski.  
 Felix Kehlke. J. Djiniski. Ambrosius Sphychalski.  
 Anton Gonsior. J. Gorny. Sz. Polanowski.  
 J. Lobbowski. S. Urbanski. J. Szeliga. W. Andryczak.  
 P. Kofik. W. Skowron. A. Bembenek. J. Michalak.  
 M. Stankiewicz. St. Weinert. Chmielewski. W. Stober.  
 A. Kurzawa. R. Los. D. Soinski. L. Szczukowski.  
 J. Wajer. Johann Domowicz. W. Dobrzelewski.

Aus Nr. 61 des Lech (Gnesen)  
 vom 16. März 1909:

### Ein guter Hirte

scheint der Kruschwitzer Propst, Prälat Keyjowski, zu sein. Daß er in nationaler Beziehung nichts wert ist, haben wir an dieser Stelle des öfteren schon festgestellt. Er vernachlässigt aber auch seine seelsorgerischen Pflichten in gewissenlosester Weise. Die erbitterten und verzweifelten Parochianen sandten deshalb an den hl. Vater ein Schreiben mit der Bitte, sie von diesem Seelsorger zu befreien. Dieses Schreiben ist unterzeichnet vom Kirchenvorstande, von der Gemeindefirchenvertretung und von einer Anzahl angesehenen Bürger und enthält eine umfangreiche Motivierung der Bitte. Die Vorwürfe, welche die Parochianen gegen den Propst erheben, sind geradezu unerhört. Propst Keyjowski griff Parochianen wiederholt tätlich an und bediente sich dabei der ordinärsten Schimpfworte; er spricht Kranken den letzten Trost ab, sodaß sie, ohne sich mit Gott zu versöhnen, sterben müssen; andere seelsorgerische Pflichten verrichtet er mit Widerwillen und ruft überhaupt durch sein ganzes Verhalten unter den Parochianen Argernis hervor.

Es macht einen schlechten Eindruck, daß sich die Parochianen mit ihren Klagen bis nach Rom wenden mußten. Wußte denn die Diözesanbehörde nichts von dem Verhalten des Pfarrers Keyjowski? In andern Fällen wußte die geistliche Behörde mehr Energie zu zeigen. Wenn irgend ein Geistlicher die Unzufriedenheit des Herrn Oberpräsidenten hervorgerufen hatte, dann wurde er bald in eine andere Parochie versetzt. Dafür sind Beweise vorhanden. Dem Pfarrer Keyjowski gegenüber Energie zu zeigen, dazu schien die geistliche

Behörde keine Lust oder keinen Mut zu haben. Doch nicht etwa deswegen, weil er bei der Regierung gut angeschrieben ist?

Man darf wohl hoffen, daß die Kruschwitzer bald einen anderen Seelsorger bekommen werden.

Aus Nr. 67 des Lech (Gnesen)  
 vom 24. März 1909:

Der Kruschwitzer Propst, Dekan Keyjowski, ist durch die kirchliche Behörde von seinem Amte suspendiert worden. Die Untersuchung gegen ihn führte Prälat Laubitz, der in dieser Sache eine erhebliche Anzahl von Zeugen vernahm. Pfarrer Keyjowski war schon einmal in einen kanonischen Prozeß verwickelt, wurde aber wegen mangelnder Beweise freigesprochen. Der nunmehrige Ausgang des Prozesses dürfte für ihn weniger günstig sein.

Aus Nr. 11 des Robotnik (Posen)  
 vom 14. März 1909:

### Die Nachlese aus der Delegierten-Versammlung.

Nach über sechsstündigen Verhandlungen wurde die letzte Delegierten-Versammlung unseres Verbandes geschlossen. Die ermüdeten, jedoch zufriedenen Delegierten verließen erst in der Dämmerstunde den Verhandlungssaal.

Einen besonderen Bericht über die Versammlung werden wir an anderer Stelle bekanntgeben. In dem nachstehenden Artikel wollen wir nur einige der wichtigsten Angelegenheiten aus der Versammlung berühren und gleichzeitig den Gesamteindruck der Versammlung schildern.

Der ausführliche Tätigkeitsbericht des Verbandes erforderte keine weiteren Aufklärungen. — Die Delegierten brachten nach einer längeren Diskussion mehrere Wünsche vor und erteilten hierauf dem Hauptvorstande die Decharge.

Der Etat, den wir schon früher besonders besprochen haben, wurde ohne Änderung angenommen.

Über die Angelegenheit der Verbandskasse, die für unseren Verband die wichtigste Sache ist, wurde zuerst beraten.

Die Diskussion hierüber war sehr eingehend und die Stimmen geteilt. Nach Beendigung der Diskussion einigte sich die Mehrzahl der Delegierten darüber, eine Verbandsterbekasse zu gründen.

Gleichzeitig wurden bestimmte Grundbedingungen, nach welchen diese Kasse eingerichtet werden soll, durch Stimmenmehrheit normiert.

Diese Grundbedingungen sind:

1. Den Vereinen, die dem Verbands angehören, bleibt es überlassen, ob sie der Verbandsterbekasse beitreten wollen oder nicht.
2. Vereine, die der Sterbekasse sich angeschlossen haben, können nicht die Mitglieder zwingen, der Sterbekasse ebenfalls beizutreten.
3. Die Höhe der auszahlenden Sterbegelder ist nicht für alle gleich, sondern stufenweise; je länger jemand der Sterbekasse angehört, um so höher ist die Summe, die die Familie des Verstorbenen ausbezahlt erhält.
4. Die Beiträge zur Sterbekasse sollen jedoch für alle Mitglieder gleich sein.

Nach diesen Grundsätzen wird der Hauptvorstand ein Statutenprojekt vorbereiten, das im Robotnik veröffentlicht wird, und hierüber die Diskussion eröffnen.



Nach der Diskussion wird der Hauptvorstand eine außerordentliche Delegierten-Versammlung einberufen, die die Statuten besprechen und beschließen wird.

Die diesjährige Delegierten-Versammlung sprach den Wunsch aus, die Vereine möchten zu der außerordentlichen Delegierten-Versammlung dieselben Delegierten, die jetzt hier anwesend sind, wieder entsenden. Es handelt sich darum, daß dieselben Delegierten, die schon einmal auf dem Delegiertentage die Angelegenheit der Klasse besprochen haben, sich auch mit den Statuten derselben befassen. Wenn neue Delegierte erscheinen, die die Angelegenheit nicht kennen, so werden sie daselbe wiederholen, was wir schon längst erledigt haben und uns dadurch viel Zeit vergeuden.

Der diesjährige Delegiertentag nimmt in der Geschichte unseres Verbandes eine der hervorragendsten Stellungen ein. Sein Verdienst ist die Schaffung eines neuen Verbandes, das mehr als sonst die Vereine im Verbandsverband zu einer unlöslichen Kette zusammenschmiedet.

Betrachten wir uns nunmehr die Rehrseite der Delegiertenversammlung. Unsere Schrift ist ein Verbandsorgan und muß gerade aus diesem Grunde besonders dem Verbandsverband die aufrichtige Wahrheit sagen, denn das Wohl der Arbeitersache erfordert keine Schmeichelei, sondern die aufrichtige Wahrheit.

Als wir die Delegierten, die zu der Versammlung erschienen waren, begrüßten, waren wir überzeugt, daß wir schon viele schlechte Gewohnheiten bei den Beratungen abgelegt haben, und daß wir uns bei den Beratungen weder wiederholen, noch die parlamentarischen Vorschriften und Gewohnheiten außer acht lassen werden.

Wir trachten aufrichtig und herzlich danach, daß die Wichtigkeit unserer Delegierten-Versammlungen mit jedem Jahre wachse. In dieser Hinsicht zeigte sich die diesjährige Delegiertenversammlung nicht so günstig, wie in den vergangenen Jahren.

Viele Redner wiederholten sich, andere sprachen nicht zur Sache, wichen vielmehr von der Tagesordnung ab, man ergriff das Wort, ohne von dem Vorsitzenden die Erlaubnis hierzu nachzusuchen, der Vorsitzende wurde sogar unterbrochen und verschiedene Redner in ihren Ausführungen gestört, kurzum, es herrschte nicht die Ordnung, die eigentlich herrschen sollte.

Wem ist dieses alles zuzuschreiben? Es scheint, die Vereine haben diesmal nicht dieselben Leute als Delegierte hergeschickt. In mancher Hinsicht ist ja das vorteilhaft, denn weshalb soll jedes Jahr derselbe Delegierte fahren. Man hat jedoch in diesem Jahre wohl meistens solche Leute ausgesucht, die noch nicht lange genug den Vereinen angehören und daher die parlamentarische Ordnung in den Versammlungen nicht genügend kennen. Die Unterbrechungen usw. waren nicht die Folge davon, daß man in Erregung geraten ist, denn die Verhandlungen waren ruhig, sondern es fehlte an Aufklärung.

Für die Vereine dürfte das eine Warnung sein, die bei den Verhandlungen geltenden Vorschriften mehr zu beachten. Auch wir werden vor der nächsten Delegiertenversammlung dieser Angelegenheit mehr Aufmerksamkeit zuwenden und zweifeln nicht daran, daß die Delegiertentage und die Verhandlungen dadurch aber auch die Arbeitersache einen großen Vorteil erreichen.

## Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 67 der Gazeta Toruńska (Thorn)  
vom 23. März 1909:

### Die „Ehrlichkeit“ der Zentrumsparbeiter.

Die zentrumsparbeiterische „Germania“ hat die Erklärung der Abgeordneten Erzberger und Graf Oppers-

dorff noch nicht veröffentlicht, aus welcher hervorgeht, daß ein Kompromiß des Zentrums mit den Polen im Bezirke Boms-Meseritz bestanden hat. Und diese Berichtigung war doch in erster Linie an die Zentrumsblätter gerichtet, und nicht an die polnischen Blätter.

Ein zweites Zentrumsblatt, die „Schlesische Volkszeitung“ bemerkt wiederum, daß der Vorstand der Zentrumsparbeiter zu dieser Angelegenheit bisher noch keine Stellung genommen hat. So sieht die „Ehrlichkeit“ der Zentrumsparbeiter den Polen gegenüber aus.

Es ist für uns unverständlich, wie der „Gornoslonzak“ und der „Glos Slonski“ angesichts dessen haben schreiben können, daß durch die Erklärung der Abgeordneten Erzberger und Graf Oppersdorff diese Angelegenheit in völlig zufriedenstellender Weise erledigt ist. Wenn die Zentrumsblätter jene Erklärung nicht veröffentlichen, so sind sie damit offenbar nicht einverstanden.

Das Interessanteste hierbei ist, daß die Zentrumsparbeiter den Wahlaufbruch des polnischen Zentralwahlkomitees, aus dem das Bestehen eines Kompromisses ausdrücklich hervorgegangen ist, seinerzeit veröffentlicht hat. Jetzt verleugnet dieselbe Zentrumsparbeiter das Kompromiß und nimmt die Berichtigung nicht auf!

Aus Nr. 33 der Gazeta Gdańska (Danzig)  
vom 18. März 1909:

### Ob die polnischen Gäste

in diesem Jahre Zoppot zur Sommererholung aufsuchen sollen, das möchten vor allen Dingen die Deutschen gern wissen. Wir werden diesmal weder dafür, noch dagegen schreiben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil das von den polnischen Zeitungen nicht abhängt. Wir denken wenigstens so. Auch sind wir überzeugt, daß der Rest unserer polnischen Zeitungen ebenfalls gegen den Besuch Zoppots durch Polen nicht schreiben wird. Im vorigen Jahre sind die polnischen Gäste aus dem einfachen Grunde nach Zoppot nicht gekommen, weil das Enteignungsgesetz zur Annahme gelangt war. Ob sich die polnischen Gäste in diesem Jahre eines anderen besinnen werden, wissen wir nicht; aber es scheint uns, als wenn dieses fürchterliche Gesetz unsere Polen auch weiterhin von der Berührung mit den Deutschen abschrecken wird. Das ist nämlich ein Gesetz, das geradezu dem gesunden Menschenverstand widerspricht, ein Gesetz, das sich weder durch irgend eine eingebildete polnische Gefahr, noch durch irgend eine eingebildete „Staatsnotwendigkeit“ rechtfertigen läßt. Wenn also die Polen im vorigen Jahre nicht nach Zoppot gefahren sind, so war nach unserer Meinung nicht nur die gewöhnliche menschliche Entrüstung die Ursache hierfür, die vorübergeht, wenn sich Herz und Gemüt beruhigen, sondern vor allen Dingen die darin liegende schwere Beleidigung der rein menschlichen Kultur. Der Staat sorgt doch für den schwersten Verbrecher und gibt ihm im Gefängnis Nahrung, und wenn seine Sünden gleich scharlachrot wären, so ist er doch ein Geschöpf Gottes, das ein Recht auf menschliche Obhut hat. Deshalb können wir Polen und alle gerecht denkenden Menschen es nicht begreifen, wie ein solches Gesetz beschlossen werden konnte, das die Leute geradezu auf das Straßengpflaster wirft. Wo ist hier die menschliche Kultur? Dieses Gesetz steht nicht nur mit den ewigen göttlichen und mit den natürlichen Rechten im Widerspruch, sondern es unterdrückt geradezu das menschliche Wesen. Einen schärferen Ausdruck gebrauchen wir nicht, damit uns nicht etwa der Staatsanwalt verklagt. Und hierin liegt gerade die Ursache, daß sich die Polen in andere



Menschen umgewandelt haben und auf die Deutschen ohne Groll nicht blicken können. Darin liegt der Hauptgrund, daß die ausländischen Polen bis auf den heutigen Tag, soweit es nur möglich ist, das Deutschtum meiden.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“, eins der einflußreichsten Blätter der Ostmarkenbrüderschaft, haben unter der Adresse unseres Blattes gesagt, daß die Deutschen den Frieden mit den Polen wünschen. Also gut, aber in solchem Falle müßten die Deutschen auch dahin wirken, daß das Enteignungsgezet nicht zur Ausführung kommt; denn mit dem Augenblicke, wo der erste polnische Besitz enteignet werden wird, tritt eine Stammesentzweiung zwischen den Slawen und Deutschen ein. Wir glauben nicht, daß wir übertreiben. Wir Polen werden auch dann nicht aufhören, gute, preußische Bürger zu bleiben, wir werden in der Auffassung der Deutschen vielleicht sogar noch bessere Bürger sein, so daß sie mit uns zufrieden sein werden; aber wenn das Enteignungsgezet in die Tat umgesetzt werden sollte, so wird es von uns niemand den Deutschen vergessen können, denn es trifft das ganze Slawentum bis auf die Knochen.

Wir werden die Deutschen in Poppot nicht beneiden, wenn die Polen dort Erholung suchen werden. Aber von den Deutschen wird es abhängen, daß die Polen sie nicht nur einzig und allein deswegen unterstützen, weil es ihnen an eigenen besseren Bädern fehlt und sie mangels des eigenen Handels und der eigenen Industrie sie unterstützen müssen.

Aus Nr. 35 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 23. März 1909:

#### Unnötige Besorgnis.

Die Nachrichten über den bevorstehenden Krieg haben manche Leute in solchen Schrecken versetzt, daß sie das in Banken niedergelegte Geld abheben.

Demgegenüber bemerken wir, daß, wenn auch in unseren Gegenden Krieg ausbrechen sollte, die Regierung niemals das in den Banken niedergelegte Geld wegnehmen könnte, weil sie kein Recht dazu hat. Aus den staatlichen deutschen Banken könnte die Regierung höchstens das Geld nehmen, nicht aber aus Privatbanken, wie es z. B. die polnischen Banken sind.

Möge sich daher niemand ängstigen lassen und das in irgend einer polnischen Bank niedergelegte Geld herausnehmen, denn er verliert dadurch unnötigerweise Zinsen, während das Geld dort sicherer ist als zu Hause oder wo anders.

Aus Nr. 35 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 23. März 1909:

#### Aus der Stargarder Gegend.

Ein Landsmann besitzt das Recht, in allen Seen der früheren Starostei Borzechowo zu fischen. Dieses Recht ist ihm durch ein Privileg des polnischen Königs August III. verliehen worden. Die Borzechowener Starostei hat sich aus den Gemeinden Borzechowo, Ossowo, Lubichowo, Zblewo, Bytoni, Zielona Góra (Placzewo), Jimmy Zdroj, Strzyni Olwiezno und Oceplo, die gegenwärtig in den Kreisen Dirschau und Stargard liegen, zusammengesetzt. In der früheren Starostei Borzechowo befanden sich folgende Seen: Niedatk, Ocepel, Klemny, Cichowo, Ostrowicki, Stekliu, Lubichowo, Ossowo und Strechowo. Außerdem existierten noch einige kleine Seen wie: Starzysko, Dylpan, Kurcja, Dwoje, Badzinski, Zinbychowo, Gogo-

linki, Tuczo, Glembotie, Rawiczki, Sejienne (2), Bazanka, Piasieczno und Manusz. Ein Teil jener Seen wird jedenfalls an gleichlautenden, jetzt noch bestehenden Ortschaften gelegen haben.

Unser Landsmann kann auf Grund des ihm zustehenden Fischereirechts vom Fiskus eine Entschädigung verlangen. Es ist ihm also viel daran gelegen, festzustellen, ob die oben genannten Seen noch existieren, in wessen Besitz sie sich befinden, und welche Grundbuchnummer sie haben.

Wir bitten die geehrten Leser, uns nähere Einzelheiten darüber mitzuteilen.

Aus Nr. 35 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 23. März 1909:

Einen Artikel über den **Konflikt zwischen Österreich und Serbien** schließt die Gazeta Gdańska wie folgt:

Wenn es wirklich zu einem Kriege kommen sollte, dann würde Österreich ihn gewinnen, und es kann auch nicht anders sein, weil die Bevölkerung Österreichs 60 und die Bevölkerung Serbiens nur 3 Millionen Seelen zählt. Aber der gewonnene Krieg wird für Österreich gleichzeitig seine Niederlage sein. Denn alle Slawen werden sich über Österreich empören, daß es gewissermaßen als Beschützer der Slawen und als überwiegend slawisches Land auf dem Balkan für das Deutschtum arbeitet. Das wird allmählich die Herzen aller slawischen Völker von Österreich abspenstig machen, und vor allen Dingen derjenigen slawischen Völker, die gegenwärtig zu Österreich gehören. Wer weiß, ob der Krieg zwischen Österreich und Serbien nicht der Anfang des Endes Österreichs sein wird. Denn kein österreichisch-slawisches Volk wird Österreich dann noch glauben, daß es aufrichtig für das Slawentum arbeitet, sie alle werden Österreich im Verdacht haben, daß es in Diensten des Deutschtums steht. Die österreichischen Slawen werden für ein Österreich, das dem Germanismus dient, keine Liebe haben, und sie werden den Organismus Österreichs zweifellos immer mehr zerlegen. Der Kampf der österreichischen Regierung mit Serbien ist ein Kampf mit der ganzen slawischen Rasse. Unter diesen Verhältnissen würde ein solcher Krieg nach unserer Meinung einzig und allein den Slawen zum Nutzen gereichen, denn sie würden sich dann um so fester zusammenschließen. Deutsche Blätter schreiben, daß Österreich den Krieg wünscht, um die Balkanlawen unter ihre Obhut zu nehmen und Rußland davon zu entheben. Uns scheint es, daß infolge eines solchen Krieges der Einfluß Rußlands auf die slawischen Brüder nur gewinnen kann. Die Slawen danken Österreich herzlich für eine wolfsartige Freundschaft. Wenn jemand den Slawen wohl will, so nimmt er ihnen nicht, wie es Bismarck getan hat, Länder, um damit andere slawische Völker in ihrer Entwicklung zu hemmen. Rußland hat dem Slawentum andere Dienste geleistet, denn z. B. anstatt Bulgarien an sich zu reißen, wie es das hätte tun können, hat es ihm die Freiheit gegeben. In ähnlicher Weise hat es auch anderen slawischen Völkern gedient.

Wenn also die Serben wirklich einen Krieg hervorrufen sollten, so wird das nach unserer Ansicht für das Slawentum kein Nachteil sein.



Aus Nr. 12 des Przyjaciół Dzieci (Kinderfreund)  
Beilage zum Pielgrzym Nr. 32 (Pielplin)  
vom 16. März 1909:

### Briefe polnischer Kinder.

Löbau, den 2. März 1909.

Gelobt sei Jesus Christus!

Lieber Kinderfreund!

Aus verschiedenen Gegenden schreiben die Kinder an den geliebten Kinderfreund, doch alle Briefe weisen den gleichen Inhalt auf. Ich meine, daß die Leserinnen und Leser des Kinderfreundes auch darüber schreiben müßten, was ihnen aus unserer vaterländischen Geschichte bekannt ist, auch müßten sie unsere Nationalhelden und großen Polinnen mit einigen Worten erwähnen. Daraus werden wir erfahren, daß unsere Kinder die Geschichte Polens lernen, und daß sie nicht nur polnisch lesen und schreiben, sondern auch polnisch reden und fühlen können.

Achtungsvoll

Euer Leo.

Aus Nr. 35 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)  
vom 20. März 1909:

### Zu dem Kompromiß des Zentrums mit den Polen im Wahlbezirk Bomst-Meseritz

schreibt die Gazeta Olsztyńska u. a.: Das polnische Volk in Ermeland, und besonders derjenige Teil, die für einen Frieden mit dem Zentrum sind, möge diesen bezeichnenden Vorgang gut im Gedächtnis behalten. Der Pole ist nur dann gut, wenn ihn der Zentrumsmann braucht, nachher schämt er sich des Polen. Deshalb darf sich nach unserer Meinung das polnische Volk niemals in ein Kompromiß mit dem Zentrum einlassen, denn dabei wird es immer den kürzeren ziehen. Wir haben diese Ansicht immer vertreten, und wenn wir bei den letzten Landtagswahlen die polnischen Wähler im Ermelande aufgefordert haben, für Zentrumskandidaten zu stimmen, so haben wir nur den Willen unserer Wahlbehörde ausgeführt, dem jeder polnische Wähler gehorchen muß.

Aus Nr. 23 des Mazur (Ortelsburg)  
vom 21. März 1909:

Herten, den 14. März 1909.

Lieber Redakteur!

Von ganzem Herzen danke ich Ihnen für den Mazur. Ich bin Abonnent und verschicke das Blatt sogar in die Umgegend. Ich bin ein geborener Masur und werde den Mazur auch im zweiten Vierteljahr halten, da jeder Masur seinen Ruf hochhalten muß und seine Muttersprache nicht verleugnen darf; im Gegenteil, er muß sich laut zum Polentum bekennen. Es leben die Masuren, und mögen sie sich nicht ver-deutschen lassen, solange sie noch atmen können!

Ich bin noch ein junger Masur, erst 25 Jahre alt und habe deutsche Schulen besucht. Mein Vater, der in Ortelsburg wohnt, und den ich durch die geehrte Redaktion grüßen lasse, hat mich die polnische Sprache gelehrt. Ich halte auch fest an meinem Glauben, an meiner Muttersprache, und rufe zum Schluß: „Es lebe der Mazur, lieben wir uns, aber ergeben wir uns nicht!“

August Koschewitz.

### Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 67 des Kurjer Śląski (Rattowitz)  
vom 23. März 1909:

### Gute Schulen

sind zweifellos der größte Faktor, um die ganze Menschheit aus dem Sumpf der Knechtschaft und des Bösen emporzuheben. Schulen, die gute Methoden anwenden, erzielen gewöhnlich segensreiche Erfolge in der Erziehung der Geschlechter. Sie erziehen große und edle Männer, die der Menschheit den Weg zur Vollkommenheit nach jeder Richtung hin bahnen. Darum müssen auch den Lehrerberuf edle Menschen ergreifen, die ihre Kräfte dieser schönen idealen Sache, der Erziehung und Bildung der menschlichen Seele widmen wollen. Große Männer, große Politiker, die die ganze Menschheit auf dem Wege des Fortschritts und der Zivilisation vorwärts bewegten, empfangen größtenteils eine gute Erziehung, wenn sie aber keinen guten Lehrer hatten, so arbeiteten sie selbst an sich, lasen gute Bücher, die den Erzieher und Lehrer ersetzten. Tatsache ist jedoch, daß gute Schulen ganze Völker umgestalten und sie auf bessere Bahnen des allgemeinen Fortschritts lenken können.

Am Ende des Bestehens der unabhängigen Republik Polen erhielt die letzte Generation eine bessere Ausbildung als die früheren, und der Einfluß des ersten Unterrichtsministeriums in Europa, der polnischen Edukationskommission, kam in dem denkwürdigen Werk der Verfassung vom 3. Mai zum Ausdruck. Die Schöpfer der Konstitution vom 3. Mai waren nämlich Zöglinge der reformierten polnischen Schulen. Heute noch bewundern Erzieher und Anhänger eines musterhaften Schulwesens den Scharfsinn und die große Sachkunde der Mitglieder der genannten Edukationskommission. Polen verstand die Aufgabe der Schule, darum rief es zuerst ein Unterrichtsministerium ins Leben.

Heute, wo unsere Volksgeamtheit zerstückelt ist, müssen wir fremde Schulen besuchen, die in fremdem Geiste geleitet werden und dem Geiste des Polen nicht entsprechen. Wir haben ganz andere Ansprüche hinsichtlich der Erziehung und der Erwerbung des Wissens in den Schulen, als die Deutschen, denn der Charakter des Polen hat ein ganz anderes Wesen, wie das unterwürfige und dennoch hochfahrende germanische Gemüt. Trotz dieser Unterschiede der Gemütsverfassung, trotz der nationalen Unterschiede müssen die Polen jetzt fremde Schulen besuchen, weil sie keine eigenen haben dürfen. Der polnische Geist muß sich einem Schulsystem anpassen, das entweder dem Deutschen oder Moskowiter entspricht, aber nicht dem Polen. Überdies noch muß sich der Pole das Wissen in einer fremden Sprache aneignen. In Anbetracht dieser Sachlage kann keine Rede davon sein, daß der Pole, der preußische Schulen besucht, dort eine gute Erziehung und Ausbildung erhalten kann, um so weniger, als die Lehrer in den preußischen Schulen, z. B. in Schlesien, überwiegend Deutsche sind, die weder Polnisch verstehen, noch den Geist und die Gesinnung eines Polen kennen und einfach das Herz eines polnischen Schülers nicht gewinnen können.

Die preußischen Volksschulen in Schlesien haben noch den Fehler, daß als Lehrer hier zu uns Grünschnäbel aus Westdeutschland kommen, welche die Regierung durch Versprechungen verschiedener Beihilfen, wie z. B. der Ostmarkenzulagen, anlockt. Ein solcher junger Lehramtskandidat verpflichtet sich der Regierung gegenüber, daß er fünf Jahre lang sofort nach dem Verlassen des Lehrerseminars „in den Ostmarken“ dienen wird. Darum sind auch die Reichen



der preußischen Volksschullehrer von jungen Leuten überfüllt, die gar keine Erfahrung im Beruf besitzen. Und ein solcher unerfahrener Grünshnabel, der polnisch nicht versteht, soll die polnischen Kinder unterrichten! Noch mehr, ein solcher junger Lehrer läuft nach fünf Dienstjahren von hier nach dem Westen davon, und zu uns kommt ein neues, gleichfalls im Berufe unerfahrenes Lehrermaterial, wie das vorherige. In Betracht zu ziehen ist noch, daß ein junger Lehrer größtenteils ein eifrigerer Chauvinist ist — die ihm frisch eingefloßten Ideen des Hatatismus kommen bei diesen jungen Brauseköpfen sehr zum Ausdruck — als die älteren und erfahrenen Lehrer. Darum gehören auch die älteren Lehrer zur Zentrumsparthei, während die jungen erklärte Regierungsanhänger sind.

Die polnische Volksgesamtheit in Schlesiens ist dadurch sehr geschädigt und benachteiligt, denn nicht nur empfängt das Kind den Unterricht in einer fremden Sprache und wird in fremdem Geiste erzogen, sondern wir erleiden auch Schaden infolge des unablässigen Lehrerwechsels, denn an den polnischen Kindern werden Experimente gemacht, Erfahrungen gesammelt, und dann machen sich diese Lehrer nach Westdeutschland davon. In Anbetracht dessen muß die polnische Volksgesamtheit die klare und einfache Forderung stellen, daß wir für unsere Kinder polnische Schulen fordern. Wir dürfen uns nicht bloß mit der Einteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache begnügen, sondern wir müssen auch fordern, daß die Unterrichtssprache in den Volksschulen die polnische Sprache sei. Die Polen richten ihre Kräfte für den preußischen Staat zugrunde, sie dienen beim Militär und zahlen Steuern, sie haben darum das Recht, zu verlangen, daß ihre billigen Forderungen berücksichtigt werden.

Aus Nr. 62 des Kurjer Śląski (Kattowitz)  
vom 17. März 1909:

#### Aus Tarnowitz.

In der städtischen Kinderbewahranstalt, die unter Leitung von Borromäerinnen steht, droht den hiesigen Kindern polnischer Eltern eine große Gefahr. Im verflossenen Jahre besuchten diese Schule 160 deutsche Kinder, 27 Kinder, die deutsch und polnisch sprechen, und drei nur polnisch sprechende Kinder. Die 27 Kinder haben sich in der deutschen Sprache ausgebildet, und den drei nur polnisch sprechenden Kindern wurde die Schwabensprache nicht schlecht beigebracht. Die Anstalt empfängt eine jährliche Unterstützung von 700 M aus der Staatskasse. Die Eltern müssen dafür sorgen, daß ihre Kinder eine gute Erziehung erhalten; wehe ihnen aber, wenn sie die unschuldigen Seelen ihrer Kleinen germanisieren lassen. Gott wird einst Rechenschaft fordern über die eurer Nachkommenschaft schuldige Sorge und Arbeit. Schlesiische Mutter! Was wirst du beim jüngsten Gericht dem höchsten Richter sagen, wenn er nach deinen Kindern fragen wird, die er dir anvertraut, die er unter deine mütterliche Obhut gegeben hat und die du selbst der Germanisation als Beute preisgegeben hast. Wenn du deine Augen für immer schließen und Ruhe wünschen wirst, wirst du auch wahren Frieden finden, wird dir die Erde leicht sein, wenn deine Söhne und Töchter die polnische Sprache und Nationalität verleugnen werden? Erwarte keine Ruhe von dieser Erde, die dich geboren, ernährt hat, die du aber so schimpflich verraten hast. Die vaterländische Erde wird dir eine Last sein und dich fortwährend an das Unrecht erinnern, das du ihr angetan hast. Von dir, schlesiische Mutter, erwartet Polen am meisten, und du selbst hilfst deine

Kinder germanisieren. Du selbst schändest und verunreinigst mit dem Preußentum das polnische Nest, und du vergißt, daß die polnischen Mütter von den Feinden des Polentums viel erduldet haben. Soviele Söhne haben ihr Blut für Polens Sache vergossen, sovielen Söhne polnischer Mütter sind in den Gefängnissen, in den sibirischen Eisfeldern zugrunde gegangen für eine heilige Sache, denn für die Sache der Freiheit, und du, polnische Mutter, selbst bringst ins Haus den Unrat hinein, du selbst verkaufst die polnischen Seelen. Wisse, polnische Mutter, daß einst die Zeit kommen wird, wo sich deine Söhne von dir abwenden werden, denn du wirst ihnen nicht erklären können, warum du ihnen deutsche Vornamen, warum du ihnen alles polnische entrißen hast. Vergewenwärtige dir die Schmerzen, wenn dein Sohn, der trotz deiner Bemühungen, ihn zu germanisieren, in den Schoß des polnischen Vaterlandes zurückgekehrt ist, dich verleugnen wird, wenn er fragen wird: Warum hast du, Mutter, mich verdeutschet? Warum gabst du mir keinen polnischen Vornamen?

Schlesiische Mutter, öffne deine Augen und sieh, von welcher Seite dir die Gefahr droht. Laß deinen Säuglingen eine wahrhaft mütterliche Fürsorge zuteil werden und schütze sie vor den Nezen der Kinderbewahranstalten. Laß dich nicht dadurch täuschen, daß die Bewahranstalten von Klostererschwestern geleitet werden, denn gerade unter diesem Deckmantel des Christentums will man dir deine Kinder entreißen, will man dein Geschlecht germanisieren. Sei eine polnische Mutter im vollen Sinne dieses Wortes. Geh die Spuren der großen Polinnen, die ihre Söhne für den Dienst des Vaterlandes vorbereitet haben, und wenn auch diese Söhne im Kampfe für die polnische Sache umgekommen sind, so murrten sie nicht, sondern sie sagten Gott Dank dafür, daß ihre Söhne ein großes Werk vollbracht haben. Schlesiische Mutter, die du 600 Jahre an dem Dienste für das polnische Vaterland nicht teilgenommen hast, dir liegen größere Pflichten ob, als deinen Schwestern im Posenischen, unter den Moskowiten oder in Galizien. Darum mußt du ganz Polen zeigen, daß in dir das polnische Herz nicht erloschen ist, daß die Polen ein starkes und gesundes Geschlecht zu erziehen verstehen, das die nationalen Schätze verteidigen wird. Erziehe dem gegenwärtig so sehr verfolgten Polen tapfere Verfechter, mögen sich deine Söhne mit dem Ruhm des Dienstes für Polen bedecken! Nicht mit dem Ruhm, den sich die Soldaten auf den Schanzen im bewaffneten Kampfe erwerben, sondern mit dem Ruhm, den die bürgerliche ruhige und friedliche Arbeit verleiht, die einen größeren Wert besitzt als Krieg. Die Polen denken heute nicht an Blutvergießen, sondern sie erwägen, wie sie sich sittlich und materiell heben, wie sie sich an Leib und Seele verjüngen könnten. Du, oberlesische Mutter, lege Hand daran, an die große und mühevollen Arbeit und erschwere dem Vaterlande dadurch, daß du die Kinder in germanische Bewahranstalten schickst, nicht, sich emporzuschwingen.

Aus Nr. 67 des Kurjer Śląski (Kattowitz)  
vom 23. März 1909:

#### Pfarrer Rassek — Kardinal Kopp.

Eine gewisse Person, die enge Beziehungen nicht nur zu den polnischen Geistlichen unterhält und über die Lage der Breslauer Diözese gut unterrichtet ist, schreibt uns was folgt:

Die Zentrumsblätter greifen den bekannten Pfarrer Rassek aus Tarnowitz deshalb an, weil er in seiner Pfarochie gegen die Zentrumsparthei vorgeht, indem er



katholische Vereine der Zentrumspolitik abwendig zu machen sucht. Die Schlesische Volkszeitung ringt die Hände und stößt den Verzweiflungsschrei „Unglaubliche Geschichte“ aus und die „Reiher Zeitung“ sekundiert ihr in heftiger Weise. Wer ist aber schuld, daß Pfarrer Raffet so dreist den Weg des Blocks geht, wer hat ihm Mut eingeflößt, daß er mit der katholischen Bewegung nicht zu rechnen braucht? Höret! Pfarrer Raffet hat eine Broschüre geschrieben, in welcher er empfahl, daß den polnischen Kindern der Religionsunterricht deutsch erteilt werden sollte. Die katholische Kirche lehrt dagegen, daß den Gläubigen die Wahrheiten des hl. Glaubens in der Muttersprache mitgeteilt werden müssen. Als sich Pfarrer Raffet erlaubte, diese bisher unerhörte Ansicht zu äußern und einen Standpunkt einzunehmen, den die Katholiken stets verurteilten, richteten sich die Augen nicht nur aller Geistlichen in der Diözese, sondern aller Katholiken überhaupt, die noch einen Funken Gerechtigkeitsinn besitzen, zum Herrn Kardinal Ropp. Alles erwartete, daß bestimmt eine Verurteilung dieser irrigen Lehre des Pfarrers Raffet eintreten wird, aber man wartete vergeblich. In Breslau rührte man sich nicht. Damals wollte ein Kreis obererschlesischer Geistlichen den Herrn Kardinal zwingen, aus der Reserve herauszutreten und das Schweigen zu brechen. Dem Herrn Kardinal wurde ein Schreiben übersandt, in welchem man sich mit der Lehre des Pfarrers Raffet nicht einverstanden erklärte. Hat nun der Herr Kardinal das Schreiben gebilligt? Nein — höret, eine sehr ungnädige Antwort überbandte er.

Weiter ließ sich Pfarrer Raffet im Kreise Neustadt als Kandidat gegen den Zentrumskandidaten aufstellen, also als Kandidat des Blocks, der den Katholiken den Krieg erklärt hat. Pfarrer Raffet erregte dadurch großes Argernis. Bereitete ihm der Herr Kardinal irgendwelche Schwierigkeiten? Nein. Man hörte nur, daß er den polnischen Geistlichen-Kandidaten große Schwierigkeiten bereitete, sodaß er einen polnischen Geistlichen-Abgeordneten sogar zur Niederlegung seines Mandats nötigte, indem er ihm keine Vertretung gab. Schließlich trat ein, was man längst erwartet hatte: Pfarrer Raffet erhielt nicht nur einen Regierungsorden, sondern auch eine fette Pfarrpründe der Regierung als Belohnung für seine im Sinne der Regierung geleistete Arbeit. Der „Katholik“ sprach in seiner Einfalt Zweifel aus, ob der Herr Kardinal die Präsentation der Regierung bestätigen werde. Die Geistlichen, mit denen ich darüber sprach, lächelten und behaupteten, daß, wenn Pfarrer Raffet nicht kafatistisch gesinnt, sondern ein polnischer Geistlicher wäre, der es mit dem Volke hält, von dem Herrn Kardinal größere Hindernisse vorgebracht werden würden, als von dem Landrat. Pfarrer Raffet aber werde zu seiner Pfarrei glatt kommen. Darum wundert euch nicht, daß Pfarrer Raffet auf dem Wege der Regierung immer dreister einhererschreitet. Ihm wird kein Haar vom Haupte fallen. Die katholische Welt Oberschlesiens kann noch auf manche Extratour des Herrn Pfarrers aus Tarnowitz gefaßt sein. Die Hauptsache für ihn ist, daß sich die kafatistisch-protestantische Schles. Ztg. über seine Tätigkeit anerkennend ausdrücken und ihm das Zeugnis ausstellen wird, daß er ein wahrhaft katholischer Geistlicher ist. Er wird keinen Anstoß daran nehmen, daß dieses Blatt in diesen Tagen den Meher Herrn Bischof Benzler wegen dessen Hirtenbriefes gegen den evangelischen Bund angreift. Der Geistliche Raffet wird weiter Mitarbeiter dieses Blattes bleiben und die Konfratres öffentlich ermuntern, dieses Schmierblatt zu lesen.

Das ist eine krasse Beleuchtung der Verhältnisse in der Breslauer Diözese.

Mentor.

Soeben erfahren wir, daß der Geistliche Dannhauer aus Aachen (!) zum Breslauer Kanonikus ernannt worden ist. Gibt es denn in Oberschlesien keine Geistlichen, die diese Würde verdienen? Die Entrüstung ist hier groß. — Die Red.

Aus Nr. 65 des Kurjer Śląski (Kattowitz)  
vom 20. März 1909:

### Genasführt

haben uns die Zentrumsleute im Wahlkreis Bomst-Meseritz, denn sie haben die polnischen Stimmen in diesem Wahlkreis anscheinend umsonst, für schöne zu den Polen gesprochene Worte, gewonnen. Das sind die Folgen der Sucht nach Kompromissen mit den Zentrumsleuten und nach ihrer Freundschaft um jeden beliebigen Preis. Wir warnten schon lange unsere Volksgesamtheit vor der Arbeit mancher polnischer Politiker hinter den Kulissen, die ohne die Freundschaft des Zentrums und ohne Kompromisse mit den Deutschkatholiken nicht leben können.

Die Väter dieser Kompromisse haben nicht nur die polnische Sache bloßgestellt, sondern sie haben ihr auch noch schweres Unrecht zugefügt, denn sie beuten das Zentrumskompromiß jetzt für sich und in ihren Versammlungen aus; besonders in Oberschlesien schmähen sie unaufhörlich die politischen Polenführer und unsere Sache. Und diese polnischen Kompromißpolitiker rühmen sich immer noch, sehr kluge Politiker zu sein und der polnischen Sache große Dienste zu erweisen. Unsererseits appellieren wir an den gesunden Verstand unseres polnischen Volks, daß es die Vernichtung des schädlichen Kompromißunfrats in Angriff nehmen und den Säern desselben unzweideutig seine Meinung sagen möge.

Aus Nr. 67 des Kurjer Śląski (Kattowitz)  
vom 23. März 1909:

### Das Zentrum

entpuppt sich in seiner wahren Gestalt. Stets warnten wir die polnische Volksgesamtheit in Schlesien vor den Machinationen und Reizen des Zentrumslagers. Und wir haben uns nicht getäuscht. Unlängst hielt Graf Braschma eine Rede, daß das Verhältnis zwischen der polnischen Partei und dem Zentrum früher enger war, als heute. „Wir haben niemals“, führte er aus, „für einen polnischen Kandidaten, der nicht streng auf dem Boden der Verfassung stand, gestimmt und werden nicht dafür stimmen. Von allen Polen verlangen wir, daß sie so handeln und sich als loyale Untertanen fühlen. Wir halten es aber für nützlich, gerade solche (polnische Kandidaten) zu unterstützen, um eine Ausbreitung der radikalen (!) Elemente nicht zuzulassen. Übrigens bin ich überzeugt, daß die polnische Gefahr für das Reich und den Staat eine geringere Bedeutung hat, als die Politik, die im Reiche gemacht wird.“

Die Herzensergüsse des Zentrumspolitikers kennzeichnen deutlich die Bestrebungen, Absichten und Tendenzen der Zentrumspartei. Mit einem geschickten Manöver deckt er sich gegen die Angriffe der Blockanhänger unter dem Vorbehalt, daß die Zentrumsleute uns Polen dann unterstützen werden, wenn wir auf dem Boden der Verfassung stehen werden, andererseits aber schmeichelt er den Regierungsfreunden und versichert sie des Patriotismus der Zentrumsleute dadurch, daß sie die Ausbreitung der radikalen Elemente unter den Polen nicht zulassen werden. Schade, daß Graf



Praschna das öffentliche Leben der Polen nicht besser kennt, sonst würde er weder die Polen der Illoyalität verdächtigen, noch das Gespenst der radikalen Elemente sehen. Wir standen stets auf dem Boden der Verfassung und forderten unsere Rechte im Rahmen der Staatsgesetze, alle gegenteiligen Behauptungen aber sind Verleumdung und Lüge, und wer diese Behauptungen öffentlich aufstellt, ist ein Aufwiegler, denn er heizt die Regierung gegen die Polen.

Die Erklärung des Zentrumsmanne bestätigt unsere Überzeugung hinsichtlich seiner Partei, d. i. daß das Zentrum die Germanisierung der Polen erstrebt. Da die Polen wie auch das Zentrum nur ein einziges gemeinsames Interesse haben, nämlich die Verteidigung der katholischen Religion gegen die Angriffe und die Hochflut des Protestantismus, eben darum droht uns seitens des Zentrums eine Gefahr, denn unter dem Deckmantel der Verteidigung der Interessen der katholischen Kirche germanisieren die Zentrumsleute, insbesondere aber die Geistlichen, in Schlesien die Polen. Sie verfolgen die polnische Sprache nicht offen, denn dadurch würden sich die Zentrumsgeistlichen den Kredit bei dem polnischen Volke verderben, sondern sie erstreben die Germanisierung durch Veranstaltung deutscher abentheuer, zu denen sie die Polen einladen, sie gründen religiöse Bruderschaften, z. B. Kongregationen, in denen sie die Mitglieder auf die Bedeutung der Pflege der Muttersprache nicht aufmerksam machen; überdies wird den deutschen Abteilungen der Kongregationen jeder Vorzug gewährt, für sie werden prunkvollere Andachten abgehalten, als in den polnischen Abteilungen, obgleich diese durch die große Zahl der Mitglieder die deutschen überragen. Wir kennen solche Geistliche, die weiblichen Mitgliedern der polnischen Kongregation polnischen Sprachunterricht erteilen, wodurch sie sich die Sympathie und das Vertrauen der polnischen Porochianen erwarben. Später aber, als eine Menge Polen diesen Bruderschaften beitrug, begannen die Geistlichen für den Berliner Verband zu werben, dessen germanisierende Bestrebungen ja bekannt sind.

Unser Blatt steht auf echt polnischem und katholischen Boden, darum müssen wir die Machinationen des Zentrums und das Einfangen der Polen zwecks Germanisierung des polnischen Volkes verurteilen. Hier in Schlesien müssen wir uns desto mehr vor den früheren Anhängern Petochas hüten, als unser Volk allein dasteht und in Ermangelung einer polnischen Intelligenz allein auf der Wacht der nationalen Schätze stehen muß.

gehehen sei, die — man weiß nicht in welchem Namen — geführt wurden.

Jetzt wird uns aus Kojel geschrieben, daß das dortige Kreiskomitee Herrn Dreyza keineswegs einen Auftrag erteilt habe, von welchem der Dziennik Slonski schreibt. Das Kreiskomitee wurde im Juli 1908 gegründet, und seit dieser Zeit hat eine Sitzung überhaupt noch nicht stattgefunden; es konnte also in eine Zurücknahme des Einspruchs gar nicht einwilligen. Die Mitglieder des Kreiskomitees sind entrüstet, daß Herr Dreyza gegen ihr Wissen und Wollen den Einspruch zurückgenommen hat.

Wer Herrn Dreyza zu diesem Schritt bewogen hat, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Die Komiteemitglieder und aufgeklärten Wähler lenken ihr Augenmerk auf den Vorsitzenden des Kojeler Komitees, den Abgeordneten Pfarrer Brandys, der die Sache durchaus aufklären oder wenigstens dafür sorgen sollte, daß sie aufgeklärt würde. Wir können doch nicht zulassen, daß sich in unserer Volksgesamtheit derartige ungesunde Verhältnisse einnisten, daß Einzelpersonen aus eigenem Antriebe, aber auf die Verantwortung der Gesamtheit hin handeln. Besonders „in dem Grenzgebiet“ der Polen und des Zentrums hat die Volksgesamtheit das Recht, von den politischen Führern das allergrößte Verantwortungsgefühl für die Schritte zu fordern, die sie tun und für welche die Verantwortung auf die Gesamtheit fällt.

Zugleich wird uns mitgeteilt, daß ganz unverstänlich auch die Behauptung ist, daß der Einspruch keine Aussichten auf Erfolg gehabt habe. Im Gegenteil, die Wahlprüfungskommission und das Plenum hatten seiner Zeit eine Beweisaufnahme beschlossen, und die Zeugen haben die Vorwürfe des Einspruchs vor Gericht eidlich bestätigt.

So schreibt der Kurjer Poznanski. Wir fügen von uns nur soviel hinzu, daß unseres Erachtens der Einspruch nur deshalb zurückgezogen wurde, um sich bei dem Zentrum beliebt zu machen. Wer die Veranlassung der Zurücknahme des Einspruchs war, können wir uns denken, aber Namen zu nennen hält schwer. Wir stellen nur fest, daß diese trüben Wasser aus der gleichen Quelle entspringen, wie das Kompromiß im Wahlkreis Bomst. Die polnische Volksgesamtheit muß fordern, daß die verschiedenen polnischen Diplomaten, deren Arbeit uns zum Schaden, dem Zentrum aber zum Vorteil gereicht, ihre Tätigkeit hinter den Kulissen einstellen.

Aus Nr. 64 des Kurjer Slaski (Kattowitz)

vom 19. März 1909:

### **In Sachen der Zurücknahme des Einspruchs gegen die Wahl des Geistlichen Glowacki im Wahlkreis Kojel-Groß-Strehlitz**

haben wir mitgeteilt, daß der Dziennik Slonski (Katolik) eine Erklärung gebracht hat, daß das Kojeler Kreiskomitee Herrn Dreyza beauftragt habe, den Einspruch deshalb zurückzuziehen, weil der Einspruch angeblich nicht als entscheidend angesehen werden konnte.

Gegenüber der Erklärung des Dziennik Slonski machten wir den Vorbehalt, daß der Dziennik alles verschweige, was ihm unbequem sei, daß unsere Informationen über die realen Chancen des Einspruchs von den Nachrichten des Dziennik Slonski ganz abwichen, und daß es schließlich Tatsache sei, daß die Zurücknahme des Einspruchs auf Grund von parlamentarischen Kombinationen und Unterhandlungen

Aus Nr. 60 des Górnosłazak (Kattowitz)

vom 14. März 1909:

### **Betrifft die oberschlesischen Volksbanken.**

Die Katolik-Blätter knüpfen an einen in der Schlesischen Zeitung erschienenen Artikel über die oberschlesischen Volksbanken folgende Betrachtung:

Der Artikelschreiber in der Schles. Ztg. zieht mit großer Wut über die Verbandsrevisoren her. Vernunft ist in diesem Artikel nicht für einen Pfennig vorhanden, statt dessen aber Haß und Neid. Die Volksbanken (Genossenschaften) können sich vereinigen und private Revisoren in die einzelnen Banken entsenden, wann sie wollen. Je genauer, häufiger und unverhoffter Revisionen stattfinden, desto besser. Darum handelt es sich, und um nichts weiter. Der Artikelschreiber der Schles. Ztg. ärgert sich nicht wenig darüber, daß die Volksbanken den Leuten für billigere Zinsen Geld geliehen haben, als die Reichsbanken und privaten Banken. Das schmerzt ihn. Wir alle freuen



uns dagegen, daß die Volksbanken so ersprießlich arbeiten. Schon jetzt braucht niemand von unseren Leuten fremde Kapitalisten und Bankiers um Geld zu bitten und ihnen hohe Kosten, Zinsen usw. zu zahlen, was manchmal 10 und 15 Mark vom Hundert ausmacht, wenn man alle Kosten, Gebühren usw. richtig berechnet. Die geehrten Leser müßten dies möglichst oft allen denen erzählen, die Geld benötigen, weil sie bauen, ein Haus, eine Wirtschaft usw. kaufen wollen. Heute dürfte es niemanden mehr unter uns geben, der nicht bei jedem Geschäft (Kauf, Verkauf usw.) wüßte und sich erinnerte, daß Volksbanken bestehen, die Geld für Zinsen annehmen und für billige Zinsen und unter bequemen Bedingungen verleihen.

Aus Nr. 32 der Gazeta Opolska (Oppeln)  
vom 16. März 1909:

### Aus Lublin.

Gestern, den 14. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, fand in der Buchhandlung des Herrn Rzeźniczek eine Versammlung behufs Gründung einer Volksbank statt. Zur Versammlung waren außer etwa 100 geladenen Gästen noch ebensoviele ungeladene erschienen, die von der Veranstaltung der Versammlung Kenntnis erhalten hatten. Leider war weder Platz für eine so große Volksmenge vorhanden, noch durften mit Rücksicht auf das Vereinsgesetz die Ungeladenen in das Lokal hineingelassen werden, weil diese Versammlung die Form einer geschlossenen Gesellschaft hatte. Die Gründung der Bank kam zustande. In den Vorstand wurden gewählt die Herren: Kaufmann Rzeźniczek, Arzt Dr. Willert aus Lublin und Wirt Drynda aus Jawornica. In den Aufsichtsrat wurden gewählt die Herren: Pfarrer Rogowski aus Jendryszek, ferner die Wirte Fr. Pietrucha aus Lublin, W. Roza II aus Glinia, J. Raczmarek und J. Gupa aus Luberto, M. Lipof und A. Koloch aus M. Lagierwnik, Fr. God aus Koschmider, Zajonc aus Gutentag. Der Versammlung wohnte auch der Abgeordnete Pfarrer Janowski bei. Glück auf der neuen Bank!

Der Górnosłazak berichtet in seiner Nr. 64 vom 19. März 1909 über den Verlauf dieser Versammlung u. a. was folgt:

Anwesend waren etwa 130 Personen. Erschienen waren auch in dieser Versammlung der Abgeordnete Pfarrer Janowski, Pfarrer Rogowski, ferner die Herren Korajzewski aus Oppeln und andere. Die Versammlung eröffnet als Einberufer Herr Rzeźniczek, stellte den

Pfarrer Janowski als Abgeordneten vor und legte den Zweck der Versammlung dar. — Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde einstimmig Herr Dr. Willert gewählt, der Herrn Rzeźniczek zum Schriftführer berief. Hierauf ergriff Herr Rzeźniczek das Wort und las aus unserer Zeitung den Bericht der Volksbank in Plesz vor, wobei er die Versammelten auf das halbjährige günstige Ergebnis der Banktätigkeit hinwies und im Anschluß an den Bericht darlegte, wieviele Mitglieder die Pleszer Bank bereits gewonnen hat, wieviele Depositen usw. sie aufweist, wie günstig sich unsere jungen Banken entwickeln. — Nach Vorlesung der Satzungen ergriff das Wort Herr Pfarrer Rogowski, der in kurzen Worten die allgemeine Lage unserer Volksbanken schilderte, wie gesund sie geleitet würden, welche Vorteile die Volksgeamtheit aus ihnen ziehe, und wie viele Leute dadurch in finanzieller Beziehung gesund seien weil unsere Banken besonders dem Bucher das Handwerk legten. Zur allgemeinen Erheiterung führte Pfarrer Rogowski schließlich einige Beispiele an, wie heute noch viele Leute ihr Geld aufbewahren, der eine im Strumpf, der andere im Strohsack, sodaß schließlich infolge Vergeßlichkeit oder eines andern Zufalls das Geld unter das Vieh gerät oder auf andere Weise verloren geht. Hiermit erreichten die Ansprachen ihr Ende, und es wurde zur Wahl des Vorstands und Aufsichtsrats geschritten. Unter den Versammelten wurde es lebendig, und es entspann sich eine Diskussion, in welcher der Vorschlag gemacht wurde, daß in den Aufsichtsrat aus jedem näher gelegenen Dorfe je ein wohlhabender Wirt gewählt würde. Die Anwesenden befolgten den Vorschlag und wählten glatt binnen wenigen Minuten den Vorstand und Aufsichtsrat. — Nach Entrichtung des Beitrittsgeldes und nach Erledigung der unterschriftlichen Formalitäten durch den Aufsichtsrat nahm der Abgeordnete Pfarrer Janowski das Wort. Dieser hatte seit seiner Wahl zum Abgeordneten zum ersten Mal in dieser Versammlung Gelegenheit, an seine Wähler eine Ansprache zu halten. Als seinem Abgeordneten lauschte man ihm auch mit großer Aufmerksamkeit. Aus Mangel an Zeit konnte er nur kurz sprechen, aber trotz der kurzen Ansprache, die er mit jugendlichem Feuer hielt, erkannten wir in ihm Geisteskraft, und wir können getrost sagen, daß wir einen tüchtigen Abgeordneten haben. — Zum Schluß dankte Herr Rzeźniczek im Namen der Anwesenden den erschienenen Geistlichen, worauf die Versammlung geschlossen wurde und die Versammelten mit den besten Eindrücken sich nach Hause begaben.

Ein Anwesender.



Aus Nr. 33 des Katolik (Beuthen D.-S.)  
vom 18. März 1909:

**Bilanz**  
für das Jahr 1908 per 31. Dezember 1908.

| Aktiva       |                                              | Passiva      |
|--------------|----------------------------------------------|--------------|
| M            |                                              | M            |
| —,—          | Reservefonds .....                           | 5 488,62     |
| —,—          | Geschäftsanteile .....                       | 38 997,30    |
| —,—          | Depositen .....                              | 1 199 438,21 |
| —,—          | Hypothesen .....                             | 138 000,—    |
| —,—          | Zur Disposition der Generalversammlung ..... | 2 049,93     |
| 230 379,20   | Banken .....                                 | —,—          |
| 733,28       | Prozeß- und andere Kosten .....              | —,—          |
| 795 753,65   | Wechsel .....                                | —,—          |
| 9 000,—      | Laufende Rechnung .....                      | —,—          |
| 293 000,—    | Grundstücke .....                            | —,—          |
| 20 000,—     | Aktiven .....                                | —,—          |
| 35 107,93    | Kassenbestand .....                          | —,—          |
| 1 383 974,06 |                                              | 1 383 974,06 |

Die Mitgliederzahl betrug im Jahre 1908..... 713  
Im Jahre 1908 sind eingetreten..... 79  
792  
Im Jahre 1908 schieden aus..... 71  
Bestand der Mitgliederzahl im Jahre 1908..... 721

Gleiwitz, den 16. März 1909.

**Bank ludowy — Volksbank.**

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

J. Orlicki. L. Galbierz. J. Sliwka.

Aus Nr. 33 des Katolik (Beuthen D.-S.)  
vom 18. März 1909:

**Bilanz**  
des Zaborzer Darlehnskassen-Vereins  
eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht zu Zaborze  
für das Geschäftsjahr 1909.

| Vereinsvermögen                                             |              | Vereinsschulden                                                 |              |
|-------------------------------------------------------------|--------------|-----------------------------------------------------------------|--------------|
| M                                                           |              | M                                                               |              |
| Kassenbestand am Jahreschlusse. ....                        | 15 379,49    | Guthaben der Verbandskasse in laufen-<br>der Rechnung .....     | 151 499,31   |
| Geschäftsanteile des Vereins bei der<br>Verbandskasse ..... | 20 000,—     | Guthaben der Spar-Interessenten.....                            | 1 053 974,97 |
| Bei den Mitgliedern ausstehende Dar-<br>lehne .....         | 1 197 012,96 | Geschäftsanteile der Mitglieder .....                           | 11 114,47    |
| Zurückzuerstattende Gerichtskosten.....                     | 328,79       | Reservefonds nach der vorjährigen<br>Bilanz .....               | 21 399,12    |
| Zinsen-Reste .....                                          | 6 294,25     | Dem Reservefonds zugeschriebener Rein-<br>gewinn pro 1908 ..... | 1 802,32     |
| Wert der Mobilien.....                                      | 774,70       |                                                                 |              |
|                                                             | 1 239 790,19 |                                                                 | 1 239 790,19 |

Der gesamte Reservefonds beträgt Ende 1908: 23 201,44 M. Die Mitgliederzahl betrug Ende des  
Vorjahres 364, Zugang pro 1908: 35, Abgang 12, daher Mitgliederzahl Ende 1908: 387.

Zaborze, den 2. März 1909.

**Der Vorstand.**

Ign. Chwaleczyk. St. Smolen. C. Griß.  
J. Kurzaj. J. Ciupka. B. Walczuch.  
A. Granel. J. Biszupek, Rentant.

**Der Aufsichtsrat.**

C. Groeger. B. Koniechny. Fr. Boja.  
Ph. Ciupka. Fr. Brevko. A. Cygan.  
C. Hergesell.



Aus Nr. 28 der Gazeta Opolska (Oppeln)  
vom 6. März 1909:

### Die Volksbank in Oppeln

Hat von dem Tischlermeister Klose das Haus Hafensstraße Nr. 3 käuflich erworben. In diesem Hause werden in einigen Monaten das Banklokal und andere Räume für die Bank eingerichtet werden.

Aus Nr. 62 des Górnosłazak (Kattowitz)  
vom 17. März 1909.

### Betrifft Gründung polnischer Vereine.

Unter den aufgeklärten polnischen Wählern gibt es keine Verwirrung, denn jeder von ihnen weiß, daß er dem polnischen Lager, der polnischen Partei angehört. Diesen Wählern braucht man die nationale und Parteizugehörigkeit nicht zu erklären. Wahr ist dagegen, daß verschiedene Parteien die Unaufgeklärten und Nichtleser unter dem polnischen Volke an sich zu ziehen suchen. Hat doch sogar die freisinnige Partei einen polnisch sprechenden Redner bestellt, damit er unseren Wählern in Versammlungen Reden halte, und jeden Augenblick werden vielleicht sogar auch die Haktisten einen solchen polnischen Redner haben, nachdem sie bei den Wahlen polnisch gedruckte Aufrufe verteilt und polnisch sprechende Agitatoren ausgesandt haben. In Anbetracht dessen müssen wir immer mehr und überall eine rege Agitation entfalten. Wir begrüßen jeden neu entstehenden polnischen Verein, und wir spornen zur Gründung möglichst vieler Vereine an. Wir raten, die Vereine in einem Ort möchten sich stets gut verständigen und einmütig arbeiten, nicht aber eins dem andern hinderlich sein. Wir fordern zu einer regen und ersprießlichen Tätigkeit in den Vereinen auf. Lassen wir unsere unaufgeklärten Brüder weder in das sozialdemokratische Lager locken, wo alles nach Kommando, und zwar für das Geld deutsch-jüdischer Edelleute und sozialdemokratischer Millionäre geschieht, noch in das freisinnige und liberale Lager, dieser Partei des Handels und Gewerbes, wo sich Freimaurer, Kapitalisten aus der Mitte der Schlot-, Fabrik- und Grubenjunker befinden, noch in die Reihen der Regierungsparteiler, Haktisten und ähnlichen, noch in die Reihen der wohl bekannten Zentrumsleute, mit denen wir heftige Kämpfe führen mußten, bevor sie unsere Sonderstellung und Selbstständigkeit anerkannten. — Wir haben unser eigenes polnisches Lager, d. i. das Lager der Volkspartei, in der wir selbständig alles erledigen, was unsere Angelegenheiten betrifft, in die sich hineinzumischen niemandem erlaubt ist. Dort entscheiden wir durch verschiedene Organisationen, Vereine, Komitees, was zu tun ist, wie man sich gegen die Feinde und Gegner verteidigen soll. Wir bitten um Nachrichten über die Tätigkeit und um die Unterstützung aller Organisationen durch alle. Vereine dürfen sich jetzt überall bilden, denn den Mitgliedern, aber nur den Mitgliedern ist es erlaubt, in jeder beliebigen Wohnung zu verhandeln. Sofern sie nur keine öffentlichen Versammlungen abhalten, zu denen jedermann Zutritt hat, hat die Polizei kein Recht, die Versammlungen zu überwachen, in das Lokal einzudringen usw. Am besten gründet man politische Vereine, damit keine unnötigen Prozesse entstehen. Bei uns kann man fast alles als politisch ansehen, darum ist es besser, sofort einen politischen Verein zu gründen, der die Satzungen und den Vorstand binnen 14 Tagen der Polizei mitzuteilen hat, dagegen brauchen die Versammlungen und Mitglieder polizeilich nicht angemeldet zu werden. In den Satzungen mache man ausdrücklich den Zusatz, daß „Politik aus dem

Verein nicht ausgeschlossen ist“, obgleich sich der Verein grundsätzlich mit Politik nicht befaßt. Wenn heute fast alles Polnische als Politik angesehen wird, muß dieser Zusatz in den Satzungen enthalten sein, damit Prozesse vermieden werden.

Aus Nr. 32 der Gazeta Opolska (Oppeln)  
vom 16. März 1909:

### Aus Oppeln.

Gestern Nachmittag um 2 Uhr fand im Huchschen Lokale eine Sitzung des Kreiskomitees des Volksbibliothekenvereins statt. Die Versammlung eröffnete der Komiteevorsitzende, Herr T. Korajewski. Er sprach alsdann über die Organisation der Parochialvereine und über die Buchführung in den Bibliotheken. Im weiteren Verlauf sprach Herr Br. Korajewski über die Wichtigkeit der Verbreitung der Lektüre und hob die Verdienste aller derjenigen hervor, die als Mitglieder des Lesevereins die Aufklärung fördern. Zum Schluß erstattete Herr Cz. Bongorski Bericht über seine Tätigkeit als Bibliothekar des Lesevereins in Safran und belehrte mit überzeugenden Beispielen aus der eigenen Praxis, wie die Lektüre in erfolgreicher Weise verbreitet werden kann. Schließlich wurde hinsichtlich der Kasse festgestellt, daß die freiwilligen Beiträge ziemlich reichlich eingehen, wofür dem lesenden Volke Anerkennung gebührt.

Aus Nr. 61 des Górnosłazak (Kattowitz)  
vom 16. März 1909:

### Aus dem Kreise Groß-Strehlitz.

Für den Kreis Groß-Strehlitz ist ein Gesangverein „Lutnia“ gegründet worden. Mitglieder werden in den Verein gern aufgenommen und es wird gebeten, die Jugend möge ihm beitreten, denn dieser Verein ist sehr gut und empfehlenswert. Die jungen Leute werden zum Beitritt aufgefordert, denn wir wollen diesen unseren Gesang, der sich in einer bedauernden Lage befindet, heben, stärken und zugleich verschönen. Darum müssen wir dem Verein beitreten. — An euch, liebe Eltern, richte ich die Bitte, eure Söhne in diesen Verein schicken zu wollen, aus welchem sie Lehren und Stärkung des Geistes schöpfen können, was uns gerade in der heutigen Zeit sehr fehlt. Ich hoffe, daß ihr Jünglinge dem Verein als Mitglieder gern beitreten werdet. (Es bedarf noch einer Bekanntmachung, wo der Verein seinen Sitz hat, bei wem man sich zu melden hat, wann die Sitzungen und Gesangstunden stattfinden. Die Red.)

Aus Nr. 63 des Kurjer Śląski (Kattowitz)  
vom 18. März 1909:

### Aus Joicefsdorf.

Wie allen bekannt ist, wurde in unserem Dorfe Mitte November vorigen Jahres ein Gesangverein unter dem Namen „Harmonia“ gegründet, der sich dank Gott und aller derer, die sich mit ihm eifrig befassen, gut entwickelt, obgleich es noch besser sein müßte und im Vergleich zur Größe unseres Dorfs die Zahl der Mitglieder statt 76 wenigstens 150 betragen müßte; aber wie überall, so ist auch unsere Jugend für diesen Verein viel zu „sajn“. Manche fürchten auch, daß sie von den wenigen Haktisten deshalb



aufgeessen werden könnten, weil sie dem polnischen Verein angehören. Es ist bedauernswert, wenn sich unsere Jugend abends auf den Straßen herumtreibt und irgendwelche Tingeltangel-Lieder brummt. Darum tretet, liebe Polen und Polinnen, unserem Gesangsverein zahlreich bei und sorget dafür, daß sich in unseren polnischen Familien unser vaterländisches Lied immer mehr ausbreite, denn dieses ist unser bestes nationales Eigentum. Ein Paß von der „Harmonia“.

Aus Nr. 35 der Gazeta Katolicka (Königshütte)  
vom 23. März 1909:

### Ein hakatistischer Unterhaltungsabend

fand hier Sonntag, den 21. März, im Saale des Hotels „Graf Rheden“ statt. Eröffnet wurde er von dem Vorsitzenden des Vereins der Königshütter Hakatisten. Außer diesem Verein nahmen auch der Turnverein und der Arbeitergesangsverein daran teil, so daß der Saal schon durch diese drei Vereine voll besetzt war. In seiner Eröffnungsansprache bemerkte der Herr Vorsitzende mit großem Nachdruck, daß der Ostmarkenverein weder protestantisiere, noch Parteipolitik treibe. Jedermann, welche Parteirichtung und religiöse Anschauung er auch vertreten möge, stehe der Eintritt in den Ostmarkenverein frei, sofern er nur verspreche, die Polen und das Polentum auf Schritt und Tritt zu bekämpfen. Nach Absingung einiger patriotischer Lieder ergriff der bekannte Hakatistenredner Herr Major von Paczensky aus Breslau das Wort. Wer von dem Redner treffende, wenn auch vom Gegner kommende Beweise für die Notwendigkeit des Hakatismus vermutet hätte, der wäre aus seiner Enttäuschung schnell erwacht. Der Herr Major sprach zwar nicht schlecht, er las Auszüge aus Zeitungen vor, schreckte vor der Zukunft, beschwor, aber überzeugen konnte er nicht. Denn kein Mensch wird doch glauben, daß die Polen die Deutschen polonisieren wollen, oder daß von polnischer Seite dem Deutschen Reiche eine große Gefahr droht, oder daß die Polen die Losreißung der polnischen Landesteile von Preußen erstreben. Wie oft haben doch schon die polnischen Abgeordneten in öffentlichen Versammlungen erklärt, daß es solche Bestrebungen im politischen polnischen Lager nicht giebt. Und wenn dies die Vertreter des polnischen Volks mit dem ganzen Ansehen ihrer Überzeugung behaupten, so müssen ihnen doch schließlich auch die Deutschen glauben, umso mehr als im entgegengelegten Falle solche Bestrebungen einem Selbstmord gleichkämen. Der Hakatismus steht also auf sehr schwachen Füßen, und sein Charakter ist durch und durch heidnisch. Jeder ehrliche Mensch wendet sich mit Abscheu von einer solchen Auffassung der Kultur und des Fortschritts ab.

Aus Nr. 59 des Kurjer Śląski (Kattowitz)  
vom 13. März 1909:

### Betrifft die Beleidigungsflagge der Panewnitzer Franziskaner gegen die Kattowitzer Zeitung.

An das in diesem Prozeß ergangene Erkenntnis knüpfen die Korfanty-Blätter folgende Bemerkung:

Dieses Erkenntnis ist ein grundfägliches, sofern es vom Reichsgericht nicht verworfen wird. Bisher wurde nämlich Redakteuren der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) nicht zugebilligt. Von jetzt ab werden es wohl die polnischen Redakteure — wenigstens vor der Beuthener Strafkammer — leichter

haben, wenn sie nur nachweisen, daß sie Redakteure echt polnischer Blätter, Mitglieder der Vereine „Strasch“ oder „Sokol“ sowie Kinder polnischer Eltern sind und als solche nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, das Polentum zu verteidigen. Dann wird ihnen sogar das Beweisverfahren in den von ihnen besprochenen Angelegenheiten erspart bleiben, natürlich müssen sie dabei Gassenhimpfsworte vermeiden, können aber dafür ihre Opfer sogar etwas loben.

Aus Nr. 66 des Górnosłaski (Kattowitz)  
vom 21. März 1909:

### Dem Postemp und Kurjer

teilen wir in Folge der Anzapfung wegen der Kathreiner-Annonce mit, daß unsere Expedition nur unter der Bedingung Veröffentlichungen in deutscher Sprache aufgenommen hat, daß alle polnischen Zeitungen das gleiche tun. Unsererseits wurde Wort gehalten, und neue Annoncen wurden bis jetzt nicht angenommen. Wenn aber der Kurjer Slonski (Polak), Glos Slonski, Wielkopolanin, Goniec Wielkopolski, die Gazeta Torunska usw. deutsche Kathreiner-Annoncen oder andere bringen, und sie deshalb niemand angreift und deshalb niemand ein Geschrei erhebt, so heißt das soviel, daß für uns ein großer Schaden entsteht, während jene andern Blätter Ruhe und außerdem desto größere Einnahmen haben werden. Die geehrten Leser werden dies gewiß wohl verstehen und in anbetracht der unzähligen Strafen und Opfer, die unser Blatt für die gute Sache gebracht hat, desto eifriger für uns agitieren und die unbilligen Angriffe von uns feindseliger Seite bekämpfen.

Der Postemp und Kurjer mögen, bevor sie uns Lehren erteilen und ganz unnötigerweise in die Sache den Abgeordneten Herrn Napieralski hineinziehen, der mit den Annoncen nichts zu schaffen hat, vor allem dafür sorgen, daß in ihrer Nachbarschaft und bei ihnen keine beleidigenden und andern Annoncen Aufnahme finden. Erst kehre man vor seiner eigenen Tür, und dann erst bevormunde man andere.

Der Kurjer Slonski (Polak) bringt in derselben Nr. 64, in welcher er uns in seiner großen Liebe zu uns anzapft, eine ganz deutsche Annonce (Krämer), und doch greifen wir deshalb den Abgeordneten Korfanty nicht an. Wer boshaft sein wollte, könnte sagen, daß der Kurjer Slonski seinen Lesern das Polentum mit Hilfe von deutschen oder durch deutsche Ausdrücke sich auszeichneten Annoncen beibringt, und solche Annoncen könnte man in derselben Nummer etwa ein halbes Duzend zählen.

Wir fangen keinen Zwist und Zank an, denn wir kennen die äußerst schwierige Lage der polnischen Blätter in Schlesien sehr gut. Die geehrten Leser wissen gleichfalls, daß die polnischen Zeitungen einen schweren Kampf führen, mithin jeglicher Unterstützung bedürfen.

### Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 62 des Dziennik Berliński (Berlin)  
vom 17. März 1909:

### Drei Mark,

wenn die jeder von uns jährlich sparen würde, hätten wir schon nach einem Jahre

**9 000 000 Mark**

in unseren Sparbanken, nach zehn Jahren jedoch würden wir einschließlich der Zinsen rund



### 100 000 000 Mark

haben. Eine bedeutende Summe! Zugeben muß man doch, daß jeder jährlich trotz der augenblicklichen schlechten Zeiten 3 Mark zurücklegen kann. Sogar der ärmste Arbeiter, der jährlich nur 600 Mark verdient, kann das machen. Jede Mutter, jede Frau wird es ausnahmslos verstehen, und die Schulkinder werden ebenfalls, falls die Eltern sie belehren und anspornen, in einem Jahre drei Mark verdienen und diese sparen können.

Jeder jedoch, der es kann, sollte nun den Fehlbetrag ausgleichen und, um die bestimmte Summe zu erreichen, mehr sparen.

Die Sparsamkeit ist doch kein Opfer, keine verlorene Ausgabe, sondern es sind Beiträge, die man zu jeder Zeit im Gebrauchsfalle nebst den Zinsen wieder abheben kann.

Wenn wir jene Summe besitzen würden, dann würden wir gewiß nicht so viel Land verloren und nicht so viel herzlichen Schutz von unseren Wohltätern empfangen, denn das Preußentum demütigt sich vor der Macht — und das Geld, das ist eine große, unbesiegbare Macht. Das Geld zwingt zur Achtung, verleiht Unabhängigkeit und bringt die Freiheit zurück.

Was würden wir nunmehr mit den Millionen beginnen?

Zunächst braucht man zur Verwaltung eines solchen Kapitals viele Beamte, mindestens hundert.

Wir würden demnach hundert Stellen für unsere Söhne schaffen, die dadurch, daß sie in der Heimat tätig wären, auch ihr Gehalt in der Heimat lassen würden. Dieses Geld würde wieder auf einem anderen Wege in die Taschen der Sparenden zurückkehren und dadurch die Gesamtheit bereichern. Wir haben weder Feuer- noch Hagelversicherungs-Gesellschaften.

Für diese Zwecke schicken wir Tausende an unsere Wohltäter. Hätten wir jedoch jene Summe in den Banken, würden die Banken solche Gesellschaften gründen, indem sie sich durch Anteile oder Aktien daran beteiligten. Wiederum würden wir uns selber dadurch zahlreiche Stellen und Ämter schaffen. Daß wir solche Gesellschaften mit Erfolg führen könnten, unterliegt keiner Frage. Seit vielen Jahren existiert in Posen die „Besta“ und entwickelt sich gut. Weiterhin besitzen wir keine Hypothekenbanken, auf die sich unsere Parzellierungsbanken stützen könnten. Solch eine Bank wäre für sie daselbe, was die Verbandsbank der Erwerb- und Wirtschaftsgenossenschaften ist. Das Land war und bleibt die beste Kapitalanlage, durch Düngung, Bestellung und Melioration wird das Land immer begehrenswerter und preiswürdiger, jede Arbeits- und Kapitalanlage zahlt sich mit Zinsen zurück. Während den Kredit unserer jetzigen Banken das Vertrauen zu dem Vorstände und dem Aufsichtsrate stützt, hätte die Hypothekenbank ein realeres Fundament. Auch hier senden wir tausende von Mark den betreffenden deutschen Banken für die Gewährung von Anleihen, die bei uns bleiben könnten, bleiben sollen und müssen. In Anbetracht des wilden preussischen Hasses und der Habgier, die uns zu Bettlern machen will, ist es jetzt an der Zeit, daß man aus der Saumseligkeit und Ungewandtheit erwache und für sich arbeite, nicht für die Fremden.

Die Gründung von Einkaufsgenossenschaften für Kolonialwaren, Kohlen, Tuch, Leinwand usw., überhaupt alle Gebrauchsgegenstände, die unser Land nicht selber erzeugt, wird immer mehr notwendig.

Dank der Sparsamkeit, die jedem möglich ist, und auch von niemandem besonders empfunden wird oder bei seinen Einkäufen hindert, kann unberechenbarer Nutzen erreicht werden, die brennenden Bedürfnisse

könnte man befriedigen, wenn alle in Eintracht den erwähnten Gedanken in die Tat umsetzen wollten. Der ökonomische Grundsatz der Gesamtheit ist, daß man den zehnten Teil des jährlichen Verdienstes sparen sollte. Das können wir nicht ermöglichen, da wir jedoch wissen, daß sich der Kampf gegen die Überflutung des Germanismus schließlich auf dem wirtschaftlichen Gebiete abspielen wird, fühlen wir uns verpflichtet, beizeiten unsere Kräfte zu sammeln, sie zu üben und gegen den Kampf vorzubereiten.

Grünwald.

Br.

Der Autor bittet die Blätter in der Heimat, obigen Artikel zu wiederholen. Wir glauben, daß es wert sei, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Vor allen Dingen sollten die Geistlichen ihren Einfluß auf das Volk ausüben, den gegebenen Gedanken in die Tat umzusetzen.

Aus Nr. 66 des Dziennik Berliński (Berlin)  
vom 21. März 1909:

### Ist das möglich?

Wir haben bereits über die Beratungen im preussischen Herrenhause, betreffend den § 15 des Pfarrerbefolgungsgesetzes, desjenigen Paragraphen, der sich gegen die polnische Geistlichkeit, d. h. gegen die Geistlichkeit richtet, die es mit dem polnischen Volke hält, referiert. Nach diesem Paragraphen kann der preussische Unterrichtsminister hinter dem Rücken der geistlichen Behörde nach Belieben den Geistlichen Gehaltszulagen gewähren, soweit sie diese nach seinem Dafürhalten verdient haben. Die Vorschrift ist geeignet, auf die Geistlichen demoralisierend einzuwirken. Der Regierung geht es darum, die Geistlichkeit von der Gesamtheit loszureißen, denn sie wird augenscheinlich nur solchen Pfarrern Gehaltszulagen gewähren, die an der gesellschaftlichen Arbeit entweder gar keinen Anteil nehmen oder so verfahren werden wie z. B. Pfarrer v. Mierzynski in Rakel oder Dekan Reykowski in Kruschwitz. Das gleicht dem Fagen mit Hilfe des goldenen Kalbes nach den schwachen Seelen und nach Leuten ohne Charakter unter den Kaplänen, denn leider gab es unter ihnen solche sowohl in dem früheren Kulturkampfe, wie es in dem gegenwärtigen neuen Kulturkampfe gegen die polnische Gesamtheit auch jetzt noch welche unter ihnen gibt.

Die geistlichen Behörden der Erzbischöfen Gnesen-Posen und Kulm hätten mit aller Energie gegen den § 15 des Gesetzes, der gegen die Rechte der polnischen Geistlichkeit gerichtet ist und einen nie dagewesenen Ansturm der weltlichen Behörden gegen die Autonomie der Kirche und gegen die Macht der Bischöfe über die eigene Geistlichkeit enthält, ankämpfen sollen.

Was geschieht aber?

Wir denken daran, was vorgestern Fürstbischof Kopp im Herrenhause gesagt hat.

Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, daß es sich so verhält, wie der Fürstbischof Kopp gesprochen hat.

Angeichts dessen müssen Millionen von katholischen Polen tiefes Leid gegen den Bischof Sikowski und den Kanonikus Dorzjewski empfinden (vom Kulmer Bischof sprechen wir nicht, denn er ist Deutscher und fühlt nicht mit uns), daß sie sich im entscheidenden Augenblicke nicht auf die Höhe der Situation gestellt haben, daß ihnen das Wohl der deutschen Diözesen mehr am Herzen gelegen hat, als dasjenige der eigenen Diözese, daß sie nicht einen unversöhnlichen Standpunkt eingenommen haben, um ein



Gesetz zu Falle zu bringen, das mit seinem § 15 nur die Demoralisation in die Reihen der Geistlichen tragen und eine Reihe von geistlichen Strebern erziehen wird, die wegen des Mammons und des guten Ansehens bei der Regierung auf die amtlichen Behörden mehr hören werden, als auf ihre geistliche Behörde.

Bald wird in unseren Kirchen die Klage Christi ertönen: Mein Gott, warum hast Du mich verlassen?

Die polnische Gesamtheit und ihre raren patriotischen Geistlichen rufen heute schon: Bischof Sikowski, warum hast Du uns in diesem wichtigen Augenblicke verlassen, warum hast Du nicht gezeigt, daß Du im gegebenen Augenblicke ein Befenner sein kannst, der auf keine Rücksichten dieser Welt sieht?

---

Aus Nr. 30 der Zgoda (Wanne)  
vom 11. März 1909:

Unter der Spitzmarke „Die polnische Berufsvereinigung vor dem Posener Gericht“ berichtet die „Zgoda“ über den Verlauf einer am 5. d. Mts. vor dem hiesigen Schöffengericht stattgehabten Verhandlung, in welcher die Filiale der Arbeiter des polnischen Berufsverbandes in Posen-Gurtschin wegen Übertretung des § 12 R.-V.-G. freigesprochen wurde, und knüpft daran folgende Betrachtung:

Solcher elenden Prozesse, wie der obige, gibt es viele; wir lesen, daß sich die Polizei mit Gewalt in solche Versammlungen hineinmischte, sie verbietet, oder den Veranstaltern oder denjenigen Personen, die in diesen Versammlungen polnisch sprechen, Geldstrafen auferlegt. Es sind das alles die schönen Früchte dieser berühmten Ausnahmegesetze in dem Staate, in dem nach allen Seiten hin „die Freiheit des Mannes“ verkündet wird. Solche Worte! Und was für Taten? — das sehen wir alle Tage um uns herum.

Wenn wir auf solche „berühmten“ Ausnahmegesetze sehen, die Bürgern eines Staates gegenüber nur deshalb in Anwendung gebracht werden, weil sie sich zur polnischen und nicht zur deutschen Nationalität rechnen, so kommt man schließlich zu der Überzeugung, daß wir uns in der Ära des kulturellen Rückschlittens des zwanzigsten Jahrhunderts befinden.

Ein solche Verfolgung der Polen sowohl von seiten des Regierungssystems als auch von seiten unserer „Bursenfreunde“, die Verfolgung der Polen selbst in dem Berufsverbande der Arbeiter, wo doch nur über Angelegenheiten beraten wird, die das Stücklein Brot des Arbeiters betreffen, sollte doch alle Arbeiter, die heute noch fremden Verbänden angehören und nicht unserer „Vereinigung“, dazu ermuntern, allen fremden Verbänden den Rücken zu kehren, gleichviel, ob sie christlich oder anders heißen; sie alle sind nicht für die Polen, denn man kann doch nicht dem deutschen „Tryc“ und dem polnischen „Maciek“ zugleich dienen. Also, Brüder, Landsleute, vereinigen wir uns alle wie ein Mann in unserer „Polnischen Berufsvereinigung“. Wenn wir alle unter unserer polnischen Losung arbeiten werden, dann werden wir zu großer Macht gelangen und in ihr werden wir siegen und sagen können: Die Polen oben auf!

---

Aus Nr. 62 des Wiarus Polski (Bochum)  
vom 17. März 1909:

### Die Einberufung zum Militär und die Polen.

In Sachen des Aufzeichnens des Buchstaben „P“ durch einen Gendarmen auf der Brust der gestellungs-

pflichtigen Polen in Bottrop erhielten wir eine interessante Korrespondenz aus Oberhausen, durch welche bestätigt wird, daß Ähnliches auch anderwärts geschehen ist. Das Schreiben lautet:

Oberhausen, 13. 3. 1909.

Geehrte Redaktion!

In der Freitagnummer des Wiarus Polski fragt die Redaktion an, ob es wahr sei, daß man bei den Gestellungen die Polen gefragt habe, ob sie Polen seien und ob man ihnen auf der Brust ein „P“ aufgezeichnet habe. Das ist geschehen. Als ich am 25. Februar in Oberhausen zur Gestellung war, geschah dasselbe. Als wir Polen vor den Arzt treten sollten, rief der Gendarm laut den Vor- und Zunamen eines jeden und setzte hinzu: „ein Pole“.

Weil man uns in der Bottroper Umgegend erzählte, daß nicht alle zum Militär genommen worden seien, denen der Gendarm den Buchstaben „P“ auf die Brust geschrieben habe, erscheint das Verfahren der Militärbehörde sonderbar. Sollten etwa die Ersatzbehörden die Polen, insbesondere die unentschiedenen, einschüchtern wollen, daß sie sich nicht zu ihrer Nationalität bekennen sollten?

Auch das erscheint zweifelhaft, denn nach den Kriegsartikeln wird das Belügen der Vorgesetzten streng bestraft. Die Gestellungspflichtigen stehen aber am Tage der Gestellung unter den Kriegsartikeln!

---

Aus Nr. 66 des Wiarus Polski (Bochum)  
vom 21. März 1909:

### Ein neuer Sokol-Verein in der Fremde.

In Westerfelde ist ein Sokol-Verein gegründet worden, dem 22 Kameraden als Mitglieder beitraten. In den Vorstand wurden gewählt:

Kasim. Nowak, Vors., Ign. Dawid, Schriftf.,  
Andr. Krystek, Kass., Peter Wojtka, Turnw.

---

Aus Nr. 65 des Wiarus Polski (Bochum)  
vom 20. März 1909:

### Ein neuer Sokolverein in der Fremde.

Aus Recklinghausen teilt man uns mit, daß auf Veranlassung dortiger Landsleute ein neuer Sokolverein gegründet worden sei.

In den Vorstand wurden gewählt:

Anton Przybyl, Vors., Martin Golus, Schriftf.,  
Frz. Gosciniaf, Kass., Tom. Pazola, Turnw., Martin Gawron, Stellvertreter.

Als Mitglieder ließen sich 58 Kameraden aufnehmen.

---

Aus Nr. 56 des Wiarus Polski (Bochum)  
vom 10. März 1909:

### Über die Frauen-Sokolvereine.

Augenblicklich leben wir in einer Zeit, in der sich die Leute mehr als sonst in Vereinen zusammenschließen, um als Organisierte mit vereinten Kräften das Ziel, nach welchem sie streben, zu erreichen. Niemand kann bestreiten, daß die polnischen Vereine in der Fremde sehr viel Gutes geschaffen haben und mancher Landsmann seiner Zugehörigkeit zu diesem Vereine zu verdanken hat, daß er unter den ihn umgebenden Gefahren auf dem rechten Wege geblieben ist. Neben



guten und segensreich wirkenden Vereinen gibt es auch solche, die geradezu unnötig und schädlich sind.

Wir können z. B. kein erhebendes Ziel in den sogenannten Lotterievereinen erblicken, in denen die Mitglieder hohe Monatsbeiträge nur deshalb zahlen, damit das blinde Glück sie ein großes Los gewinnen lasse. Wieviel Geld wird dort umsonst ausgegeben? Wäre es nicht viel nutzbringender, dieses Geld in der Sparkasse niederzulegen, wo es sicher wäre und außerdem Zinsen brächte, anstatt es für das blinde Glück in der Lotterie auszugeben?

Ebenso sehen wir auch die Theatervereine als solche Vereine an, die wenig Nutzen bringen. Unserer Meinung nach finden sich in jedem Vereine geeignete Kräfte zu Liebhaber-Theateraufführungen. Sind deswegen besondere Theatervereine nicht überflüssig?

Ferner sind nicht nur die sozialistischen und die ihnen verwandten Vereine für unsere Gemeinschaft schädlich wirkend, sondern auch diejenigen, welche zu oft und zu lange währende Vergnügungen veranstalten. Während einige Vereine sich mit einem Vergnügen außer der Weihnachts- und Osterfeier begnügen, dafür aber öfter belehrende Vorträge mit Lichtbildern veranstalten, haben andere Vereine vier bis sechs Feste im Jahre. Nehmen wir an, daß in einem Orte mehrere Vereine bestehen, so kommt es vor, daß manchmal an jedem Sonntage ein Vereinsvergnügen abgehalten wird. Ist das für die Jugend kein tatsächlicher Anreiz, die schwer verdienten Groschen zu vergeuden und sich dem Trunke zu ergeben?

Zu den überflüssigen Vereinen zähle ich in der Fremde auch die Frauenabteilungen der Sokolvereine. Es ist ein alter Grundsatz, daß sich nicht alles für alle eignet. Wenn auch solche Abteilungen in anderen Gegenden eine Berechtigung haben sollten, so folgert daraus noch nicht, daß auch in der Fremde Frauenabteilungen der Sokolvereine unbedingt sein müssen. Ich halte sie in mancher Hinsicht sogar für schädlich.

Zunächst mangelt es in der Fremde an geeigneten weiblichen Kräften, welche die Übungen leiten könnten. Die angeborene Schüchternheit und Scham verbietet es dem weiblichen Geschlecht, gemeinsam mit den Männern zu üben. Ferner bezweifle ich auch, ob bei solchen Übungen die erforderliche Aufsicht herrschen würde. Der größere Teil der Sokols besteht aus jungen unverheirateten Arbeitern, die der Arbeit wegen erst des Abends zu den Übungen erscheinen können. Soweit ich es beurteile, könnten auch die Übungen der Frauenabteilungen erst abends stattfinden. Wer sollte aber in später Nacht die polnischen Mädchen beschützen? Schon die Rücksicht auf die moralischen Gefahren spricht dagegen, solche Abteilungen in der Fremde einzurichten.

Nebenbei mache ich die Mädchen darauf aufmerksam, daß sie gegebenenfalls nicht nur die Schönheit ihrer Seele, sondern auch die ihres Körpers der Gefahr aussetzen, da es doch eine bekannte Tatsache ist, daß alle Frauen, die sich eifrig der Gymnastik widmen, ihre Schönheit einbüßen und häßlich werden, indem ihr Gesicht scharfe Züge annimmt.

Giebt es denn schließlich für unsere Mädchen und Frauen in der Fremde keine nützlichere Beschäftigung als die Gymnastik? Der überwiegende Teil unserer Gesamtheit in der Fremde gehört dem Arbeiterstande an. Dieser Beruf bringt an und für sich durch die tägliche Arbeit soviel Gymnastik den Frauen, daß ihre müden Hände und Füße des Abends sich mehr nach gesunder Ruhe, als nach weiterer Qual durch die Gymnastik sehnen.

Dem größten Teil der Frauen ist die Zugehörigkeit zu den Frauenabteilungen der Sokolvereine überhaupt unmöglich. Den Mädchen gebe ich daher den Rat,

die freie Abendzeit lieber zum Lesen guter Bücher zu verwenden, als bei gefährlichen Übungen darüber nachzudenken, wie die Zeit totzuschlagen sei.

Heutzutage hören wir oft die Klage, daß die jungen Frauen so wenig Ahnung vom Kochen, vom Haushalt, vom Flicken usw. haben. Würden die erwachsenen Töchter nicht weit besser ihre freien Augenblicke ausnützen, wenn sie unter den Augen der Mutter oder Wirtschaftlerin sich die notwendigen Kenntnisse aneigneten? Wird ein Mädchen, das in der Gymnastik zwar sehr geübt, dafür aber in der Hauswirtschaft nicht bewandert ist, später als Frau ihren Mann glücklich machen können? Solch eine Frau, die weder kochen, noch vernünftig und sparsam zu wirtschaften versteht, wird die Ursache eines unglücklichen Familienlebens. Darum rate ich allen polnischen Mädchen in der Fremde, ihre freie Zeit zu nützlicheren Sachen als für die Gymnastik zu verwenden.

Die Eltern und Vormünder ermahne ich ebenfalls, ihre Elternpflicht zu erfüllen und die unerfahrenen Mädchen vor unverständigen und schädlichen Anwandlungen zu schützen.

Dagegen empfehle ich warm, solchen Frauenvereinen beizutreten, in denen sie edleren Unterricht empfangen, der ihrem Geschlechte angemessen ist. Um geeignete Aufnahme obiger Ausführungen bittet uns aufrichtig um Wohlwollen für unsere Gesamtheit alle Gutedenkenden.

Geistlicher Landsmann.

Wir konnten die Gastfreundschaft in den Spalten des *Wiarus Polski* dem polnischen Kaplan, der den Pflichten seines Amtes gemäß seine warnende Stimme erhebt, nicht verweigern. Obgleich wir die Nützlichkeit der Gymnastik auch für die Frauen anerkennen, geben wir doch zu, daß Frauenabteilungen der Sokolvereine nur dort angebracht sind, wo die Übungen zu geeigneter Zeit stattfinden, z. B. am Sonntag nachmittag und dort, wo die Eltern ihre Töchter gehörig beaufsichtigen und diese sich nicht selbst überlassen sind. Dieser Schutz und diese Aufsicht sind aber nicht nur in den Sokols, sondern auch in anderen Vereinen und besonders bei den Festen in gleichem Maße erforderlich.

Aus Nr. 6 des Sokół (Posen)

vom 15. März 1909:

Grünnigfeld.

Am 31. Januar 1908 zählte unser Verein 48 Mitglieder. Im Laufe des Jahres sind 11 neu eingetreten, gestrichen wegen Nichtzahlung des Beitrages wurden 18; es bleiben für das laufende Jahr 30 Kameraden.

Es wurden 14 Versammlungen abgehalten. Der Verein besitzt eine 52 Bände zählende Bibliothek, 1 Reck, 1 Barren, 1 Sprunggestell, 1 Matratze, 26 Fähnchen, 1 Büchse, 10 Sprungtangen und 26 Turnstäbe. Geübt wurde zwei mal in der Woche, Dienstag und Donnerstag. Es waren 192,66 Mk. Einnahmen und 164,57 Mk. Ausgaben; in der Kasse verbleiben 61,11 Mk. In den Vorstand sind gewählt worden: Johann Plocinjak als Vorsitzender, Stanisł. Tuszynski als Schriftwart, Walentin Szymyski als Kassenwart, Johann Ruberski als Bibliothekar. Beiräte sind Andreas Szary, Johann Malejzka und Adalbert Bronka. Turnwart ist Valentin Matyjaszyk (Kaiserstr. 21). Unterturnwart ist Martin Kaluzny. — Die Versammlungen finden jeden 3. Sonntag im Monat, die Übungsabende jeden Dienstag und Donnerstag abends von 6—8 Uhr statt.

Johann Plocinjak  
Vorsitzender,  
Kirchstr. 1.

St. Tuszynski,  
Schriftwart,  
Kirchstr. 48.



Aus Nr. 6 des Sokół (Posen)  
vom 15. März 1909:

Grohn.

Die Generalversammlung fand am 28. Februar d. J. statt. Es wurden 16 Versammlungen abgehalten. Der Verein zählt gegenwärtig 43 Kameraden. Es waren 743,20 *M* Einnahmen und 762,62 *M* Ausgaben. Es verbleibt in der Kasse ein Defizit von 19,42 *M*. In den Vorstand gehören: Stanisł. Gabrys als Vorsitzender, Adalbert Mikolajczyk als Stellvertreter, Johann Kubiak als Schriftwart, Stanisł. Wyrwas als Stellvertreter, Franz Domagala als Kassenwart, Andreas Nowaczyk als Turnwart, Rafimír Jużczak als Stellvertreter. Kassenrevisoren sind: Josef Sobczak, Anton Galas, Franz Piosek. Sämtliche Briefe sind an den Vorsitzenden Stanisł. Gabrys, Johannesstamm 417, zu senden.

St. Gabrys, Vorsitzender. J. Kubiak, Schriftwart.

Aus Nr. 6 des Sokół (Posen)  
vom 15. März 1909:

Bochum-Wiemelhausen.

Sonntag, den 14. Februar d. J. hielt der Sokół seine Generalversammlung ab. Nach Erledigung von kleineren Angelegenheiten erstattete der Schriftwart den Jahresbericht. Es wurden 13 Versammlungen abgehalten. Die Sitzungen werden regelmäßig jeden zweiten Sonntag im Monat abgehalten. Der Verein nahm teil an der Bezirks- und Gauversammlung. Es wurden 7 Ausflüge unternommen. Am Stichtagsfeste nahmen 6 Brudervereine teil. Geübt wird jeden Dienstag und Donnerstag von 6 Uhr abends ab. Der Verein besitzt 1 Ref., 1 Barren, 1 Sprunggestell, 20 Turnstäbe, 40 Fähnchen, 1 Matratze, 1 Schrank und 12 Lanzen. Auch eine Bibliothek mit 20 Bänden, zwei Kosciuszko-Bildnisse, ein Johann Sobieski-Bild und ein Bild betitelt „Die Ehre Polens“ nennt er sein Eigentum. Der Verein hatte 603,60 *M* Einnahmen und 561,88 *M* Ausgaben; es verbleiben in der Kasse 41,72 *M*. In den Vorstand gehören: Michael Lukaszewski als Vorsitzender, W. Ptak als dessen Stellvertreter, A. Pawlowski als Schriftwart, Johann Glowacz als Kassenwart, Johann Damski als Turnwart, St. Konieczny als Unterturnwart, J. Teklik als Bibliothekar. In den Beirat gehören: M. Blaszk, W. Kasprzak und J. Jankowiak. Kassenrevisoren sind: Jg. Bogajewski, Fr. Glowacz und L. Malecki.

|                            |                       |
|----------------------------|-----------------------|
| M. Lukaszewski,            | A. Pawlowski,         |
| Vorsitzender,              | Schriftwart,          |
| Dernburg, Stieplerstr. 53. | Wiemelhauserstr. 366. |

## Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 106 der Nowa Reforma (Kraľau)  
vom 6. März 1909:

### Männliche und weibliche Arbeitervereine.

Posen, den 4. März.

Die mächtige, stets vorwärts schreitende Entwicklung der Berufsorganisationen ist die treffendste Erscheinung der Gegenwart. Außer anderen Vereinen lenken besonders zwei die Aufmerksamkeit auf sich. Sie stehen unter der Leitung der Geistlichkeit, letztere wird sie später weltlichen Personen übertragen, sobald sich genügende Kräfte zur Übernahme der Leitung werden herangebildet haben. Als solche gelten die

schon heute aus der Mitte der Vereine gewählten Vertrauensmännern der Arbeiter. Bei dem hervorragend nationalen Charakter unserer Geistlichkeit ist vorläufig nicht zu befürchten, daß sich in die unter dem Protektorate der Kirche stehenden Organisationen die Germanisierung eindringen könnte. Dagegen ist begründete Hoffnung, daß, falls sich die gegenwärtigen Verhältnisse ändern und die Kirche in eine noch größere Abhängigkeit von der preussischen Regierung geraten sollte — ein deutscher Erzbischof, eine vollständige Germanisierung der Konsistorien — die Selbständigkeit des Volkes in diesen Vereinen derartig ausgebildet sein wird, daß sie auch dieser Gefahr mit Erfolg begegnen werden. In dieser Hinsicht können wir ruhig in die Zukunft blicken.

Die harte Schule unseres gesellschaftlichen und politischen Lebens muß allmählich der Nation klar ihre Aufgabe auffassende Individuen aus der Mitte der Arbeiterbevölkerung auf dem Dorfe und in der Stadt geben.

Betrachten wir uns einmal die verwandten Organisationen, deren Verbandsvorstände dieser Tage ihre Jahresversammlungen abgehalten haben. Der Verband polnisch-katholischer Arbeitervereine zählt 205 Parochialorganisationen mit zusammen 29100 Mitgliedern. Einige Vereine zählen je 150 und mehr Mitglieder. Eigene Bibliotheken besitzt der Verband 114 mit 18245 Büchern. Der Verband erleichtert den Erwerb fertiger vollständiger Büchereien durch Ratenzahlungen. Vergnügungen verbunden mit Deklamationen, Liebhaber-Theatervorstellungen, Lichtbildervorführungen finden in jedem Verein mindestens zweimal jährlich statt. Veranstaltet werden sie ausschließlich in geschlossener Gesellschaft, zu welcher nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen die Polizei keinen Zutritt hat. Der Verband besitzt 138 Sterbekassen, die zu dem Begräbnis eines Vereinsmitgliedes oder einer Person aus seiner Familie im Jahre 1908: 16822 Mk. ausgezahlt haben. Die Versammlungen finden in den immer zahlreicher zur Verfügung stehenden Parochialsälen statt, öffentliche Lokale, Kneipen und Gasthäuser werden immer mehr gemieden.

Die Seele des Verbandes ist der Generalsekretär, Kanonikus St. Adamski, gleichzeitig Redakteur der Wochenschrift Robotnik, welche jedes Mitglied durch seinen Verein unentgeltlich erhält. Der Verband unterhält aus den Beiträgen der einzelnen Vereine das Blatt sowie sieben Rechtsschutzbureaus. Vorträge beruflichen, wissenschaftlichen und nationalen Inhalts, Unterhaltungen, Unterrichten der Kinder im polnischen Lesen und Schreiben, Gesang und gegenseitige Hilfe, dies ist der Hauptinhalt des Programms der Monatsversammlungen der einzelnen Vereine. Verbandsvorsitzender ist der verdienstvolle Reichs- und Landtagsabgeordnete, Prälat Stychel.

Verbandsvorsitzender der Arbeiterinnenvereine ist der vorerwähnte Geistliche Adamski, der in seiner Person beide Organisationen vereinigt. Die Frauenorganisation besteht erst seit drei Jahren und zählt in 13 Vereinen 4623 Mitglieder. Der Verband der Arbeiterinnenvereine ist in erster Linie eine wirtschaftliche Einrichtung. Als solche strebt er dahin, seinen programmäßige Arbeit auf eine starke Unterlage der Zentralkassen zu stützen. Er besitzt eine Kranken-, Hilfs- und Sterbehilfskasse. Ferner sorgt er für billigere Warenpreise, für billigere Nähmaschinen, organisiert Ausstellungen von Frauenarbeiten, meist zu dem Zwecke, um an diesen den Besuchern zu zeigen, wie niedrig der stellenweise nur 12½ Pfennige für die Stunde betragende Lohn bemessen ist.

Der Verband setzte die Schließung der Schankwirtschaften an den Sonntagen während des Gottes-



dienstes durch und führte einen sozialen Kursus für Frauen ein, welcher infolge des Sprachengesetzes in Starolenka bei Posen abgehalten werden mußte. Das Ergebnis dieser Versammlung war die Gründung eines Verbandes von Frauenbildungsvereinen, der die Arbeiten und Zwecke der Wirtschaftsverbände vervollständigen soll. Der Kassenumsatz betrug schon nach drei Jahren 15 000 Mark. Der Verband besitzt sein eigenes Organ: die „Gazeta dla Kobiet“ („Frauenzeitung“).

Namentlich die letztere Organisation fängt soeben erst an sich zu entwickeln, trotzdem aber, dank der unermüdlichen Arbeit der Geistlichkeit, macht sie schnelle Fortschritte. Zu ihrer selbständigen Vervollständigung trägt der erwähnte **Verband der Frauenbildungsvereine bei, die sich vollständig auf den nationalen Standpunkt gestellt haben.** Eine weitere Erscheinung der sozialen Entwicklung war die Generalversammlung großpolnischer Kaufleute in Pleschen, zu welcher 150 Personen erschienen waren. Vorsitzender ist Stephan Cegielski, dessen Vertreter der Buchhändler Jarosław Leitgeber in Posen. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete die Frage der berufsmäßigen Ausbildung junger kaufmännischer Kräfte und die Gründung eines kaufmännischen Unterstützungsvereins. Diese Tatsache liefert den Beweis der Lebensfähigkeit und der erwachenden Stärke in dem Kaufmannsstande. Ob dies jedoch ein wohlüberlegter Schritt war, ist zu bezweifeln, wenn man erwägt, daß der Marcinkowski-Verein den dritten Teil seiner Einnahmen zur Ausbildung der kaufmännischen Jugend verwendet. Es wird also eine wettbewerbbende Organisation — im edlen Sinne dieses Wortes — geschaffen, und durch die Teilung werden beide Organisationen geschwächt. Jedenfalls hat man richtig gehandelt, indem man von vornherein im Falle der Auflösung die etwaigen Mittel dem Marcinkowski-Verein überwies.

Zum Zwecke der Prüfung der Frage betreffend die Gründung eines polnischen Warenhauses wurde eine besondere Kommission gewählt.

Aus Nr. 70 des Kurjer Warszawski (Warschau)

vom 11. März 1909:

### Ein kassubischer Gesellschaftsabend.

Posener Blätter teilen mit, daß es den Bemühungen des Abgeordneten Bernhard v. Chrzanowski gelungen sei, in Posen einen schönen kassubischen Gesellschaftsabend zu veranstalten. Es handelte sich darum, Großpolen an das „polnische Meer“ und an das an der Küste der Ostsee wohnende Kassubentum, das unter den traurigsten Lebensverhältnissen um seine polnische Sprache und sein polnisches Vaterland kämpft, zu erinnern.

Die Eröffnungsrede hielt der Anreger, der Abgeordnete Bernhard v. Chrzanowski selbst. Er schilderte in kurzen und bündigen Worten die Bedeutung des Kassubentums für ganz Polen. Jede, auch die kleinste Nation müßte, wenn sie sich keinen weiteren Hoffnungen hingibt, für einen „Ausblick nach dem Meere“ sorgen — das Meer verbindet nämlich direkt alle Nationen mit einander. Wir grenzen, infolge unserer geschichtlichen Entwicklung, mit einem verhältnismäßig nur kurzen Küstenstrich, nämlich mit der Kassubei oder dem Danziger Pommerellenlande, an das Meer. Es ist dies für uns ein ungeheuer wichtiger Landesteil, obwohl er in Wirklichkeit von dem übrigen Polen recht stiefmütterlich behandelt wird. Auf die Wichtigkeit dieses Landesteils aufmerksam zu machen, ihn kennen zu lernen und sich für ihn zu interessieren — das ist der Zweck des kassubischen Gesellschaftsabends.

Hierauf hielt Dr. Alexander Majkowski aus Berent, ein geborener Kassube, Kenner der dortigen Verhältnisse und Herausgeber des einzigen wissenschaftlichen Blattes für die Kassubei, des „Gryf“, einen längeren Vortrag über denjenigen Teil der Kassubei, der für uns bereits verloren zu sein scheint. Es ist dies das Land an der Mündung der Leba und Stolpe, in der heutigen Provinz Pommern gelegen. Redner schilderte die traurige Lage des aussterbenden Kassubentums in den Kreisen, die einstmals zur Republik gehörten, jedoch bereits im Jahre 1660 von Polen losgetrennt, sich allmählich vollständig entnationalisierten. Aus dem Beispiel dieses unglückseligen Teiles müßten wir uns eine Lehre ziehen, dann würde nicht dasselbe traurige Los denjenigen Teil des Kassubenlandes treffen, der bis auf den heutigen Tag polnisch geblieben ist.

Die Lichtbilder, für welche der Abgeordnete v. Chrzanowski während seiner Ausflüge nach den Danziger Pommerellen die Aufnahme gemacht hatte, füllten den weiteren Teil des Gesellschaftsabends aus.

Die genaue Erklärung der Lichtbilder übernahm v. Chrzanowski selbst; sie gaben den Versammelten einen gewissen Begriff von der Schönheit der Kassubei, von den Eigentümlichkeiten und Gewohnheiten ihrer Einwohner. Mit der Aufforderung, diesem Lande mehr Aufmerksamkeit zu schenken und es immer zahlreicher zu besuchen, schloß Redner seinen schönen Vortrag. Den Rest des Programms bildeten Deklamationen aus kassubischen Werken, wie das Märchen von Ceynowa, unter dem Titel: „Die Helaer Glocken“, „Auf dem Orhöfter Werder“ und die „Kassubisch-pommerische Sprache“ aus der Liederammlung des Alexander Majkowski. Diese Deklamationen trug mit der ihm eigenen Schneidigkeit Dr. Franz Schröder vor, der sich lange Jahre hindurch in der Kassubei aufhielt. Drei Seelieder wurden mit angenehmer und lieblicher Stimme von Fräulein B. aus Gnesen und zum Schluß von einem Männerchor, unter der Leitung des Herrn Tiebach, das „Fischerlied von Hela“ vorgetragen.

Den Veranstalter dieses ersten kassubischen Gesellschaftsabends gebühren Worte herzlicher Anerkennung. Zum erstenmal ließen sich in Posen von der Estrade her Töne der kassubischen Sprache vernehmen. Wir wollen hoffen, daß sie sich von jetzt ab öfter wiederholen werden.

Aus der Głos Narodu

vom 17. März 1909:

### Die Stimme eines Arbeiters an die Brüder und an die Volksgeamtheit.

In dem von zwei Seiten, der sozialistischen und der tschechischen Seite, bedrohten Posten Laza (bei Freystadt in Österreichisch-Schlesien) ist vor etwa 2 Jahren eine polnische, christliche Arbeiterorganisation gegründet worden. Man hat uns im Schacht und in den Versammlungen terrorisiert, man hat durch Verlächen und sogar mit der Keule versucht, die Arbeiter dieser nützlichen Organisation abwendig zu machen, aber wir haben glücklich alles überstanden und unsere Organisation hat sich sogar so gut entwickelt, daß sie daran dachte, ein eigenes Haus zu kaufen. Diese Absicht wurde im vergangenen Sommer in die Tat umgesetzt. Wir haben ein Haus gekauft, haben gegründet und in ihm untergebracht eine christliche Konsumgenossenschaft und eine Kasseisenkasse, und die Sache wäre weiter günstig vorwärts gegangen, wenn diesem nicht der Feind aller, auch der mächtigsten Institutionen, hindernd im Wege gestanden hätte, nämlich der Mangel an Fonds. Leider macht sich dieser Mangel auch bei uns empfindlich bemerkbar. Wir haben allerdings mit leeren Händen



begonnen, aber wir haben dreist begonnen, vertrauend auf die brüderliche Hilfe, denn eine Rettung vor dem doppelten Feinde haben wir nur in der Schaffung eines eigenen Heims gesehen.

Gegenwärtig sind wir gezwungen, an die Barmherzigkeit der brüderlichen Herzen zu appellieren und sie um Hilfe zu bitten, um den mit so vieler Mühe errichteten christlich-nationalen Posten halten zu können. Wir sind davon überzeugt, daß sich gegenwärtig die guten Zwecke, die die Opferwilligkeit der Gesamtheit in Anspruch nehmen, sehr vermehrt haben, daß auch der Stand des Vermögens nicht jedem gestattet, überall dort Hilfe zu bringen, wo Hilfe am Plage wäre. Und trotzdem wagen wir es, die Hand zu euch, ihr Brüder Landsleute, auszustrecken, denn wer wird uns helfen, wenn wir dies nicht gegenseitig tun. Der reiche Jude gibt uns nicht einen Heller, die andern Feinde warten nur auf unsern Fall.

An euch, ihr Landsleute, in deren Herzen der Glaube und mit ihm das Gefühl der Selbstverteidigung gegenüber den Feinden des Glaubens und der Nationalität noch nicht erstorben ist, an euch wenden wir uns mit der innigen Bitte, und wir hegen die feste Hoffnung, daß unsere Stimme nicht ohne Widerhall verklingen wird, besonders weil jeder für das Arbeiterhaus gespendete Groschen uns nicht nur zur tiefen Dankbarkeit gegenüber den edelmütigen Spendern verpflichtet, sondern auch zum Siege der in unserer Gegend so sehr bedrohten nationalen, christlichen Sache beitragen wird.

Gütige Gaben bitten wir an die Expedition des Głos Narodu oder direkt an den Geistlichen Aloisius Galuszki, Biskup in Łaza, zu senden.

Der Vorstand der Ortsgruppe  
des polnischen Berufsverbandes christlicher Arbeiter.

Adalbert Rajzar, Vorsitzender,  
Johann Granica, Schriftführer.

Aus Nr. 63 des Przegląd (Lemberg)  
vom 18. März 1909:

### **Tschechisch-polnische Streitigkeiten in Schlesien.**

Unsere Landsleute in Österreichisch-Schlesien werden überall verfolgt, wo sie in der Minderheit sind, und zwar in den einen Orten von Deutschen, in den andern Orten von den Tschechen. Der Chauvinismus ist die Blüte der Pflanze Radikalismus, und da die Tschechen radikaler als die Deutschen sind, so kann man sich über die Ansicht der schlesischen Polen, daß der Tscheche schlimmer als der Deutsche ist, nicht wundern. In der Tat gibt es Orte, in denen die deutsche Majorität Volksschulen für die polnische Minorität gegründet hat, aber es gibt nicht einen einzigen Ort, an welchem die tschechische Majorität ebenso gehandelt hätte. Bis vor kurzem hat dies zu irgendwelchen Streitigkeiten nicht geführt. Der polnische Arbeiter kümmerte sich entweder gar nicht um die Schule für seine Kinder, oder er sah sie nur als einen Unterkunftsort an, in welchem sich sein Kind unter irgend jemandes Aufsicht befindet, während er selbst und seine Frau in der Kohlengrube oder in der Fabrik arbeiten. Die Tschechen nutzten dies aus. Die Ähnlichkeit der Sprache und die konfessionelle Gemeinschaft erleichterten ihnen unendlich das Tschechisieren des polnischen Volkes. Sehr häufig begannen nicht nur die Kinder unserer Arbeiter, sondern auch diese selbst, nach längerem Aufenthalt in einer Gegend, die eine tschechische Majorität hatte, sich als Tschechen zu betrachten. Gewöhnlich sagten sie jenen, die sie deshalb zur Rede stellten, daß das alles gleich

wäre. Aber diese Gleichgültigkeit der nationalen Frage gehört jetzt der Vergangenheit an. Unsere Arbeiter empfanden die Hintanziehung, empfanden die Ungerechtigkeit derselben, forderten Rechte. Seitdem entbrannte überall der Kampf um die Schule. Die Deutschen verstanden es immer, zur rechten Zeit nachzugeben, sobald sie sahen, daß sie das Spiel nicht gewinnen würden, während die Tschechen in der Regel nicht nachgiebig waren. Deshalb gerade besteht auch zwischen ihnen und uns in Schlesien eine bedeutend größere Feindschaft, als zwischen uns und den Deutschen. Nicht wenig Schuld trägt hieran die tschechische Presse, denn anstatt das gewalttätige Vorgehen ihrer schlesischen Landsleute zu hemmen, hat sie sich nur sehr über die Zankucht der Polen gewundert und unsere Bevölkerung davon überzeugt, daß sie aus solchen Kleinigkeiten nicht so große Geschichten machen dürfe, weil beide Nationen im Deutschen einen gemeinsamen Gegner besäßen. Die Zankucht der Polen sei die einzige Ursache der Differenzen. Das behaupten ständig die Tschechen. Nur die Krakauer Monatschrift Swiat Slowianski (Slawische Welt) erklärt die Sache anders, und weil sie als Kennerin aller slawischen Angelegenheiten gilt, geben wir ihre Ansicht wieder. Angeblich sind an allem die Deutschen schuld, denn sie sprechen vertraulich mit den Räten der Städte, die eine tschechische Mehrheit haben und teilen ihnen mit, daß sie aufhören würden, Schulabgaben zu zahlen, wenn der öffentliche Groschen für polnische Schulen ausgegeben würde. Deshalb könnten jene Stadträte trotz des besten Willens die polnischen Wünsche nicht erfüllen. Es kann so sein, aber in einem solchen Falle würden die Deutschen sehr merkwürdig handeln, daß sie den Tschechen helfen, die polnische Bevölkerung zu tschechisieren. Wozu sollte ihnen dies helfen?

In jedem Falle ist mit der allergrößten polnisch-tschechische Zwiespalt in Polnisch-Ostau, einer wohlhabenden Stadt, deren Stadtrat sich überwiegend aus Tschechen zusammensetzt, ausgebrochen. Die polnische Bevölkerung ist dort zahlreich vertreten und sie hält sich infolge der gut organisierten Verbände solidarisch. Sie hat polnische Schulen verlangt und natürlich eine abschlägige Antwort erhalten. Sie unterhielt eine eigene Schule, aber sie forderte ständig, daß diese auf den städtischen Etat übernommen werden sollte. Diese wurde unbedingt notwendig, da mit jedem Jahr die Zahl der Kinder so wuchs, daß die Privatspenden für die Schule nicht ausreichten. Die Differenzen spitzten sich in einem solchen Grade zu, daß die Eltern die tschechischen Schulen zu boykottieren beschlossen und den Streit ankündigten. Dies könnte, wie es in Böhmen der Fall war, zu Straßenunruhen führen, was sich vernünftige Bürger allerdings nicht wünschen können, da Unruhen in einer Industriestadt, wie es Polnisch-Ostau ist, den wirtschaftlichen Interessen bedeutend mehr schaden würden, als dies wo anders der Fall sein würde. Hier würde entschieden keine deutsche Intrigue im Spiele sein, da die Fabrikanten in einem besonderen Aufruf den Stadtrat aufgefordert haben, den Streit beizulegen. Aber der Stadtrat widersetzte sich. Er war zunächst nicht beschlußfähig und dann verschwand die Angelegenheit der polnischen Schule wegen der vorgerückten Stunde von der Tagesordnung. Inzwischen begann sich die polnische Bevölkerung zu empören. Sie veranstaltete fortwährend Versammlungen und beriet immer erbitterter.

Schließlich wurde dies sehr glücklich durch die Erklärung der Regierung beendet, daß sie eine polnische Staatsschule eröffnen würde. Unser Volk wird also das haben, was ihm mit Recht gebührt. Aber sein Verhalten zu den Böhmen wird wahrhaftig nicht besser werden.



Aus Nr. 63 des Czas (Kraſau)  
vom 18. März 1909:

### Die Sachſengänger.

Seit einer Woche bereits herrſcht eine ungewöhnliche Bewegung unter den Arbeitern, die ſich nach Preußen und Deutſchland auf Arbeit begeben. Die Eiſenbahn befördert 1000 bis 2000 Arbeiter täglich aus dem ganzen Lande. Auf dem Bahnhofe in Kraſau lagern ganze Haufen von Menſchen, die in den Doppelzügen keinen Platz finden können und auf die nächſten Züge warten. Die Verbleibenden beneiden die Abreisenden, indem ſie der Anſicht ſind, daß ſie ihnen zuvorkommen und eher Arbeit finden werden. Es reiſen in Mengen nicht nur polniſche und rutheniſche Arbeiter, Männer und Frauen aus ganz Galizien, ſondern auch ſehr viele Leute aus dem Königreich Polen. Es iſt anzunehmen, daß bei einem ſo ſtarken Angebot arbeitſuchender Hände die Arbeitslöhne heruntergehen werden und daß viele keine Arbeit finden werden. Durch Kraſau kehren dann auch ſchon die jüngeren und ſchwächeren Arbeiter zurück, die tagelang in Myſlowitz vergeblich warten und, nachdem ſie keinen Vertrag abgeſchloſſen, jezt, nach Erſchöpfung aller auf die Reiſe mitgenommenen Mittel, in die Heimat zurückkehren müſſen. Auf dem Menſchenmarkte in Myſlowitz werden vor allen Dingen die beſtgebauten Leute zur Arbeit ausgeſucht. Durch unſere Stadt ziehen haufenweiſe die Arbeiter und begeben ſich nach dem Arbeitsvermittlungsamte, welches eine ſehr rege Tätigkeit im Intereſſe der Arbeiter entwickelt.

Aus Nr. 23 des Wiek Nowy (Lemberg)  
vom 17. November 1908:

### Die hakaſtiſche Arbeit in Galizien und in der Buſowina.

Mit großer Aufmerkſamkeit verfolgen wir die Fortſchritte des in unſerem Lande ſich immer tiefer einwurzelnden Hakaſtismus und richten die Augen unſerer Geſellſchaft auf die in unſerem Lande wachſende Hydra, die uns von Tag zu Tag immer gefährlicher wird.

Die von uns in letzter Zeit — namentlich in Struj — gemachten Entdeckungen entſachten eine förmliche Wut im Lager unſerer hausbackenen Hakaſten, die uns mit einem wahren Hagel von Berichtigungen, Lügen und Drohungen überſchütteten. Wir können dieſen Herren die Verſicherung geben, daß uns nichts abhalten wird, das zu tun, was wir für unſere publiſtiſche und nationale Pflicht halten, unſere Leſer aber bitten wir, uns bei dieſer Arbeit möglichſt zu unterſtützen.

Heute bringen wir einen Artikel aus Tſchernowitz, der zum Teil die Pläne dieſer unſerer „Buſenfreunde“ entſtellt:

„Nach langem Schweigen ergriffen die braven „Buſowinaer Nachrichten“ das Wort und brachten einen aus dem „Deutſchen Volksblatt für Galizien“ abgedruckten, gehäſſigen Artikel gegen die Polen, indem ſie ihn mit Kommentaren eigenen Fabrikats verſahen. Vorher brauchten die Herren Alldeutſchen die polniſchen Stimmen bei den Stadtverordnetenwahlen, jezt brauchen ſie die Polen nicht, alſo huſch, huſch gegen ſie!

Beide Schandblätter beſprechen die Autonomie Galiziens und ſchildern ſie als eine drohende Gefahr für ganz Öſterreich. Der Verfaſſer des Artikels wendet ſich an alle öſterreichiſch fühlenden und denkenden Elemente (preußiſche Perfidie), ſie möchten ſich, falls ſie Öſterreich erhalten wollten, feſt zuſammen-

ſchließen. Es iſt dies ein geſchicktes Kompliment für die Ruthenen, deren Loyalität der Verfaſſer ſehr hochſchätzt.

„Die Deutſchen der drei Karpathenländer, d. i. Galiziens, Schleiſiens und der Buſowina, müßten ſich zuſammenschließen“ — bemerkt der Artikelverfaſſer. „Vor allen Dingen würde das entſchiedene Auftreten der Deutſchen einen guten Eindruck nicht nur auf die Freunde, ſondern auch auf die Feinde unſerer Nation machen. Die Deutſchen in den Alpen- und Subetenländern begreifen bis jezt noch nicht, welche wichtige Aufgabe unſere Vorpoſten in den Karpathenländern haben. Bis jezt ſehen die dortigen Deutſchen ganz naiv und gleichgültig zu, was die Herren Polen in Galizien treiben und erlauben ihnen, einen Staat im Staate zu bilden. Abgeſehen vom Schaden, den ſie den Ruthenen in Galizien zufügen, die einzig und allein von allen Slawen Freunde des Deutſchtums ſind (aha!), ſchadet ihr Verhalten unter allen Umſtänden dem deutſchen Intereſſe. Nimmt denn jemand an, das autonome Galizien werde ſich der Intereſſen Öſterreichs annehmen? Für die Polen bildet die Autonomie nur einen Durchgangspunkt, ſie ſtreben dauernd nach der Loſreiſung von Öſterreich und nach der Wiedererrichtung des früheren Polenreiches.

Sie ſprechen ganz offen davon und wenn ſie es auch nicht einräumen, ſo muß man nur ein Jahr in Lemberg oder in Kraſau gewohnt haben und jeder wird ſich von der nackten Wahrheit überzeugen.

Der Höllehaß, mit welchem die polniſche Preſſe die deutſche Organiſation in Galizien angriff, läßt ſich leicht erklären durch die Angst, die öſterreichiſch-deutſche Idee könnte unter den dortigen Deutſchen Anklang finden.

Ebenſo leicht iſt die geheime Angst der polniſchen politiſchen Anführer zu verſtehen, daß ihre Heuchelei, mit welcher ſie in Wien dem Throne, treue Öſterreicher zu ſein, vorſpiegeln, ſchließlich entlarvt werden wird. Vor den Ruthenen fürchten ſich zur Zeit die Polen nicht, denn dieſe haben durch ihren Radikalismus und durch die Tat Siczynſkis ihren Einfluß in Wien eingebüßt. Aber die Deutſchen! Daß ſie es wagten, ſich zu organiſieren, daß ſie ſich bemühen, das Deutſchtum zu erhalten, daß ſie offenkundig den Anſchluß an Wien (vielmehr an Berlin) ſuchen und die Aufmerkſamkeit Wiens auf das, was in Galizien geſchieht, lenken, das iſt unangenehm. Deſhalb ſchreien die Polen laut: „Haltet feſt den Dieb!“ — obwohl es doch bekannt iſt, daß in ſolchem Falle der Dieb am lautesten ſchreit.

Wer antiöſterreichiſche Politik betreibt und wer Landesverrat plant, das wird ſich binnen kurzem zeigen. Wir galiziſchen und buſowinaer Deutſchen ſtehen feſt zu Thron und Kaiſer und deſhalb ſchließen wir uns gern denen an, die das gleiche Beſtreben haben und mit gleichen Schwierigkeiten, wie wir, zu kämpfen haben.“ (Die zweite Verbeugung nach der rutheniſchen Seite hin.)

Dieſer ganze Artikel iſt ein Beweis für die preußiſche Perfidie und Geriſſenheit. Wer hängt denn auf den Nationalhäuſern ſchwarz-weiß-rote Fahnen und preußiſche Adler aus, wo man die „Wacht am Rhein“ und „Heil dir im Siegerkranz“ ſingt — wer verteidigt unter die dummen buſowinaer und galiziſchen Schwaben Wilhelm und Biſmarck darſtellende Bilder?!

Wenn die Herren Alldeutſchen ſagen, die Polen verhehlten nicht ihre Abſicht, Polen wiederherzuſtellen, ſo können auch wir mit vollſter Beſtimmtheit feſtſtellen, daß die öſterreichiſchen Deutſchen dahin



streben, die deutschen Provinzen von Österreich loszubekommen und sie mit Preußen zu verbinden.

Hierbei liebäugeln sie mit den Ruthenen, in denen sie ein gefügiges Werkzeug zum Kampf gegen die Polen erblicken; sie sehen ein, daß sie allein zu schwach sind, um erfolgreich vorzugehen, sie suchen also nach Bundesgenossen. Daß aber unsere „lieben Brüder“ auf den Leim deutscher schöner Worte und Versprechungen gehen, dafür haben wir sprechende Beweise.

Uns bleibt nichts weiter übrig, als uns in Acht zu nehmen und auf Schritt und Tritt den schamlosen Bemühungen der unflätigen Preußen zu begegnen und sie aufzudecken.

Wrona

Aus Nr. 618 des Goniec (Lemberg)  
vom 16. März 1909:

### Die Saison-Auswanderung. — Eine lobenswerte Tat des galizischen Landesausschusses.

Die Saison-Auswanderung der Landarbeiter aus Galizien ist bereits im vollen Gange. Hunderte von Arbeitern belagern täglich die Grenzbahnhöfe. Befördert werden sie von preußischen Vermittlern, um bei den Preußen zu arbeiten, unseren uralten Feinden.

Die diesjährige Auswanderung wird zahlreicher sein, denn je. Beigetragen hierzu haben die elementaren Niederlagen fast in dem ganzen Lande. Der Hunger treibt tausende von Menschen in die Welt, um Arbeit zu suchen. Zu Hause bleiben Frauen, Greise und Kinder. Dies ist für das Heimatland ein ungeheurer Schaden, denn vor allen Dingen werden die bäuerlichen Grundstücke sehr schlecht bestellt, wodurch die Ernte geringer ausfallen muß. Ferner wird sich der Arbeitermangel den größeren Landgütern empfindlich fühlbar machen, was die Existenz der im größerem Maßstabe geführten Wirtschaften ungeheuer erschweren wird.

Charakteristisch ist der Umstand, daß in diesem Jahre sich der Landesausschuß endlich zu dem Mute emporgerafft und die Absicht hat, die Auswanderer in Schutz zu nehmen.

Die patriotischen Vereine geben sich ebenfalls die größte Mühe, das polnische Volk vor der Ausbeutung zu schützen. Es sollen bereits Vermittlerstellen in Böhmen, Mähren und in Frankreich entstanden sein, die den Zweck haben werden, sich der Arbeiter anzunehmen. Sowohl der Landesausschuß, als auch die Vereine bemühen sich, die Auswanderungsflut nach Frankreich und nach anderen Landwirtschaft betreibenden Ländern in Europa hinzulenken und sie von Preußen abzuhalten.

Eine Sache von so großer Tragweite, wie die Saisonauswanderung, hätte schon längst der Leitung öffentlicher Faktoren unterstellt werden müssen. Der Schritt des Landesausschusses muß deshalb als eine Ankündigung energischerer Tätigkeit auf diesem Gebiete begrüßt werden. Besser etwas später, als niemals. Die galizische Auswanderungsanarchie hat bereits zu viel Opfer gefordert. Vielleicht werden sich die Verhältnisse jetzt etwas zum Besseren ändern.

Aus Nr. 7 des Kraj (Petersburg)  
vom 20. Februar (5. März) 1909:

### Aus Großpolen.

Posen, den 18. Februar 1909.

### Verhandlungen über den Antrag des Pfarrers Brandys und den Sieg der polnischen Fraktion im Reichstage über die preußische Regierung.

Unsere pessimistischen Annahmen hinsichtlich des Antrages des Pfarrers Brandys und Genossen in betreff des freien Grunderwerbs in Deutschland sind nicht in Erfüllung gegangen. Es hat sich ein ungewöhnlicher Fall im deutschen Reichstage ereignet: Der polnische Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden. Die energischen Bravorufe der katholischen Zentrumsparlei, die Stimmen der Zufriedenheit bei den Freisinnigen und Sozialdemokraten verkündeten diese unerwartete Schlappe der preußischen Regierung in der gesetzgeberischen Sitzung des deutschen Reichstages. Vergebens lärmte und piff die regierungstreue Rechte. Es zeigte sich, daß es in Deutschland Augenblicke der Ernüchterung in der polnischen Frage gibt. Der deutsche Reichstag hat durch seinen Beschluß vom 26. Februar der preußischen Regierung und dem preußischen Landtage gewissermaßen ein: quos ego! zugerufen.

Wir haben über die Rede des Abgeordneten von Dziembowski, die er am 19. Februar bei der Begründung des polnischen Antrages gehalten, bereits berichtet. Nicht minder interessant waren die Verhandlungen am 25. Februar. Es muß hervorgehoben werden, daß die Regierungsvertreter während dieser Beratungen durch Abwesenheit glänzten. Sie tun das immer, wenn der Reichstag über seine eigenen Anträge verhandelt und erscheinen nur dann, wenn ein Regierungsantrag unterstützt werden soll. Diesmal erwartet man doch das Erscheinen der Regierungsvertreter mit Rücksicht auf die ausnahmsweise große Wichtigkeit des gegen das ganze antipolnische System gerichteten Antrages. Die Regierung hat jedoch an diesem Entscheidungstage ihr Antlitz nicht gezeigt, weil sie sich, wie man scherzweise im Reichstage bemerkte, ihrer antipolnischen Politik schämte. . . .

Alle Parteien empfanden die Wichtigkeit des polnischen Antrages. Anfänglich geringschätzten die Parteien der Rechten den Antrag, und die Sitze der Konservativen und Nationalliberalen standen anfangs ziemlich unbesezt. Am Tage der Abstimmung jedoch, am 26. Februar, erschienen die Parteien fast vollzählig. Von der polnischen Fraktion fehlte (mit Ausnahme des erkrankten Grafen v. Mielzynski) niemand, auch die Sitze des Zentrums und der Freisinnigen waren fast voll besetzt. Es wurden insgesamt 326 Stimmen abgegeben. Für den polnischen Antrag stimmten 189, gegen denselben 132 Abgeordnete. Der Antrag wurde demnächst in der zweiten und dritten Lesung angenommen und in dem von den Polen angegebenen Wortlaute genehmigt.

Es hat also ein für uns günstiges Ereignis stattgefunden. Die hiesige Presse hat diese Tatsache mit Ruhe aufgenommen, sie weiß recht gut, daß diese erste Breche in der antipolnischen Gesetzgebung keine Änderung der Regierungspolitik bedeutet, die nach wie vor für uns feindlich bleiben wird. Der Sieg der polnischen Fraktion über die Regierung hat nur eine sittliche Bedeutung.



Aus Nr. 9 des Kraj (Petersburg)  
vom 6. (19. März) 1909:

### „Der Nationalschatz“.

Wie uns mitgeteilt wird, wurde in der, unter Leitung von Sigismund Milkowski abgehaltene Sitzung des Aufsichtsrates des Nationalschatzes in Rapperswil beschlossen, den Schatz aufzulösen. Die unmittelbare Veranlassung zu einem solchen Schritte soll die Einmischung der schweizerischen Regierung gewesen sein, welche die Auflösung verlangte, und zwar aus dem Grunde, weil diese Anstalt die freundschaftlichen Beziehungen der Schweiz zu den anderen Staaten, vielmehr zu Deutschland bedroht. Noch vor fünf Jahren betrug der Nationalschatz 250000 Franken, seit der Zeit jedoch, wo die Nationalliga aus diesem Fonds zu schöpfen begann, soll in ihm nicht mehr viel übriggeblieben sein. Sie transit . . .

Aus Nr. 1 der Ukrainischen Rundschau (Wien):

### Historische Rechte der Polen auf Länder der ukrainischen Zunge.

Von Vladimir Ruzhnik.

Gewiß haben historische Rechte einen rein idealen Wert. Es gibt heutzutage kein Volk, welches nicht auf die Geschichte seiner Selbständigkeit zurückblicken kann; Stämme, die sich nie zur Selbständigkeit aufschwüngen konnten, gingen in der Regel zugrunde zu Gunsten anderer nationaler Organismen. Demnach wäre das natürlichste historische Recht eines jeden Volkes die nationale und politische Selbständigkeit. Die Erreichung der Selbständigkeit Griechenlands, Bulgariens in neueren Zeiten, Rußlands und der Schweiz in früheren Jahrhunderten war nur die Rückkehr in den Besitz der historischen Rechte. In bezug auf Selbständigkeit sind die historischen Rechte ganz natürlich und selbstverständlich; weniger Selbstverständlichkeit liegt in den historischen Rechten der Eroberer. Das durch den Titel des österreichischen Kaisers als König von Jerusalem angedeutete historische Recht hat gewiß nur einen rein historischen, idealen Wert. Auf Grund eines ähnlichen Titels aber, der nach den Ungarkönigen, als Könige von Galizien, von der Habsburger Dynastie ererbt wurde, kam Galizien zu Österreich. Indem Österreich dieses Land Polen wegnahm, ging es angeblich nicht auf Eroberung aus, sondern auf Zurückgewinnung eines Landes, welches eigentlich rechtlich sein Eigentum gewesen sei. In Wirklichkeit war der entscheidende Moment nicht das Recht, sondern die Kraft und die Gewalt.

Entsprechend unserer Auffassung der Dinge, derzufolge einem jedem Volke die Selbständigkeit, beziehungsweise eine solche in abgeschwächter Form als nationale Selbstverwaltung innerhalb eines fremden Staatswesens gebührt, wollen wir die aus der Revision der historischen Rechte der Polen zu ruthenischen Ländern sich ergebenden historischen Rechte der Ruthenen auf ihren Boden nicht als ultimaratio (eine solche ist noch immer, trotz mancher eingetretener Verschiebungen, der nationale status quo) gelten lassen, glauben jedoch, daß die Darlegung dieser Frage schon als Mittel zum Kampfe gegen die polnischen Anbeter der historischen Rechte sehr gut verwendbar ist, nachdem sie die Waffen gegen ihre Schmiede kehrt.

Die Polen erheben Anspruch auf fast alle Länder der ruthenischen Zunge, wobei sie dem Gegenanspruch der Russen begegnen, die zurzeit tatsächlich ihr „Recht“ auf den überwiegenden Teil des ukrainischen Territoriums ausüben. Überhaupt dreht sich der ganze historische Antagonismus der Russen und Polen um den Besitz

der ruthenischen Länder, auf welche beide Gegner gleiche Ansprüche zu haben vorgeben. Es ist nun unsere Sache, klarzulegen, inwiefern und ob überhaupt die Ansprüche der hier in Betracht kommenden polnischen Anwärter auf ukrainische Länder berechtigt sind.

Mit Ausnahme von ungefähr dem heutigen Galizien, welches schon früher im polnischen Besitz war, gingen die meisten ukrainischen Länder, seit dem Untergange des Ruthenenreiches Bestandteile des litauisch-ruthenischen Fürstentums, im Jahre 1569 auf Grund der sogenannten Lubliner Union in polnischen Besitz über\*). Es ist dies ein Akt, auf welchen die ganzen polnischen staatsrechtlichen Ansprüche zurückgeführt werden. Nach der Lubliner Union beginnt eine massenhafte Einwanderung der polnischen Schlachta in die Ukraine, wo sie von den polnischen Königen mit ukrainischen Gebieten beschenkt wird, und polnische Sitten, damit auch Frohndienst bei dem bisher freien Volke einführt. Wir sehen, daß schon 22 Jahre nach der Lubliner Union Aufstände gegen die polnische Herrschaft in der Ukraine erhoben werden, die in der großen Revolution unter Führung Chmelnytzkyjs (1648—1656) ihren Gipfel finden. Die polnische Regierung war demgegenüber ganz ratlos. Es hat sich erwiesen, daß die Regierung, die sich durch die Lubliner Union ukrainische Länder erworben hat, keinen näheren Begriff von denselben hatte. Erst die drohende Kosakengefahr veranlaßte die Regierung, eine Expedition in den Osten des Reiches zu unternehmen, welche zwar nicht vermochte, das ganze Land zu durchqueren, doch über Kolumbivvunder zu berichten mußte. Der Aufstand Chmelnytzkyjs brachte dem Volke die volle Freiheit von dem nicht lange getragenen, aber schweren Joch. Das ukrainische Volk, welches von seinen untersten Schichten bis zu seinen Spitzen an dem Werke der Befreiung teilnahm, machte den Lubliner Vertrag zu Schanden. Chmelnytzkyj stand an der Spitze eines selbständigen ukrainischen Staates, aber er fühlte in sich nicht die Kraft, auf seinem Posten auszuharren und ging im Jahre 1654 ein Bündnis mit dem russischen Zaren ein, demzufolge sich die Ukraine Rußland als Gleiche dem Gleichen angeschlossen. Dies Bündnis wird vielfach auch von russischen Gelehrten selbst als Personalunion betrachtet und besteht völkerrechtlich auch noch heute in Kraft. Durch die beiden wichtigen Ereignisse (siegreicher Aufstand und Bündnis mit Rußland) wurden also sämtliche historischen Rechte

\*) Vor der Lubliner Union war das litauisch-ruthenische Fürstentum ein auf Grund der Personalunion seit 1410, als der Litauerfürst Jagello König von Polen wurde, mit Polen geeinigtes, aber sonst besonderes Staatswesen, so daß einigemal sogar von der Personalunion zu Gunsten der Mitglieder der königlichen Familie Abstand genommen und der Staat von besonderen Großfürsten regiert wurde. Freilich wurden von Polen aus Versuche unternommen, polnische Institutionen, so das Schlachtawesen, hinüberzuschmuggeln, um auf diese Weise das Land zur Annexion reifer zu machen. Diese Versuche wurden aber nicht von viel Erfolg gekrönt und so sah sich Polen veranlaßt, den Anschluß der litauisch-ruthenischen Länder mittels eines Gewaltstreiches durchzuführen, für welchen ein Deckmantel in der im Jahre 1569 erfolgten „Union“ Polens, Litauens und Rutheniens gefunden wurde. Der polnische König Sigismund August verzichtete auf seinen Titel als Großfürst von Litauen und es wurde, wie ein Historiker sagt, in Lublin eine Union „in contumaciam“ geschlossen. Litauen wurden manche illusorischen Selbstverwaltungsrechte gegeben, während ruthenische Länder gleich in regerichte polnische Provinzen umgewandelt wurden.



der Polen auf die jetzt im Besitze Rußlands bleibende Ukraine aufgehoben.

Recht sonderbar erscheint aber von diesem Gesichtspunkte aus das bekannte, alle polnischen historischen Rechte zusammenfassende Schlagwort: „Polen von Meer zu Meer.“ Dies schon deswegen, als ja ein historisches Polen in dieser Form nie, auch nicht zur Zeit der Jagellonen, bestanden hat. Die polnische Herrschaft erstreckte sich nie bis an das Schwarze Meer und die am unteren Dniproufer gelegene Kosakenrepublik Sitsch ist nie polnischer Besitz gewesen. Wie erwähnt, kannten die Polen mit Ausnahme der westlichen Gebiete der Ukraine das ganze Land nicht, viel weniger übten sie hier eine Gewalt aus.

Ein anderes Bild stellt die Geschichte Galiziens dar, welches die Polen als ihre angestammte Domäne betrachten. Galizien war ein ruthenisches Land, welches als erstes unter die polnische Herrschaft geraten war und am längsten unter derselben verblieb. Es wurde im Jahre 1340 von dem polnischen König Kasimir erobert. Bildet aber die Eroberung ein Argument für den Besitz und bedeutet sie ein Recht auf den Besitz, so hört in diesem Sinne das Anrecht der Polen auf diesen Besitz durch die vertragsmäßig durchgeführte Teilung Polens auf, umsomehr, als ja der Anschluß Galiziens an Österreich vom polnischen Landtage gebilligt wurde.

Freilich bemühen sich die Polen, um auch innerhalb des österreichischen Staatswesens, welches seine Macht in der Pflege der historischen Länderindividualitäten und Bevorzugung der „historischen“ Nationen begründet sehen will, ihr Recht auf das ruthenische Galizien (Ostgalizien) aufrecht zu erhalten und nach Tunlichkeit praktisch zu verwerten, ihre Ansprüche auf dieses Land durch die absolut falsche Theorie über den angeblich ursprünglich polnischen Charakter des Landes, welches nur zeitweise von ruthenischen Fürsten erobert, dann vom Mutterlande zurückerobert sei, zu unterstützen. Diese Behauptung, trotzdem sie nicht nur in der polnischen Presse ein beliebtes Steckenpferd ist, sondern auch noch unlängst von einem polnischen Abgeordneten im österreichischen Parlament zum Besten gegeben wurde, ist heute eine derart überwundene Standpunkt, daß eine Beweisführung dagegen überflüssig ist. (Im übrigen verweisen wir auf den dieses Thema behandelnden Artikel des Dr. M. Korduba in der „Ukrainischen Rundschau“, Jahrgang VI, Nr. 2.)

Vor allem müssen wir uns klar werden über den Begriff Galizien; dieser Name kommt von der Hauptstadt des ruthenischen Großherzogtums Halitsch (daher Halicz, Galicia), jetzt ein Städtchen östlich von dem, vom ruthenischen Könige Galiziens, Daniel, später gegründeten Lemberg. Das Fürstentum allein umfaßte bloß einen Teil Ostgaliziens, während das ganze Land in mehrere Fürstentümer zerfiel, die freilich anfangs die Ober Gewalt des Kijewer Großfürsten, dann aber, nach Niederwerfung der ruthenischen Metropole durch den nordrussischen Fürsten Andreas Bogolubskij die der Halitscher Fürsten anerkannten. Das Fürstentum Halitsch hatte eine solche Macht erlangt, daß seinen Fürsten von den römischen Päpsten gegen Annahme der lateinischen Konfession die Krönungskrone angeboten wurde. Fürst Roman lehnte den diesbezüglichen Vorschlag des Papstes Innozenz III. rundweg ab. Ein anderer, Daniel, akzeptierte ihn, ohne die lateinische Konfession in Ruthenien einzuführen; ließ sich vom päpstlichen Legate zum Könige krönen und begründete somit den Titel des Königs von Galizien und

Lodomerien\*) (Lodomerien ist latinisierter Name des Fürstentums Wladimir in Wolhynien).

Im Jahre 1336 starb Jurij, der letzte Fürst Galiziens, ein Urenkel Daniels. Die Galizier und die Einwohner des Wolhynier Wladimir beriefen, um nicht unter die Herrschaft der Tataren zu gelangen, den im ruthenischen Glauben erzogenen, polnischen Fürsten von Mazowien, Boleslaw, einen Neffen des verstorbenen Fürsten, zu sich. Nachdem dieser als Fürst von Galizien seinen Glauben änderte, und auch die Ruthenen zum lateinischen Glauben bekehren wollte, wurde er nach dem Berichte polnischer Historiker vergiftet. Nach seinem Tode überfällt der polnische König Kasimir Galizien, erobert ruthenische Städte, führt fürstliche Schätze mit sich nach Polen, und in weiteren Feldzügen 1344, 1346, 1350, 1353 und 1366, gegen die aufständischen Galizier gründet er in Galizien die polnische Herrschaft. Nach seinem Tode überläßt sein Nachfolger auf dem polnischen Thron, König von Ungarn, Ludwig, Galizien einem Prätendenten auf die polnische Krone, Ladislaus von Opatow, als Entgelt, welcher dieses Land durch 12 Jahre ganz unabhängig regiert, sodaß für die von Galizien nach Polen gehenden Waren Grenzzoll gezahlt werden mußte. Im Jahre 1379 vertauschte Ladislaus das Königreich Galizien, weil er sich doch nicht ganz sicher fühlte, an Ludwig für mehrere Güter und so wurde Galizien mit der ungarischen Krone vereinigt. Als aber im Jahre 1386 der litauische Fürst Jagello König von Polen wurde und letzteres hierdurch mächtiger geworden war, eroberte Hedwig, Jagellos Gemahlin, 1387 neuerdings Galizien. Manche Teile des heutigen Galizien traten erst später hinzu, doch im großen und ganzen blieb das Land seither bis Ende des 18. Jahrhunderts im polnischen Besitz.

Ende des 18. Jahrhunderts kam bei der Teilung Polens Galizien in den Besitz Österreichs unter Berufung auf die historischen Rechte der Habsburger, welche sich über die ganze Periode der polnischen Herrschaft hinwegsetzten und an die Periode der Herrschaft ruthenischer Fürsten in diesem Lande, sowohl als Erben der ungarischen Könige, als auch unter Berufung auf die Verwandtschaftsbande der Habsburger mit den ruthenischen Großfürsten, anknüpften.

Für das österreichische Kronland Galizien haben somit polnische historische Rechte gar keinen Wert. Selbst die Titulatur des österreichischen Kaisers deutet dies deutlich an, welcher König von dem ruthenischen Galizien und Lodomerien, also dem Hauptteile des Landes und Großherzog vom polnischen Krakau, Herzog von dem polnischen Auschwitz und Zator ist, welcher letzteren insgesamt nicht einmal ein Drittel des Landes ausmachen.

Wenn daher die Berufung auf historische Rechte am Plage ist — in Österreich scheint dies der Fall zu sein — so macht den Polen niemand ihr Recht auf die genannten polnischen Landesteile strittig. Die polnischen Erobererrechte auf das ruthenische Galizien und Lodomerien wurden aber durch die durch den kompetenten polnischen Landtag sanktionierten Eroberer-

\*) Den Titel „rex Galiciae“ führte als erster Bela III. von Ungarn Ende des zwölften Jahrhunderts, der die Streitigkeiten unter den galizischen Fürsten ausnützend, Halitsch für einige Jahre erobert hatte. Den Titel „rex Lodomeriae“ hatte sich aus ähnlichem Anlaß Andreas II. von Ungarn im Jahre 1206 beigelegt.



rechte Österreichs aufgehoben. Die mehrmaligen polnischen Versuche nebst dem Mutterlande auch ruthenische Länder, darunter Galizien durch bewaffnete Aufstände zurückzuerobern, mißlingen, was nicht die Heeresmacht der Teilungsmächte allein bewirkte, sondern auch der ruthenische Bauer, der nicht etwa in Betrachtung vergilbter historischer Rechte, sondern seinem guten Instinkt folgend, die polnische Aktion auf dem ruthenischen Boden zunichte machen half.

Aus Nr. 2 der Ukrainischen Rundschau (Wien):

### Das ukrainische Schulwesen in Galizien.

Von Dr. Wladimir Batshynskyj\*).

#### Die Vortragssprache in den galizischen Volksschulen.

Auf 4551 Volksschulen waren nach dem amtlichen Berichte im Jahre 1905/6 Schulen mit polnischer Vortragssprache 2383, mit ukrainischer 2144, mit deutscher 24. Vor dem Jahre 1867, als das galizische Schulwesen den Polen ausgeliefert wurde, waren aber mehr ruthenische als polnische Schulen und waren die ersteren tatsächlich ruthenisch, was jetzt nicht der Fall ist. Die amtlichen Berichte über die ukrainischen Volksschulen sind falsch. Fürs erste gibt es in Galizien überhaupt nicht eine einzige rein ukrainische Schule. In den österreichischen Staatsgrundgesetzen vom 21. Dezember 1867, RGBl. 142, heißt es im Artikel XIX deutlich: „In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sind die öffentlichen Unterrichtsanstalten derart einzurichten, daß ohne Anwendung eines Zwanges zur Erlernung einer zweiten Landessprache jeder dieser Volksstämme die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in seiner Sprache erhält“.

Dieses Gesetz besteht bis heute auch für Galizien in Kraft, aber die Polen machen die österreichischen Gesetze nur zum Spott. In den polnischen Volksschulen Westgaliziens besteht kein Zwang zum ruthenischen Sprachunterricht; das Ruthenische wird hier nicht einmal als außerobligatorischer Gegenstand vorgetragen. Auch nicht in jenen Volksschulen Lembergs, wo die Polen die Mehrheit haben. Das genannte Staatsgrundgesetz wird, wie man sieht, in Anwendung auf die Polen vollstaus respektiert; nicht so in Anwendung auf die Ruthenen.

Es gibt in Galizien nicht eine einzige Schule, wo die Kinder nicht die polnische Sprache lernen müssen. So sind die sogenannten ukrainischen Schulen in Wirklichkeit utraquistische, d. h. polnisch-ruthenische. Diese Utraquistierung der ruthenischen Volksschule entgegen den Bestimmungen der Staatsgrundgesetze hat der ehemalige Vizepräsident des galizischen Landesschulrates, jetzt Statthalter von Galizien, Bobrzhynski, durchgeführt. Er hat es verstanden, für diesen Zweck ausschließlich aus der Mitte der Polen ernannte Kreisschulinspektoren zu gewinnen, indem er für sie Stabilisierung erwirkt hat, obwohl in keinem Kronlande Österreichs die Kreisschulinspektoren stabilisiert sind.

Aber die Polen sind auch mit dem Utraquistieren der ruthenischen Volksschulen noch nicht zufrieden. Mittels verschiedener Künste trachten sie die utraquistischen Volksschulen in Ostgalizien in rein polnische umzuwandeln. Das einfachste Mittel dazu ist die Besetzung der Lehrerpösten an rutheni-

schen Schulen mit Personen, welche der ruthenischen Sprache gar nicht mächtig sind. Solche Lehrer führen iure caduco die polnische Vortragssprache in den Schulen, die ehemals rein ruthenisch, dann utraquistisch waren, ein. Proteste von Hunderten von Gemeinden bleiben in der Regel erfolglos. Der galizische Landesschulrat fühlt sich über alle Refurse erhaben, wie wenn Galizien nicht dem Habsburger-, sondern dem Jagellonenstaate angehörte. Erst neulich wurde die polnische Vortragssprache in den ruthenischen Gemeinden Bugnir, Wyzkowyczi, Melnycia, Zablotiv, Papirnia, Dzerjany ad Towmacz, Wylowci, Zahajci, Korzowa, Burkaniv, Byzjiv, Chatkiv, Towstobabiv, Nowosilka, Cholojiv, Powitnia eingeführt. Man muß wirklich eine eiserne Stirne haben, um zu behaupten, daß es in Galizien ukrainische Volksschulen gibt; die Behauptung aber, wie sie von den polnischen Abgeordneten sogar im Parlamente und von den polnischen Politikern in der deutschen Presse schon so oft aufgestellt wurde, daß es in Galizien sogar mehr ruthenische als polnische Volksschulen gibt, ist in ihrem ethischen Werte unqualifizierbar.

#### Wie in Galizien Dorfschulen gegründet werden.

Die Geschichte der Gründung der Volksschule in einem Schulkreise, Horlyczci (Gorlice), genügt zur Erkennung der polnischen Schulwirtschaft in ganz Galizien. Der Bezirk Horlyczci liegt in Westgalizien am Karpathenvorgebirge. Der südliche Teil des Bezirkes ist rein ruthenisch, der nördliche rein polnisch. Kein ruthenischen Gemeinden gibt es 44, rein polnische ebenfalls 44. Schulen städtischen Typus sind je einige in den polnischen Ortschaften Horlyczci und Biecz, natürlich alle mit polnischer Vortragssprache; in Horlyczci besteht außerdem eine polnische Bürgerschule und ein polnisches Gymnasium. In den polnischen Volksschulen der 44 polnischen Ortschaften sind 103 Lehrer tätig — kaum 4 Gemeinden haben keine Schule —, auf 44 ruthenische Gemeinden kommen nur 26 mit je einer Volksschule, an denen insgesamt 28 Lehrkräfte wirken; aber auch von diesen 28 Lehrern sind nur 15 Ruthenen, der Rest Polen. Achtzehn ruthenische Gemeinden haben überhaupt keine Schule, und von den 26 Schulen ist überhaupt nur eine einzige zweiklassig, alle andern sind einklassig.

So schaut in der Praxis die slawische Bruderliebe aus. Denn es ist kein verhaßter Germane, der da den Slawen vergewaltigt.

#### Die Gründung der Volksschulen städtischen Typus.

Bekanntlich gewährt die Absolvierung der Volksschule städtischen Typus in Galizien gewisse Privilegien, welche man nicht einmal nach mehreren Jahren Unterricht in der Dorfschule gewinnt. Wenn die Bildung der Dorfschulen mit ukrainischer Vortragssprache verpönt wird, so wird die Gründung ruthenischer Volksschulen städtischen Typus überhaupt nicht zugelassen. Ukrainische Volksschulen städtischen Typus gibt es in Galizien nicht eine einzige. Utraquistische vierklassige Schulen gibt es im ganzen Lande keine 20; ebenso gibt es hier nicht eine einzige ukrainische oder auch nur utraquistische Bürgerschule. Sonderbar ist aber folgendes: In der Bukowina sind elfmal weniger Ruthenen als in Galizien, und es bestehen dort 46 ruthenische und 8 utraquistische städtische

\*) Vergleiche meine Artikelserie unter dem Gesamttitle „Die ukrainische Schule im polnischen Joch“ in der „U. R.“ 1908, Nr. 1, 2, 3, 6/7, 8, 9, 10, 11, 12.



Schulen. Aber freilich liegt das Schulwesen in der Bukowina in den Händen der Deutschen, in Galizien in den Händen des Bruder Slawen. Und die Mittel, welche die Polen gebrauchen, um die Gründung von Schulen städtischen Typus in den ruthenischen Gemeinden zu hintertreiben, sind so charakteristisch, daß man sie nicht ohne einige Illustrationen lassen kann.

Die Gemeinde Kobylowolok im Bezirke Terebowla fordert seit einer Reihe von Jahren die Umwandlung der dreiklassigen Volksschule in eine vierklassige städtischen Typus. Die Kinderzahl ist bedeutend größer als die normal erforderliche. Die Fonds gibt die Gemeinde, aber die Gemeinde hat das Pech, ruthenisch und die Schule, wenn auch nicht ruthenisch, so doch utraquistisch zu sein. Der Schulinspektor Theodor Janicki in Terebowla reagierte auf die Forderung der Bauern bezüglich der Umwandlung der Schule am 14. August 1908 folgendermaßen: „Ihr braucht keine vierklassige Schule; für den Bauern ist es genug, wenn er lesen und schreiben lernt.“ — So spricht ein aus Staatsmitteln bezahlter Pädagoge und Schulorganisator! — Der Schulinspektor aus Pidhajei spottet auch auf ähnliche Forderungen der Einwohner der Stadt Zawaliv; er verspricht ihren Willen zu erfüllen, wenn sie statt der ruthenischen die polnische Vortragssprache akzeptieren. Diese Tendenz der Nichtzulassung der städtischen Schulen in ukrainischen Gemeinden wird auch charakterisiert durch die Tatsache, daß Ortschaften wie Noweselo, Zuka, Medynhezi Borynia, Uhniv, Balchorod bisher keine städtische Schule haben, obzwar sie Sitz von Bezirksgerichten und Steuerämtern sind. Es sind dies freilich ruthenische Gemeinden.

Nun wollen wir aber die Schulpraktiken des galizischen k. k. Landeschulrates an Beispielen aus einem einzigen Schulkreise (Buczacz) schildern. In diesem Schulkreise ist eine kleine polnische Kolonie, Pidzamocz, welche im ganzen 1864 Köpfe zählt. Dort gibt es schon seit etlichen Jahren eine polnische städtische Volksschule. In demselben Bezirke fordern die ruthenischen Gemeinden Nahorjanka mit 2786 Einwohnern, Berewoloka (2620 Einw.), Ustie zelene (2471 Einw.), Trybuchiwci (3917 Einw.) schon seit langem städtische Schulen, aber ganz erfolglos. Die Gemeinden Janczyn im Bezirke Beremischlan, Medyna im Bezirke Kalusz können ebenfalls städtische Volksschulen nicht erlangen. Nicht genug an dem, daß ruthenische Gemeinden städtische Schulen nicht erreichen können, hat der galizische Landeschulrat im Jahre 1906 einen Ukas erlassen, demzufolge städtische Schulen nicht verpflichtet sind, Schulkinder aus fremden Gemeinden aufzunehmen, auch wenn diese keine städtischen Schulen haben. Nachdem aber städtische Schulen nur in polnischen Gemeinden errichtet werden, ist eo ipso den Kindern der Ruthenen der Besuch der städtischen Schulen und in weiterer Konsequenz der Mittelschulen, Lehrerbildungsanstalten, Gewerbeschulen usw. unmöglich gemacht. Und die Verbissenheit der Polen wird so weit getrieben, daß ruthenische Eltern, die ihre Kinder nach den Plänen der städtischen Schulen zu Hause privat unterrichten lassen, mit Strafen belegt werden. So wurden auf diese Weise bestraft die Bauern Andreas Boronowskij, Dshp, Czopej, Fr. Sabat aus Bokiv, Bezirk Pidhajei, ja sogar der Reichsratsabgeordnete Th. Staruch aus Sloboda zolota.

Wir erlauben uns die Frage: Wann werden die Leiter Österreichs, die Ordnung am Balkan schaffen wollen, die Balkanverhältnisse Galiziens in Ordnung bringen?

## Der Unterricht in galizischen Volksschulen.

Bevor wir die Unterrichtsmethode selbst in Angriff nehmen, wollen wir einige Beispiele, die anschaulich den Erfolg des Unterrichtes in den Volksschulen Galiziens darstellen, voranschicken.

Das Jahr 1908 war für die ruthenischen Bauern ein verhängnisvolles; außer den verschiedenen anderen unglücklichen Ereignissen ist nicht an letzter Stelle die Tatsache zu verzeichnen, daß zumindest 500 Leute im ruthenischen Teile Galiziens durch den Genuß von giftigen Schwämmen zugrunde gegangen sind, die infolge des schlechten Wetters sehr üppig gediehen. Diese Ziffer ist geradezu erschreckend und zeigt sehr deutlich, daß die Volksschule ihre Aufgabe sehr unzulänglich erfüllt. Ostgalizien hat einen der besten Boden in ganz Europa; die Statistik weist nach, daß die Überbevölkerung hier noch nicht platzgegriffen hat, dessen ungeachtet aber die Emigration nach Amerika einen erschreckenden Umfang annimmt. Das ist der Erfolg des Verdummungssystems der polnischen Herrschaft in Galizien. Die Polen schreien über die Unterdrückung durch die Deutschen in Preußen; sie vergessen dabei aber eines, und zwar, daß die Polen in Preußen von den Deutschen das profitiert haben, daß sie in der deutschen Schule Wissen erwerben und infolgedessen Wohlstand erreicht haben. Die Polen in Polen haben Musterwirtschaften, haben einen Handwerker- und Kaufmannstand, geordnete Kreditverhältnisse und Erwerbsgelegenheiten. Der Sandboden Polens ist ertragreicher als der meterhohe Schwarzboden Podoliens.

Was haben aber die Ruthenen in Galizien von der polnischen Pseudokultur profitiert? Was für einen Nutzen hat ihnen das polnische Schulsystem gebracht? Außer dem Hungertypus, der infolge schlechter Ernte aus Unkenntnis einer rationellen Bodenbewirtschaftung entstanden ist, Kreditmangel, Defraudationen, Wahlmissbräuche und andere Wohltaten der polnischen Kultur. „Athenienses sciunt, quid bonum sit, sed facere nolunt.“ Es scheint, daß die Polen ganz gut wissen, wie ein guter Schulunterricht aussehen soll, aber sie wollen nicht, daß die Ruthenen einen solchen genießen. Denn was kann eine polnische Lehrerin ruthenische Kinder lehren, welche nur die Volksschule absolvierte, wo überdies das Ruthenische als außerobligatorischer Gegenstand unterrichtet wurde. Sie muß sich anfänglich mit den ruthenischen Kindern mimisch verständigen. Was kann auch ein anständiger polnischer Lehrer leisten, wenn man von ihm nicht Bildung der Kinder, sondern Polonisierung derselben verlangt. Die ersten Worte des Schulinspektors, die dieser während der Visitationen an die Lehrer richtet, ist die Frage, ob die Kinder sich korrekt polnisch ausdrücken und ob sie polnisch-patriotische Lieder singen können. Ob aber diese Kinder nach sechsjährigem Unterricht sich in der Muttersprache unterzeichnen, ob sie das Einmaleins und wenigstens das ruthenische Gebetbuch lesen können, das kümmert den polnischen Schulinspektor nicht. Nicht umsonst hat der ehemalige Vizepräsident des Landeschulrates, jetzt k. k. Statthalter von Galizien, Bobrzynski, den Satz fallen lassen: „Mein Ziel ist, durch das galizische Schulwesen alle Einwohner dazu zu bringen, daß sie sich als Angehörige einer Nation fühlen.“ Diese Polonisierung der Ruthenen, Juden und Deutschen soll nach dem Wunsche des polnischen Oberpädagogen wichtiger sein, als deren Erziehung zu verlässlichen und nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft. Dafür kümmert es die Herrschaften nicht im geringsten, daß in vielen Gemeinden, in denen schon seit 40—50 Jahren Schulen bestehen, es nicht selten 90% Analphabeten gibt.



„Wozu braucht der Bauer Unterricht?“ hört man nicht nur von polnischen Lehrern, sondern auch von ihren Vorgesetzten. Kein Wunder, daß der überwiegende Teil der polnischen Lehrer in den ruthenischen Gemeinden sich mit dem Unterricht am allerwenigsten befaßt. In vielen Gemeinden besorgen sie die Pflichten von Gemeindefchreibern, verdienen oft auch als Agenten, veranstalten polnisch-patriotische Versammlungen und Manifestationen und werden, wenn eine Wahlperiode kommt, die eifrigsten Agitatoren im Dienste der polnischen Parteien usw. Eine ersprießliche Tätigkeit in letzter Hinsicht ist das sicherste Mittel des Emporkommens für den ostgalizischen Lehrer.

### Die polnische Pädagogik in der galizischen Volksschule.

Im Jahre 1907 schrieb das oppositionelle polnische Blatt „Monitor“, daß die Lemberger polnischen Erzbischöfe Wilczewski und Theodorowicz (dieser ist eigentlich ein Armenier, zugleich aber ein polnischer Patriot), Liebschaften unterhalten und Kinder haben. Statt nun das Blatt vor Gericht zu verklagen, gebrauchten die polnischen Kreise ein anderes, höchst sonderbares Mittel zur Reinigung ihrer Kirchenfürsten. Eines schönen Tages erging an alle Lemberger Knaben- und Mädchen-Volksschulen der Befehl, alle Schulkinder vor die Palais der polnischen Erzbischöfe zu führen. In der Zahl von etlichen 1000 defilierten die Lemberger Schulkinder vor den Herren Wilczewski und Theodorowicz und als dann die Kinder gefragt wurden, warum sie vor die Residenz der Erzbischöfe gegangen seien, antworteten sie: „Wir gingen als Zeugen, daß die Erzbischöfe weder Geliebte noch Kinder haben“. . . . So etwas durfte sich abspielen in der Hauptstadt Lemberg, dem Sitze des k. k. Landesschulrates, welcher die Erziehung und den Unterricht der Kinder im 8 Millionenlande zu leiten hat. Man kann sich denken, wie diese Erziehung der Schuljugend außerhalb Lembergs erst ausschaut; die Schulen in ukrainischen Gemeinden wurden durchweg polnischen Inspektoren und Lehrern ausgeliefert. Ein polnischer Lehrer kann der letzte Gauch sein, der schon lange im Gefängnis sitzen sollte, ihm werden alle, sogar gemeine Verbrechen, straflos nachgesehen, wenn er nur ad maiorem Poloniae gloriam arbeitet. Der Lehrer der Volksschule in Oberytn, Wladyslaw Skulski, spottete vor den Schülern der 4. Volksschulklasse über den griechisch-katholischen (ruthenischen) Ritus: „In den ruthenischen Kirchen sind die Missalien wie Fiaden und die Kerzen wie die Heubäume.“ Er wurde angeklagt wegen Verhöhnung einer gesetzlich anerkannten Religion, aber er spottet nur darüber und behauptet, dafür um so eher Schulinspektor zu werden. Der Lehrer der städtischen Volksschule in Husiatyn, Arthur Kurzbauer (ein echter Pole!), schreibt sogar zu seinem Kollegen: „Ruthenische Schweine mit schwarzem Gaumen! — An einem Sonntag versammelten sich die polnischen und die ruthenischen Schüler der 5. Klasse dieser Volksschule in einem Sale, von wo sie auf ein gegebenes Zeichen die einen in die polnische, die anderen in die ruthenische Kirche gehen sollten. Kurzbauer kam herein und rief den Schülern zu: „Die Polen gehen voran in die polnische Kirche, das Vieh hintennach in die ruthenische!“ Gegen den polnischen Pädagogen wurde keine Untersuchung eingeleitet, weil er doch in Erfüllung einer besonderen zivilisatorischen Mission handelte.

Der Raummangel gestattet uns nicht, Duzende von solchen Fällen anzuführen, die uns bekannt sind und die in der ruthenischen Presse immer genau verzeichnet werden. Die „Ukrainische Rundschau“ wird aber ihrer Aufgabe gewiß gerecht werden, ihr

Lesepublikum über den Stand des ruthenischen Schulwesens immer genau aufzuklären.

Aus Nr. 3 der Ukrainischen Rundschau (Wien):

### Aus Litauen.\*)

#### Die katholische Kirche als Polonisierungsmittel.

Von Lenas.

Längs den Ufern des Njeman und der Wilia erstreckt sich ein Land bis zum Baltischen Meere, welches einstmal das aufmerksame Interesse Westeuropas erweckte — heute jedoch von ihm vergessen und für dasselbe verschollen ist. Dieses Land ist Litauen, das im Verlaufe einiger Jahrhunderte einen Defensivkampf auf Leben und Tod mit dem ehemals von Rom und von fast der ganzen katholischen Welt unterstützten Kreuzritterorden geführt hat. Litauen drängte die Kreuzritter zurück und mit Hilfe der Ruthenen hat es dem Orden den Todesstoß veretzt. Und so haben die Litauer zwar ihren Todfeind aufs Haupt geschlagen, doch zugleich im Kampfe mit demselben die eigenen Kräfte erschöpft. Genötigt durch die beständigen äußeren Gefahren mußte Litauen das gesamte Volk mit Hintanzetzung seiner kulturellen Interessen in ewiger Kampfbereitschaft halten. Die litauischen Großfürsten mußten ihr Augenmerk unausgesetzt auf das Zurückweisen der Eroberungsgelüste der westlichen Nachbarn richten. Es fehlte also in gleicher Weise an Zeit wie auch an Kraft, um an eine innere kulturelle Entwicklung des durch immervährende Kriege erschöpften Landes zu denken.

Durch die politischen Verhältnisse wurde Litauen gezwungen, engere Beziehungen mit den Polen noch vor der Schlacht bei Grunwald anzuknüpfen. Die Polen waren nun zwar die richtigen Bundesgenossen gegen den Orden, gleichzeitig aber den Litauern höchst gefährlich. Diesen Umstand erkannte auch Großfürst Witowt, derselbe, dem Litauen die Größe seiner Macht verdankte. Er widersetzte sich dem Zustandekommen irgend eines Bündnisses mit den Polen, nachdem ein solches nur die Entwicklung Litauens und dessen politische Unabhängigkeit erschweren konnte.

Doch leider fand dieser wahrhafte Held keinen würdigen Nachfolger. Sein Bruder Sigismund besaß keinerlei politische Qualitäten und konnte daher auch das weitgedehnte Reich nicht vernünftig regieren. Das litauisch-ethnographische Element war kaum imstande, den polnischen Einflüssen, die seit der *Horodloer Union* in Litauen überhandnahmen, Widerstand zu leisten. Die uralte litauische Kultur, die sich nach der Taufe Jagello's nicht den neuen Bedingungen des politischen Lebens anzupassen vermochte, begann allmählich zu Gunsten der polnisch-katholischen Kultur zurückzutreten. Der wichtigste Faktor der polnischen Kultur war eben auch damals die Kirche, welche die Triebfeder der ganzen Politik war. Schon die ersten polnischen Missionäre brachten das Kreuz und die polnische Sprache, welche sie als christliche der litauischen als heidnischen gegenüberstellten. Wie sehr den polnischen Geistlichen die Verbreitung des katholischen Glaubens in Litauen am Herzen lag, erhellt schon aus dem Umstand, daß kein einziger von ihnen litauisch verstand. Sogar das Vaterunser wurde erst vom neugetauften

\*) Wir eröffnen in unserem Blatte eine neue Rubrik „Aus Litauen“. Wir erfüllen hiermit einen von führenden litauischen Kreisen geäußerten Wunsch, Westeuropa durch Vermittlung der „Ukrainischen Rundschau“ mit den litauischen Verhältnissen bekannt zu machen. Diese Rubrik wird von litauischen Autoren selbst besorgt.



König Jagello ins Litauische übersezt. Überhaupt war es den Polen mehr um die Beherrschung Litauens und um dessen Entnationalisierung als um die Befreiung der heidnischen Litauer zu tun.

Die Litauer erkannten auch ganz gut die Gefahr, die der Selbständigkeit des litauischen Elementes seitens der Polen drohte, die ungünstige politische Konjunktur machte es ihnen jedoch unmöglich, derselben kräftig vorzubeugen. So wollte der Großfürst Witowt die litauische Sprache zur Amtssprache im ethnographischen Litauen erheben, hätte nicht der Tod ihn an der Durchführung dieses Vorhabens gehindert. Zwei Jahrhunderte später, nachdem die polnische Sprache schon in der Kirche und in den privilegierten Klassen zu herrschen begann, führten die Litauer in das Litauische Statut einen Paragraphen ein, der den Polen im Großfürstentum Litauen das Recht, Ämter zu bekleiden und Immobilien zu erwerben, absprach. Selbst nach der Lubliner Union (1569) waren die Polen von der Bekleidung von Ämtern in Litauen ausgeschlossen. Dies beweist, daß sich die Litauer vor ihnen von Seiten der Polen drohenden Gefahr vollaus bewußt waren, doch selbst politisch zu sehr geschwächt, waren sie genötigt, mit ihren Bundesgenossen Kompromisse einzugehen und denselben zu weichen. Die litauische Aristokratie war die erste, die sich polonisierte; ihr folgten die Bojaren (der Adel) und das Bürgertum. Und das mächtigste Mittel zum Polonisieren war und ist die katholische Kirche. Erst die Reformation, deren Anhänger das Magnatengeschlecht der Radziwiłł war, rief eine nationale Bewegung unter den Litauern hervor. In Rednainiai (polnisch: Niezdany) wurde eine litauische Buchdruckerei gegründet, in welcher kalvinische Bücher gedruckt wurden. Die Verbreitung des Protestantismus beunruhigte in höchstem Grade die katholische Kirche und zwang sie zu den Waffen ihres Gegners, d. h. zum Gebrauche der Sprache des Volkes.

Nach der Reformationsperiode setzte eine starke Reaktion ein. Die litauische Sprache gerät bald in Vergessenheit und wird nur mehr vom hörigen Volke und dem Kleinadel in Schemaiten (polnisch: Żmudz) gesprochen. In den Kirchen wird samt und sonders die polnische zum Nachteil der litauischen Sprache eingeführt, die zuerst im östlichen Litauen, im Wilnaer Gouvernement und in den größeren Städten, wie Wilna, Kowno und Grodno verdrängt wird. Am stärksten macht sich aber die polnische Kulturträgeri erst nach der letzten Teilung der Republik fühlbar. Die Geistlichkeit und der Adel verfügten nach dem Verluste der politischen noch immer über die wirtschaftliche Macht, was ihnen das Betreiben der „kleinen Politik“ erleichterte. Die Bauern waren in materieller und auch sonstiger Hinsicht gänzlich vom Grundherrschaft abhängig, die Hörigkeit stand in voller Blüte. Die russische Regierung mengte sich prinzipiell nicht zwischen Herrn und Bauern, sie ging vielmehr den Herren, bei dem Bestreben, die hörigen Bauern im Zügel zu erhalten, an die Hand. So waren die Verhältnisse für die polnische kulturelle Aktion, deren Werkzeug die Kirche und die polnische Schule bei der Kirche bildeten, sehr günstig.

In den Pfarrschulen werden die Kinder der Bauern in der polnischen Sprache und im polnischen Gebete unterrichtet. Die Unterrichtsmethode war dieselbe, welche die Jesuiten noch in der Zeit der Reformation eingeführt hatten. Ruten und das Umhängen eines Brettes mit der Inschrift „Esel“ um den Hals des Schülers, welcher ein Wort litauisch zu sprechen sich

erfrechte. Dieses System der Verpflanzung der „polnischen Kultur“ ist noch in lebhafter Erinnerung älterer Leute, die hin und wieder ihre Erlebnisse litauischen Zeitungen überliefern. Kein Wunder also, wenn in Litauen eine solche Geistlichkeit entstand, welche die litauische Muttersprache als heidnisch verhöhnte. Nur zeitweise ragten unter den Geistlichen Gestalten hervor, die ihr Volk aufrichtig liebten, wie Staniewicz, Stradzeli, Bischof M. Wolonezowski u. a. Allein das waren Repräsentanten des westlichen Litauen, wo die Polonisation noch nicht so tief eingedrungen war und wo das Joch der Hörigkeit um ein wenig milder war als im Osten und Süden Litauens.

Da kam das Jahr 1863. Der polnische Aufstand war mißlungen. Es folgte die Bauernbefreiung. Das Regime Murawjews erdrückte den Adel, doch vom litauischen Volke wurde dasselbe nur noch tiefer empfunden. Die polnische Sprache wurde verfolgt, die litauische aber direkt verboten, namentlich dort, wo sich die Litauer in der Minderheit befanden. Noch im Jahre 1888 hing im Grodnoer Gouvernement in der Stadt Diatlowo an der Tür der Gemeindefanzlei ein Brett mit der russischen Inschrift: „Hier ist strengstens verboten, litauisch zu sprechen.“

Die Politik der Regierung war den polnischen Patrioten äußerst bequem. Zwar war die Bewegungsfreiheit der Polen von der russischen Bureaucratie nahezu gänzlich unterbunden, doch verblieb ihnen noch die Kirche als letzter Kampfposten. Die geistliche Macht war unbeschränkt in den Händen der Polen. Der Wilnaer Bischof Krasiński sagte damals zu den polnischen Patrioten: „Alles haben wir verloren bis auf die Sprache. Klammern wir uns also an sie an.“ Auf seinen Aufruf erhob sich die gesamte Geistlichkeit und es begann in den Kirchen eine ungemein rührige Propaganda für die polnische Sprache. Wenn bisher die litauische Sprache neben der polnischen üblich war, so mußte sie nun der letzteren zur unbeschränkten Herrschaft das Feld räumen. Insbesondere in der Wilnaer Diözese wurde in dieser Hinsicht viel geleistet. Dort findet man heute noch litauische Pfarreien, wo in der Kirche ausschließlich die polnische Sprache herrscht. In den gemischten Pfarreien ist die ausschließlich polnische Kirchenprache etwas ganz gewöhnliches.

Eine starke Waffe gegen die Polonisation wäre das litauische Buch, allein es wurde nach dem polnischen Aufstande, wie bemerkt, von der Regierung verboten. Bücher wurden von der Polizei verfolgt und konfisziert. So war das Volk auf polnische Gebetbücher angewiesen. — Im Jahre 1883 erschien in Preußisch-Litauen die erste litauische Zeitung „Aušra“, die für die russischen Litauer bestimmt war. Sie wurde gegründet von einer Gruppe junger Litauer (Wasanowicz u. a.). Auch wurden dort Broschüren in litauischer Sprache herausgegeben. Alle diese Herausgaben wurden mit den größtmöglichen Schwierigkeiten und Opfern über die Grenze geschmuggelt und im westlichen Litauen verbreitet. Allmählich erwachte auch die litauische Geistlichkeit. Insbesondere im Gouvernement Suwalky wurde der Entnationalisierung der Litauer durch die Kirche ein fester Niegel vorgeschoben. Bald folgte auch das Kownoer Gouvernement diesem Beispiel. Als die ältere Geistlichkeit und insbesondere der Adel dieser Erscheinung gewahr wurden, bezeichneten sie die neue Erscheinung mit dem Namen „Litwomanie“ und als eine Intrigue der Regierung. Andererseits wiederum sah die russische Regierung in der Wiedergeburt des litauischen Volkes eine polnische, ja sogar eine preussische Intrigue und belegte das Einschmuggeln von Erzeugnissen der litauischen Literatur und deren Verbreitung



mit einer strengen Strafe. Diese Repressalien halfen allerdings auch nicht viel. Die Bücher, insbesondere religiösen Inhalts, wurden in Litauen in Tausenden von Exemplaren verbreitet. Spät, aber doch kam die Regierung zur Überzeugung, daß es unmöglich sei, die litauische Bewegung mit Gefängnisstrafen zu bekämpfen. Im Jahre 1904 wurde den Litauern das Recht, Bücher mit lateinisch-litauischen Buchstaben zu drucken, wieder gewährt. Die polnische Gesellschaft begrüßte dieses von den litauischen „Brüdern“ erkämpfte Recht mit Stillschweigen. Ja, die polnische Geistlichkeit und der kampflustige polnische Adel begegneten den Vertretern der litauischen Bewegung mit Hohn und Verdächtigungen, daß sie sich unter die Flügel des moskowitischen Adlers flüchteten. Aber man beachte, daß noch zur Zeit, als das Problem des litauischen Druckes in den Regierungskreisen noch keineswegs gelöst war, einflußreiche polnische Adelige und Geistliche der Regierung die Überzeugung beizubringen suchten, daß eine für die Litauer günstig ausfallende Lösung des Problems von großem Nachteil für Rußland sein würde. So wohlwollend verhalten sich die Polen gegen die litauischen „Brüder“ ....

Die Befürchtungen der Polen waren keineswegs ganz unbegründet. Die litauische Bewegung dieser Zeit erstreckte sich rasch auf das Gouvernement Wilna und schreitet immer weiter vor gegen Ost-Litauen. Hier sind die Kirchen die stärksten polnischen Festen, die von der in ihren Mitteln ganz und gar nicht wählerischen Nationaldemokratie mit verbissenem Ingrimme bedrängt werden. In ihren Zeitschriften werden die litauischen Geistlichen verläumdet, welche in den Kirchen neben der polnischen Sprache auch die litauische einzuführen versuchen. Und es genügt für einen litauischen Geistlichen, in der einen oder der anderen Zeitung angegeschwärzt zu werden, um eine Disziplinaruntersuchung und in deren Folge die Versetzung in eine weißrussische Pfarrei gewärtigen zu müssen.

Auf diese Art wird bis auf den heutigen Tag auf kirchlichem Boden die Polonisierung der Litauer in Litauen betrieben. Es wird wohl nicht an Tatsachen zur Bestätigung des oben Gesagten gebrechen; die Zahl derselben wächst von Tag zu Tag.



